

Wiener Landtag

28. Sitzung vom 20. Oktober 2000

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete (S. 3)
2. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung:
Redner: Die Abgen Johann Hatzl (S. 3 u. 4), Mag Hilmar Kabas (S. 3), Mag Christoph Chorherr (S. 3) und Dr Wilfried Serles (S. 4)
3. Bekanntgabe, dass eine Informationsmappe und ein Folder der Territorialen Beschäftigungspakte "Gemeinsam Möglichkeiten nutzen" 2000 übermittelt wurde (S. 4)
4. Übermittlung einer Abschlusserklärung der Konferenz der österreichischen Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke, welche in Salzburg am 22. September 2000 verabschiedet wurde, vom Landtag Salzburg (S. 4)
5. Bekanntgabe, dass die neueste Publikation "Föderalismus – Bundesstaat – Europäische Union – 25 Grundsätze" vom Institut für Föderalismus übermittelt wurde (S. 4)
6. Eingelangte Broschüren, betreffend "Erweiterung der europäischen Union" und "Die Union" (S. 4)
7. Bekanntgabe, dass eine Information über das Forschungsprojekt der Universität für Bodenkultur "Charakterisierung transgener Obstbäume und Untersuchungen direkter und indirekter biologischer Wechselwirkungen" eingelangt ist (S. 4)
8. Fragestunde:
1. Anfrage (S. 4); 2. Anfrage (S. 7);
3. Anfrage (S. 9); 4. Anfrage (S. 14)
9. PrZ 59/AL/00: Aktuelle Stunde zum Thema "Gleichstellung von behinderten Menschen: Totes Recht oder gesetzlicher Anspruch? Was Wien tun muss."
Redner: Die Abgen Marco Smoliner (S. 17), Jutta Sander (S. 19), Mag Franz KARL (S. 20), Brigitte Schwarz-Klement (S. 21), Erika Stubenvoll (S. 22), Dr Rüdiger Stix (S. 23), Susanne Jerusalem (S. 23), Georg Fuchs (S. 24), Gerold Saßmann (S. 25) und Kurt Wagner (S. 26)
10. Mitteilung des Einlaufs (S. 27)
11. PrZ 724/00-MDBLTG, P. 1: Wahl eines Mitglieds und Ersatzmitglieds des Bundesrats
Abstimmung (S. 27)
12. PrZ 696/00-MDBLTG, P. 2: Tätigkeitsbericht 1999 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien
Berichterstatte(rin): Amtsf StR Mag Renate Brauner (S. 27 u. 34)
Redner: Die Abgen Jutta Sander (S. 28 u. 34), Dr Matthias Tschirf (S. 30), Dr Helmut GÜNTHER (S. 31) und Godwin Schuster (S. 32)
Abstimmung (S. 35)
13. PrZ 695/00-MDBLTG, P. 3: Kontrolle der Bezüge öffentlich Bediensteter Mitglieder des Landtags; Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an den Landtag für das Jahr 2000
Berichterstatte(rin): Abg Josefa Tomsik (S. 35)
Abstimmung (S. 35)
14. PrZ 153/00-GFW; P. 4: Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert wird
(Beilage Nr. 28)
Berichterstatte(rin): Amtsf StR Mag Brigitte Ederer (S. 35 u. 36)
Redner: Abg Dr Wilfried Serles (S. 36)
Abstimmung (S. 37)
15. PrZ 530/00-MDBLTG, P. 5: Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die

Einhebung einer Dienstgeberabgabe
geändert wird
(Beilage Nr. 25)

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag

Brigitte Ederer (S. 38)

Abstimmung (S. 38)

16. PrZ 531/00-MDBLTG, P. 6: Entwurf eines
Gesetzes, mit dem das Vergnügungs-
steuergesetz 1987 geändert wird
(Beilage Nr. 26)

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag

Brigitte Ederer (S. 38)

Abstimmung (S. 38)

17. PrZ 506/00-MDBLTG, P. 7: Entwurf eines
Gesetzes, mit dem das Gesetz über das
Berufsbild, die Aus- und Fortbildung sowie
die Durchführung der Heimhilfe (Wiener
Heimhilfegesetz – WHHG) geändert wird
(Beilage Nr. 24)

Berichterstatterin: Abg Dr Elisabeth

Neck-Schaukowitsch (S. 38)

Abstimmung (S. 38)

18. PrZ 635/00-MDBLTG, P. 8: Entwurf eines
Gesetzes, mit dem das Wiener Tierzucht-
gesetz, das Wiener Weinbaugesetz 1995,
das Kulturpflanzenschutzgesetz, das Wiener
Pflanzenschutzmittelgesetz, das Wiener
Feldschutzgesetz, das Wiener Buschen-
schankgesetz, das Gesetz über die
Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen
von Grundstücksgrenzen, das Gesetz, mit
dem Ausführungsbestimmungen zum
Forstgesetz 1975 erlassen werden, die
Wiener Landarbeitsordnung 1990, das
Wiener Landwirtschaftskammergesetz, das
Wiener land- und forstwirtschaftliche
Berufsausbildungsgesetz 1992, das Wiener
land- und forstwirtschaftliche Gleichbe-
handlungsgesetz, das Wiener Fischerei-

gesetz, das Wiener Jagdgesetz und das
Wiener Tierschutz- und Tierhaltengesetz
zwecks Anpassung an die Einführung des
Euro geändert werden

(Beilage Nr. 23)

Berichterstatter: Abg Heinz Hufnagl (S. 38)

Abstimmung (S. 38)

19. PrZ 725/00-MDBLTG, P. 9: Ersuchen des
Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt
9a vom 19. September 2000, GZZ 9aE Vr
7485/00 und Hv 4451/00 um Zustimmung
zur Verfolgung des Herrn Abg Günter
Kenesei wegen des Verstoßes gegen
§§ 111 Abs 1 und 2 und 152 StGB

Berichterstatter: Abg Godwin

Schuster (S. 39 u. 46)

Redner: Die Abgen Dr Rüdiger Stix

(S. 39 u. 43), Dr Wilfried Serles (S. 40),

Mag Christoph Chorherr (S. 40), Mag

Franz KARL (S. 43) und Johann Hatzl

(S. 44)

Abstimmung (S. 46)

20. PrZ 3440/MDLF/00: Dringliche Anfrage des
Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freun-
dinnen und Freunde, betreffend Umsetzung
eines Demokratiepakets vor den Gemeinde-
ratswahlen

Verlesung durch Schriftführerin Abg Brigitte
Schwarz-Klement (S. 46)

Begründung durch Abg Mag Christoph
Chorherr (S. 47)

Beantwortung durch Lhptm Dr Michael
Häupl (S. 49)

Redner: Die Abgen Susanne Jerusalem

(S. 50), Johannes Prochaska (S. 51) und

Mag Christoph Chorherr (S. 54), StR

Johann Herzog (S. 54) sowie die Abgen

Johann Hatzl (S. 56), Dr Rüdiger Stix

(S. 58), Mag Maria Vassilakou (S. 61) und

Marco Smoliner (S. 63)

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die 28. Sitzung des Wiener Landtags ist eröffnet.

Entschuldigt sind die Abgen Mag Ebinger, Ing Dr Geringer, Pöschl, Dipl Ing Schicker, Stark, Walter Strobl, Dr Ulm und Abg Weber.

Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr Klubobmann Hatzl hat sich zum Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, dass Sie eine verkürzte Redezeit haben.

Abg Johann **Hatzl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich nehme heute zu einer sehr ungewöhnlichen Situation das Recht der Geschäftsordnungsrede in Anspruch, weil Sie gerade die Entschuldigungen der Abgeordneten verlesen haben und ich feststellen kann, dass ein Name nicht dabei ist, von dem man annehmen könnte, dass er aus guten Gründen - und ich sage das auch von der Überlegung der sauberen Luft dieses Hauses in demokratiepolitischen Fragen her - bis auf weiteres an den Sitzungen nicht teilnimmt. Es handelt sich hier um den Abg Kreißl, wo Zeitungsmeldungen zufolge bekannt geworden ist, dass offensichtlich er, wenn man diesen Meldungen glauben kann, die Schaltstelle - ich würde es wiederholen, wie es gestern in der Debatte ausgedrückt wurde -, der Mensch, der Ingenieur und auch der Macher offensichtlich einer solchen Situation von Bespitzelungen in der österreichischen Bevölkerung ist, und darunter auch sicherlich von Wienerinnen und Wienern, wie man hörte (Abg Dr Wilfried Serles: *Das ist aber nicht zur Geschäftsordnung!*), und in diesem Bereich (Abg Johann Römer: *Das ist aber nicht die Geschäftsordnung!*) auch hier (*Aufregung bei der FPÖ.*) offensichtlich auf Grund seiner Funktionen und seiner Funktion auch als Abgeordneter der Verdacht besteht, dass es in diesem Haus von den 100 Abgeordneten auch durchaus sehr viele geben kann, die bespitzelt, abgehört und überprüft wurden, weil es die Freiheitliche Partei so wünschte. (Abg Johann Römer: *Also, das ist wirklich unerhört!*) Und ich habe gemeint, dass es ...

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, bitte zur Geschäftsordnung.

Abg Johann **Hatzl** (fortsetzend): Und ich habe daher gemeint, dass es gut wäre, wenn jemand hier im Haus sich bis auf weiteres entschuldigt (Abg Johann Römer: *Das ist unter Ihrem Niveau!*), außer - und das könnte ich mir vorstellen - es gibt heute eine eidesstattliche Erklärung durch den betroffenen Abgeordneten, dass er in so etwas nicht involviert wäre oder eine sehr klare verpflichtende Erklärung des Klubobmanns der Freiheitlichen Partei, dass in seiner Partei und vor allem durch diesen Abgeordneten so etwas nicht möglich ist. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist ja ein Skandal!*) Und ich habe das zur Geschäftsordnung (*Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.*) mitge-

nommen, weil es meiner Auffassung nach der Anstand gebietet, dass man die demokratische Luft dieses Hauses (Abg Mag Hilmar Kabas: *So etwas, was Sie da aufführen, das hat mit der Geschäftsordnung überhaupt nichts zu tun!*) nicht verpestet durch eine im Raum stehende öffentliche Frage (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist wirklich ein Skandal, was Sie da aufführen!*) einer solchen politischen unwürdigen Situation. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das sind die Vernaderer der Nation!*)

Und ich bin ganz einfach nur dankbar (Abg Mag Hilmar Kabas: *Sitzungsunterbrechung! Sitzungsunterbrechung!*), wenn hier für diesen Verlauf klargestellt wird, ob wir in Zukunft (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist verrückt, was sich hier abspielt! Das ist ein bodenloser Skandal!*) mit der Anwesenheit von Herrn Kreißl rechnen können oder ob er (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist verrückt, was sich hier abspielt!*) abwartet, bis diese Fragen auch rechtzeitig entweder durch einen Untersuchungsausschuss im Parlament oder durch die Gerichte geklärt sind. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Geschäftsordnung! Eine Sitzungsunterbrechung! - Große Aufregung bei der FPÖ. - Beifall bei der SPÖ und bei den GRÜNEN.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Klubobmann Kabas zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. - Fünf Minuten.

Abg Mag Hilmar **Kabas** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Meine Damen und Herren!

Das, was sich hier jetzt abgespielt hat, ist ein bodenloser Skandal. Der Klubobmann der Sozialisten hat ja nicht mehr alles im Griff bei sich selbst. (Abg Harry Kopietz: *Das ist ungeheuerlich!*) Das ist ein Skandal sondergleichen und ich verlange eine Sitzungsunterbrechung! (Abg Harry Kopietz: *Das ist ja ungeheuerlich!* - *Aufregung bei der SPÖ. - Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Klubobmann Mag Chorrherr zur Geschäftsordnung gemeldet.

Abg Mag Christoph **Chorrherr** (Grüner Klub im Rathaus): Meine Damen und Herren!

Herr Kabas hat gemeint, was sich hier abspielt, sei ein bodenloser Skandal. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Ja, was der Hatzl gesagt hat!*) Darf ich zu einem bodenlosen Skandal etwas sagen und hier ist ein richtiger Punkt, um eine Entschuldigung zu diskutieren. Es ist nicht entschuldigt der Herr Kreißl. Das, was in den ... (Abg Mag Hilmar Kabas: *Na und? Na und?*) Ja eh, ja eh! (Abg Mag Hilmar Kabas: *Na und?*) Es gibt vehementeste Anschuldigungen, dass der Herr Kreißl (Abg Mag Hilmar Kabas: *Von wem? Von wem?*) im Zentrum eines der größten Skandale, die es in dieser Republik gibt, steht. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist ein Skandal, dass Sie vernadern!*) Und Sie als (Abg Mag Hilmar Kabas: *Sie sind ein Vernaderer! Sie sind ein Vernaderer!*) Parteiobmann hätten eigentlich nicht eine Unterbrechung zu verlangen

(Abg Mag Hilmar Kabas: *Sie sind ein Vernaderer!*), sondern hier herauszugehen und entweder ganz klar Beweise festzustellen, worum es hier geht und das zurückzuweisen und zu klären (Abg Mag Hilmar Kabas: *Sie sind ja kein Gericht!*), was der Herr Kreißl ... (Abg Mag Hilmar Kabas: *Sie sind ja großwahn-sinnig!* - *Aufregung bei der FPÖ.*) Größenwahnsinnig geworden, ho ho ho ho ho ho ho...

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs** (unterbrechend): Bitte zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (fortsetzend): Ich möchte bei diesem Punkt (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist ja ein Skandal sondergleichen, was Sie hier aufführen!*) feststellen, dass der Herr Klubobmann hier herausgeht - oder der Herr Kreißl - und bei dieser Diskussion feststellt (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das ist ja nicht zur Geschäftsordnung, Frau Präsidentin! Das ist ein Skandal, dass Sie das zulassen!* - *Weitere Aufregung bei der FPÖ.*), ob der Herr Kreißl im Zentrum dessen steht. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Das hat ja mit der Geschäftsordnung nichts zu tun!*) Dann müsste er nämlich sofort hier herauskommen und zurücktreten. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Ich habe eine Sitzungsunterbrechung verlangt! Da kommt man normalerweise nach!* - *Große Aufregung bei der FPÖ.* - *Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ.* - Abg Mag Hilmar Kabas: *Das werden wir sicherlich nicht machen!*)

In diesem Sinne meine ich, dass (Abg Mag Hilmar Kabas: *Ich habe eine Sitzungsunterbrechung verlangt und dem kommt man normalerweise nach!*) jetzt geklärt wird, ob der Herr Kreißl entschuldigt ist oder nicht oder ob er sich endlich hier (Abg Dr Wilfried Serles: *Sitzungsunterbrechung! Sitzungsunterbrechung!*) zum Wort meldet. (Abg Mag Hilmar Kabas: *Sicherlich nicht! Sicherlich nicht! Wir haben eine Sitzungsunterbrechung verlangt!* - *Große Aufregung bei der FPÖ.* - *Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Hatzl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats): Frau Präsidentin!

Der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei hat in seinen Ausführungen gemeint - und ich glaube, ich kann es fast wörtlich zitieren -, ich habe bei mir nicht alles im Griff, und nach dem Volksmund weiß man, was das bedeutet. Ich möchte dem entgegen: Ich habe mich sehr wohl im Griff und fühle mich auch gesund und ich glaube, auf jeden Fall gesünder als er selbst. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Gemäß § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags gebe ich bekannt, dass mir eine Informationsmappe und ein Folder der Territorialen Beschäftigungspakte "Gemeinsam Möglichkeiten nutzen" 2000 übermittelt wurde.

Vom Landtag Salzburg wurde mir die Abschlusserklärung der Konferenz der österreichischen Landtage zur Verhinderung grenznaher Atomkraftwerke, welche in Salzburg am 22. September 2000 verabschiedet wurde, zur Verfügung gestellt.

Diese genannten Unterlagen habe ich den Klubvorsitzenden übermittelt.

Vom Institut für Föderalismus wurde mir die neueste Publikation "Föderalismus - Bundesstaat - Europäische Union - 25 Grundsätze" übermittelt, die ich allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt habe.

Besonders hinweisen möchte ich auf zwei mir zugegangene Broschüren betreffend "Erweiterung der europäischen Union" und "Die Union".

Weiters ist mir eine Information über das Forschungsprojekt der Universität für Bodenkultur "Charakterisierung transgener Obstbäume und Untersuchungen direkter und indirekter biologischer Wechselwirkungen" zugekommen. Wenn ein besonderes Interesse an diesen Unterlagen besteht, dann bitte über das Landtagsbüro anzufordern.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. ... (Abg Mag Hilmar Kabas: *Zur Geschäftsordnung! Zur Geschäftsordnung!* - Abg Dr Wilfried Serles: *Zur Geschäftsordnung!*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried **Serles** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Klubobmann der SPÖ hat in skandalöser Weise unter Missbrauch der Bestimmungen der Geschäftsordnung dieses Rednerpult (Aufregung bei der SPÖ.) für ein politisches Femegericht gegen den Abg Kreißl benutzt. Daraufhin hat Herr Klubobmann Kabas die Unterbrechung der Sitzung verlangt. Frau Präsidentin, dieser Antrag liegt Ihnen vor.

Ich ersuche Sie höflich, gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung vorzugehen und diese Sitzung zu unterbrechen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich unterbreche die Sitzung für eine kurze Präsidiale und bitte, nebenan in das Zimmer des Herrn RegR Kusta zu kommen. Ich bitte alle Abgeordneten im Saal zu bleiben. Ich hoffe, dass wir in geraumer Zeit fortsetzen werden.

(Sitzungsunterbrechung von 9.13 Uhr bis 9.29 Uhr.)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage wurde von Herrn Abg Dr Wilfried Serles gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Können Sie als Landeshauptmann in Ihrer Funktion als Sparkassenaufsichtsbehörde erster Instanz ausschließen, dass für die Bank Austria auf Grund ihrer Beteiligung an der Bank Burgenland Schaden entsteht?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Erlauben Sie mir, gleich zu Beginn meiner Anfragebeantwortung auf einen von Ihrer Seite her offensichtlich aus der Frage hervorgehenden Irrtum einzugehen:

Als Landeshauptmann obliegt mir nach dem Sparkassengesetz ausschließlich die so genannte "verwaltungsbehördliche Aufsicht" über Sparkassen in erster Instanz. Im Rahmen dieser Aufsicht bin ich beispielsweise für folgende Angelegenheiten zuständig:

Anmeldung der Bildung von Sparkassenvereinen sowie allfällige Untersagung der Bildung von Sparkassenvereinen gemäß § 5 Sparkassengesetz; Beantragung einer außerordentlichen Vereinsversammlung nach § 10; Auflösung eines Sparkassenvereins und deren Bekanntmachung § 12; Beantragung einer Sitzung des Sparkassenrats § 18; Entgegennahme der Berichte der Staatskommissäre § 29.

Die von Ihnen in Ihrer Fragestellung offensichtlich angesprochener Weise und fälschlicher Weise bei mir liegende vermutete kreditpolitische Aufsicht sowohl über die Anteilsverwaltung Zentralsparkasse als auch über die Bank Austria liegt beim Bundesminister für Finanzen.

Ich darf Sie daher zuständigkeithalber ersuchen, Ihre Anfrage an den Bundesminister für Finanzen zu richten.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Wilfried Serles gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Wilfried Serles (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Bürgermeister!

Es ist ja nun dieser Landtag auch eine politische Plattform, und es ist die Fragestunde selbstverständlich auch eine Möglichkeit, hier politische Themen zu thematisieren. Dass dieser Landtag auch gegen die Bestimmungen der Geschäftsordnung als politische Plattform benutzt wird, hat ja heute in überzeugender Weise der Klubobmann der SPÖ, Herr Kollege Hatzl, demonstriert. Ich bin daher glücklich darüber, dass in der Präsidiale festgestellt wurde, dass Herr Klubobmann Hatzl die Bestimmungen der Geschäftsordnung eindeutig verletzt hat. (Abg Johann Hatzl: Nein! Nein! - Abg Godwin Schuster: Nein! - Aufregung bei der SPÖ. - Beifall bei der FPÖ.)

Herr Bürgermeister, aber vielleicht zurück zu der Frage, die ich Ihnen gestellt habe. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie diese Frage nicht beantworten wollen. Faktum ist, dass vor kurzem die Bank Austria durch die Hingabe eines Darlehens von mehr als 1,6 Milliarden S die Bank Burgenland vor dem Konkurs bewahrt hat. Jetzt verstehe ich sehr wohl die volkswirtschaftlichen Dimensionen, die ein Konkurs einer burgenländischen Bank annehmen würde, würde er tatsächlich eintreffen. Ich verstehe aber nicht oder zu wenig die betriebswirtschaftlichen Überle-

gungen der Bank Austria.

Ich frage Sie daher: Können Sie uns, diesem Landtag, erläutern, was die betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Bank Austria waren, die hinter dieser 1,65 Milliarden-Kreditgewährung gestanden sind?

Lhptm Dr Michael Häupl: Zunächst einmal stelle ich fest, sehr geehrter Herr Abgeordneter, dass den Vorwurf, den Sie gegen Herrn Klubobmann Hatzl erhoben haben, Sie selbst in Ihrer Fragestellung begangen haben. Aber ich nehme mit wesentlich größerer Geduld und Gelassenheit zur Kenntnis, dass das heute am Morgen so begonnen hat.

Die Frage, die Sie eigentlich an mich gestellt haben, darf ich Ihnen wie folgt beantworten: Nein, ich kann Ihnen darüber keine Auskunft geben, da ich in keiner wie immer gearteten Weise für die betriebswirtschaftliche Gestion der Bank Austria verantwortlich bin. Ich bin nicht Generaldirektor der Bank Austria, ich bin Bürgermeister von Wien. (Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Wilfried Serles: Lauter Ausreden!)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Mag Hecht gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Gabriele Hecht (Liberaler Landtagsklub): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Über die Umwandlung der AVZ in eine Stiftung wird ja schon seit Monaten geredet. Der Beschluss ist jetzt gefasst.

Können Sie einen konkreten Zeitplan nennen, wann jetzt die AVZ in eine Stiftung umgewandelt wird und wann der Stiftungsvorstand bestellt wird?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael Häupl: Der Zeitplan in diesem Zusammenhang hängt im Wesentlichen von der Tätigkeit der Exekutivdirektoren ab, wenn ich das so unwirtschaftlich sagen darf, aber sprachlich wahrscheinlich präziser nämlich vom Vorstand der Bank Austria und vom Vorstand der Bayrischen Hypo, wie sie die Beschlüsse, die bei der Generalversammlung der Bank Austria gefasst wurden, nunmehr auch umsetzen.

Es ist hier ins Auge gefasst, dass diese Arbeiten, mit denen ich nicht befasst bin, bis etwa April/Mai abgeschlossen sind, sodass dann auch die Umsetzung des zweiten Teils dieses Doppelbeschlusses, nämlich die Umwandlung in eine Stiftung und die Bestellung des Stiftungsvorstands, erfolgen wird. Dies ist in etwa der Zeitrahmen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph Chorherr (Grüner Klub im Rathaus): Herr Landeshauptmann!

Meine Frage geht auch in Richtung Stiftung und was die Stadt Wien davon haben könne. Da steht ja auch Ihr Vorschlag im Raum, dass die Erträge in einen Technologiebildungsfonds umgeführt werden.

Jetzt tut sich auf der Börse einiges.

Meine Frage wäre: Es werden sehr bescheidene Summen genannt, auch von Ihrer Seite. Angesichts eines beträchtlichen Vermögens von rund 25 Milliarden S, das die AVZ hat, sprachen Sie von rund 300 Millionen S im Jahr. Das ist ja eine Verzinsung von ein bisschen mehr als 1 Prozent.

Gibt es Überlegungen, die Erträge für die Stadt, die Erträge für einen Bildungstechnologiefonds ein bisschen höher zu veranschlagen als 1 bis 1,5 Prozent - ein Sparbüchl hat schon mehr -, und in welche Richtung könnten Sie sich da etwas vorstellen, angesichts des, glaube ich, größten Vermögens, das sich zumindest im mittelbaren Bereich der Stadt Wien befindet? - Sie als Landeshauptmann und Bürgermeister sind ja auch der Vorsitzende des Sparkassenrats.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Ich kann mich nicht entsinnen, von einer Summe gesprochen zu haben. Sie ist in der Öffentlichkeit genannt worden, aber ich erinnere mich nicht, dass ich davon gesprochen hätte, denn ich kann heute und zur Stunde nicht sagen, wie sich die Dividendenentwicklung bei HypoBank-Aktien ergeben wird. Denn selbstverständlich wird die Stiftung erst nach der Umwandlung der Bank Austria-Aktien in HypoBank-Aktien entsprechend errichtet, auch der Technologiefonds, sodass wir von der Dividende dieser bayrischen HypoBank-Aktie ausgehen müssen und nicht von der aktuellen Dividende der Bank Austria-Aktie. Diese Zeit wird natürlich auch genutzt werden, um dies entsprechend durchzurechnen.

Aber diese Aktienwandlung ist Teil des gesamten Geschäfts, das hier getätigt wurde, und ich halte das im Prinzip für die langfristige Absicherung der Finanzierung einer Technologiepolitik in dieser Stadt für außerordentlich sinnvoll und wertvoll.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Tschirf gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Matthias **Tschirf** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landeshauptmann!

VBgm Dr Görg hat bereits 1993 darauf hingewiesen, dass die Gemeindehaftung etwas ist, was auch sehr wohl schlagend werden kann. Durch die Ereignisse im Burgenland sehen wir, dass so etwas passieren kann.

Wann wird die Haftung der Gemeinde Wien für die Bank Austria abklingen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich bin wirklich der Letzte, der jetzt da in einen Vaterschaftsstreit eintreten will, denn ich persönlich halte das für, ehrlich gesagt, ein bisschen kindisch.

Wir haben hier ein gemeinsames Projekt, das auch auf Analysen basiert, durchgeführt, letztendlich auch durchgesetzt, und ich halte diesen Erfolg auch für einen sehr, sehr sinnvollen, weil die gesamte Maßnahme sehr, sehr sinnvoll ist.

Die Analysen, die brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, denn Sie kennen sie ja, und dass sowohl ein Rechnungshofbericht vorliegt, der die Bank Austria als einen höchstrangigen Kandidaten für eine feindliche Übernahme qualifiziert, als auch dass uns vor geraumer Zeit die entsprechenden Diskussionen aus der Kommission der Europäischen Union vorgelegen sind, wonach Gemeindehaftungen oder auch Länderhaftungen - denn das ist ja für Deutschland beispielsweise noch viel wichtiger - etwas sind, was nach Auffassung der Kommission dem EU-Recht widerspricht. Lediglich der Kraft des damaligen Bundeskanzlers Kohl war es zuzuschreiben, dass diese Diskussion jedenfalls hinten geschoben wurde. Verhindern hätte er sie ohnehin, auf Dauer gesehen, auch nicht können, und in Deutschland spielt dies noch eine wesentliche größere Rolle, als das bei uns der Fall ist.

Also, ich wollte im Prinzip nur darauf hinweisen, denn ich werde sicherlich in einen Vaterschaftsstreit nicht eintreten. Für mich ist es ein gemeinsames Projekt, das wir zum Wohle letztendlich der Stadt auch so durchgesetzt haben, wie es nunmehr auch durchgeführt wurde.

Was Ihre eigentliche Frage betrifft, so ist die geklärt und einfach zu beantworten: Mit der Umwandlung der Stiftung beginnt das Reduzieren der Haftung auf die entsprechenden Rücklagen, die das Personal betreffen, und von dem aus ist es abschmelzend, sodass man davon ausgehen kann, dass in etwa fünf bis sechs Jahren nach der Umwandlung in die Stiftung die komplette Haftung erloschen ist.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr Serles gestellt. - Ich bitte.

Abg Dr Wilfried **Serles** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Bürgermeister!

Es ist von Ihrer Partei der untaugliche Versuch unternommen worden, das Desaster rund um die Bank Burgenland als Kriminalfall Hom Rusch darzustellen. Ich darf festhalten: Neben der kriminellen Komponente in diesem Desaster gibt es ein durchgehendes Versagen des Managements dieser Bank und verantwortlich dafür ist die jahrzehntelange rote Parteibuchwirtschaft in der Bank Burgenland, die Ihr Kollege Lhptm Stix nicht zuletzt in seiner Amtszeit auch ständig betrieben hat.

Herr Landeshauptmann, Sie können daraus erkennen, dass das Thema der Parteibuchwirtschaft in den heimischen Banken noch lange nicht abgeschlossen ist.

Ich frage Sie daher in diesem Zusammenhang: Können Sie ausschließen, dass in den Stiftungsvorstand der AVZ Parteifreunde von Ihnen einziehen

werden?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann!

Lhptm Dr Michael Häupl: Soviel einmal mehr zur Frage "Missbrauch der Geschäftsordnung": Ich glaube, Sie verwechseln die Fragestunde des Wiener Landtags mit Ihrer heutigen Abendveranstaltung, Herr Landtagsabgeordneter, und ich würde schon bitten, so wie ich, fein säuberlich diese Dinge zu trennen, denn das, was Sie hier angeschnitten haben, hat weder mit dem Wiener Landtag etwas zu tun (*Abg Dr Wilfried Serles: Das ist eine berechnete Frage!*) und ist auf der anderen Seite ... (*Abg Dr Wilfried Serles: Das ist aber eine berechnete Frage!*) Ja, ja, ich weiß schon. Ich weiß schon: Wenn Sie etwas machen, ist immer alles vollkommen in Ordnung, wenn andere was machen, ist es Missbrauch der Geschäftsordnung! (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber ich habe mir fest vorgenommen, da mit Gelassenheit, ich sagte es vorhin, umzugehen und will das auch tun.

Ich verstehe das schon, Herr Landtagsabgeordneter, dass Sie diese Frage stellen, ob jemand, der auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, diesem Stiftungsvorstand angehören wird und ob ich dies ausschließen kann, das heißt jemand, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, ist per se ausgeschlossen von derartigen Funktionen. (*Abg Dr Wilfried Serles: Das wäre ein Angebot!*) Ob das sehr gescheit ist, das weiß ich nicht. Es entspricht nur Ihrer Politik. Es entspricht Ihrer Politik und ich sehe das bei den diversen Aufsichtsräten, wo die Entpolitisierung so läuft, dass es heißt: Rot raus - Blau rein. Das ist das, was die Quintessenz aus dem Ganzen ist! (*Beifall bei der SPÖ. - Abg Dr Wilfried Serles: Nein, nein! - Abg Heinz Hufnagl: Bundesbahn! ORF! - Abg Johann Hatzl: Bundesbahn! ORF!*) Ja, das reicht vom ORF bis zur ÖBB. (*Aufregung bei der FPÖ.*)

Und ich sage Ihnen hier dezidiert: Es werden, so wie ich es versprochen habe, keine aktiven Politiker dem Stiftungsvorstand angehören. Aber ich werde selbstverständlich nicht garantieren, dass Sozialdemokraten grundsätzlich von derartigen Funktionen ausgeschlossen sein werden. Das werde ich ganz sicher nicht tun! (*Beifall bei der SPÖ. - Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Schauen Sie sich einmal selber an! Schauen Sie sich selber an, wie Sie hier heraußen gestanden sind und was Sie zu Fragen der Entpolitisierung gesprochen haben! Seien Sie mir bitte nicht böse, und das ist jetzt fernab von Veranstaltungen wie Ihre heute Abend! Schauen Sie sich das an, was Sie gesagt haben dazu und was Sie heute tun! (*Abg Johann Hatzl: Rote raus, Blaue rein, das ist die Devise! - Aufregung bei der FPÖ. - Abg Mag Hilmar Kabas: Sie wollen das jetzt verbieten?*) Herr Klubobmann ... (*Abg Mag Hilmar Kabas: Und Sie wollen das jetzt verbieten?*) Nein, ich will da gar nichts verbieten. (*Abg Johann Hatzl: Ja, ja, Rote raus, Blaue rein!*) Auch wenn ich könnte, würde ich es nicht tun!

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs (*unterbrechend*): Ich bitte!

Lhptm Dr Michael Häupl (*fortsetzend*): Aber ein (*Weitere Aufregung bei der FPÖ.*) bisschen auf das zu schauen, was ihr heute tut und was ihr vor wenigen Monaten noch gesagt habt, das ist der Punkt bei der ganzen Geschichte. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die 1. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 2. Anfrage wurde von Herrn Abg Fritz Strobl gestellt und ist an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination gerichtet: *Wie hat sich der Öko-Business-Plan im Jahr 2000 weiterentwickelt?*

Herr Stadtrat, ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Fritz Svihalek: Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Nachdem wir vor zirka drei Jahren mit einer Aktivität "Betriebe im Klimabündnis" begonnen haben, haben wir dann gemeinsam mit der Wirtschaft und Gewerkschaft das Gesamtprogramm Öko-Business-Plan entwickelt.

Wir haben heute fünf Module dazu, das ist das Programm Ökoprot/Emas, also das EG-System für Umweltmanagement und Betriebsprüfung, Betriebe im Klimabündnis, Umweltzeichen Tourismus. Erfreulich ist, dass wir im ersten Jahr, nämlich 1999, immerhin 56 Betriebe aufzeichnen konnten und heuer, das ist eine überraschend positive Zahl, bereits 128 Unternehmen an unserem Öko-Business-Plan teilnehmen, also quasi eine Verdoppelung innerhalb eines Jahres. Das bedeutet auch, was sehr positiv ist, dass die Beraterfirmen, die bisher eine Stückzahl von 10 betragen haben, nun auf 14 aufgestockt werden müssen, was bedeutet, dass die Chance, dass weitere Betriebe im Jahr 2001 in das Programm einsteigen, damit sehr groß ist.

Ich möchte ein paar Beispiele bringen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wie etwa Unternehmen diese Frage des Öko-Business-Plans betrachten. Eine Firma im Verpackungsbereich ist etwa durch einen neuen Erzeuger im Weltmarktbereich dazu übergegangen, die entsprechenden Energiekosten um 30 Prozent zu senken.

Es wurde möglich, dass durch eine neuere Wasseraufbereitungsanlage bei einem Klein- und Mittelbetrieb - die uns besonders wichtig sind - in diesem Zusammenhang nun 85 Prozent weniger Abwasser notwendig ist.

In einem anderen Bereich, in einer Wäscherei, ein ökologisch besonders heikler Bereich, ebenfalls ein Kleinbetrieb, ist es gelungen, durch die Veränderung der Waschstraße und der entsprechenden Verringerung des Waschmittelverbrauchs 15 Prozent an Kosten und auch an Energiefragen einzusparen.

Und nicht zuletzt, um noch einen großen Betrieb zu nennen, ist es gelungen, dass wir mit Hilfe unseres Öko-Drives, das ist eine besondere Schulung im Zusammenhang mit Lkw-Fahrern, den Gesamttreib-

stoffverbrauch dieser großen Firma um 10 Prozent gesenkt haben.

Letzte Bemerkung, das darf ich auch noch dazu sagen: Nicht nur, dass wir ganz positiv und über diese 128 Betriebe und deren Teilnahme überrascht sind, man kann auch sagen, dass sich dadurch insgesamt sicher die Umweltmaßnahmen im Werte von 62 Millionen S für die Betriebe, Fremdenverkehr und Mittelbetriebe gerechnet haben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Auf die erste Zusatzfrage wird verzichtet. Die zweite Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Stadtrat!

Selten lobt ein Oppositionsabgeordneter eine gute, sinnvolle Aktion der Gemeinde Wien. Das ist eine Aktion, die, wie Sie schon gesagt haben, viel weitergebracht hat.

Meine zentrale Frage ist, dass es mit 2002 befristet ist: Gibt es Überlegungen, so sehr das natürlich auch eine nächste Landesregierung beschließen wird, aber aus Ihrer jetzigen Bilanz, das über das Jahr 2002 hinauszuführen und vielleicht sogar darüber hinaus auch auszuweiten?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Ja, ich möchte einmal für die Anerkennung danken und auch zurückgeben, dass ich natürlich sehr froh bin, dass hier alle Parteien eingebunden sind, weil ja dieses Programm im Wesentlichen auch mit Kompromissen und Dialogen mit Parteien, aber auch mit der Gewerkschaft und Wirtschaft zusammenhängt.

Aus der heutigen Sicht würde es natürlich eine Empfehlung geben, dass dieses Programm über 2002 erweitert wird, auch von den Modulen her. Wir haben ja jetzt eine sehr gute Aufteilung zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben plus einen Schwerpunkt etwa, wie ich genannt habe, Tourismus. Also, es wird von der zuständigen Stelle, der MA 22 - und auch von mir politisch unterstützt -, sicherlich die Empfehlung geben, dieses Programm über 2002 hinaus nicht nur weiterzuführen, sondern um zwei bis drei Module zu erweitern.

Wie gesagt, Sie haben Recht, die formelle Beschlussfassung muss dann jeweils von den Gremien gefasst werden. Aber nachdem es eine gewisse inhaltliche Vorbereitung gibt, die heute schon geplant werden muss, stimme ich Ihnen zu. Ich bin da voll auf dieser Linie, ja zur Erweiterung, ein, zwei, maximal drei Module und auch bei der Verschärfung der Komponenten im Zusammenhang mit Klein- und Mittelbetrieben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Klucsarits gestellt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Rudolf **Klucsarits** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind ja äußerst

imponierend und es zeigt sich, wie wichtig die Zusammenarbeit zwischen der Wiener Wirtschaft und der Stadtverwaltung ist, sprich Wirtschaftskammer und unserem Ressort.

Meine Frage: Wird es einen mittelfristigen Kostenplan geben, in dem die weiteren Ausgaben für das Projekt Öko-Business festgelegt werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat!

Amtsf StR Fritz **Svihalek**: Wir werden, wenn, so wie ich vorher gesagt habe, feststeht, welche Module politisch noch sinnvoll sind, auch in Abstimmung im Übrigen mit den entsprechenden EU-Programmen, auch einen entsprechenden Vorschlag, was das Budget betrifft, vorlegen, mit einer kleinen Einschränkung, die sogar positiv ist. Üblicherweise ist es ja so, dass, wenn man mehr Geld für etwas veranschlagt, als es dann kostet, man sich immer freut. In dem Fall sage ich, wenn es dann natürlich mehr Betriebe gibt - so wie heuer -, als wir geplant haben, dann kann es auch sein, dass der Kostenplan vom Grundsatz stimmt, aber innerhalb eines Budgets durchaus mehr Mittel freigemacht werden müssen.

Also, ein klares "Ja" zur Antwort eines grundsätzlichen Kostenplans. Sollte sich aber ergeben, dass mehr Betriebe als geplant dann teilnehmen - was heuer der Fall ist, was uns eigentlich freut und was hoffentlich auch in den nächsten Jahren so ist -, dann kann es natürlich sein, dass man ein bisschen mehr dazulegen muss.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Reinberger gestellt. - Ich bitte.

Abg Brigitte **Reinberger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Es ist sicher unbestritten, dass es sich hier um ein gutes und vernünftiges Projekt handelt und dass sich die MA 22 sehr bemüht, innovative Ideen einzubringen. Es hat sich zu diesem Thema auch das Kontrollamt geäußert, zu einem anderen Projekt des Klimaschutzprogramms, wo es gesagt hat, dass es auch erkennt, dass die MA 22 bei ihrer Tätigkeit den Fragen des Umweltschutzes große Bedeutung beimisst. Es musste allerdings auch erkannt werden, dass der Ursachenforschung bei aufgetretenen Fehlschlägen und der konsequenten Weiterverfolgung von gesteckten Zielen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das Kontrollamt regt daher an, in Hinkunft auch den Gründen für das Ausbleiben erwarteter Erfolge umweltpolitischer Maßnahmen höhere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Jetzt ist dieses Projekt sicherlich nicht eines, wo man von Fehlschlägen sprechen kann, aber es ist immer wieder möglich, im Ablauf doch etwas zu optimieren.

Herr Stadtrat, ich frage Sie daher, ob Sie auch dafür sorgen werden, dass dieses an sich sehr positive und begrüßenswerte Projekt, um es noch weiter zu optimieren, durch eine unabhängige und außenstehende Organisation einer Evaluierung zugeführt wer-

den wird?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz **Svihalek**: Ja, ich habe bereits im September der Wirtschaftsuniversität Wien, Abteilung für Wirtschaft und Umwelt, über die MA 22 den Auftrag gegeben, einen dritten Evaluationsbericht vorzulegen. Er ist seit September in Auftrag gegeben, er wird noch ein bisschen dauern. Aber es ist in dem Sinn, wie Sie gefordert haben, bereits im Lauf. Dieser dritte Bericht wird heuer noch fertig. Er ist von mir der Wirtschaftsuniversität Wien, konkret der Abteilung für Wirtschaft und Umwelt, übertragen worden.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Fritz Strobl gestellt. - Ich bitte.

Abg Friedrich **Strobl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Herr Stadtrat!

Vor allem das Modul "Betriebe im Klimabündnis" ist bestens für Klein- und Mittelbetriebe, wie Wäschereien, Putzereien, Bäcker, Fleischer, Installationsbetriebe oder auch Betriebe aus der Bauwirtschaft geeignet. Sie haben in Ihrer Beantwortung vorhin gesagt, dass Klein- und Mittelbetriebe und auch Großbetriebe schon mitmachen. Wenn man es sich genauer anschaut, dann sieht man aber doch, dass es vor allem bei den Kleinbetrieben noch mehr notwendig wäre, darauf aufmerksam zu machen, dass es das gibt.

In welcher Art und Weise wird dieses Modul vor allem den Klein- und Mittelbetrieben näher gebracht?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Fritz **Svihalek**: Herr Abgeordneter!

Ich teile Ihre Auffassung. Aus den ersten Berichten sieht man diese Zahlen, die Sie auch entsprechend zitiert haben. Wir haben daher zwei Dinge gemacht.

Ein Punkt ist seit einigen Wochen in Umsetzung: Wir haben den Öko-Business-Klub Wien gegründet. Das bedeutet, dass über diesen Klub nun die Chance besteht, dass sich die Verantwortlichen ständig, kontinuierlich treffen und auch mit Themen auseinandersetzen. Das bedeutet, dass die Chance nicht nur über den formellen Weg, sondern auch über den Weg des Gesprächs, des Klubbetriebs, des Miteinanders vor allem für Klein- und Mittelbetriebe eine große Chance ist, und ich bin sehr, sehr froh, dass dieses Projekt "Öko-Business-Klub Wien" nun bereits konkret durchgeführt wird.

Der Hauptschwerpunkt ist ja auch in diesem Projekt - und das ist gerade für die Klein- und Mittelbetriebe wichtig -, dass es ein Aus- und Weiterbildungsangebot ist. Das bedeutet, dass von der Stadt für Klein- und Mittelbetriebe entsprechende Ausbildung kostenlos zur Verfügung gestellt wird und das ist natürlich in weiterer Folge, um sich dann konkret am Projekt beteiligen zu können, ein sehr wesentlicher Schritt. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang

auch, dass die Betriebsverantwortlichen über die verschiedenen Module im Detail Bescheid bekommen. Das ist der erste Weg, der "Öko-Business-Klub Wien". Ich glaube, dass er ein sehr wichtiger Bereich ist.

Das Zweite ist, dass wir eine eigene Zeitschrift gegründet haben, die auch regelmäßig erscheint, von der MA 22 gestaltet wird und auch an jene Betriebe versandt wird, die im Verfahren noch nicht formell eingebunden sind. Das heißt, über diesen Weg glauben wir, dass Betriebe auf den Plan insgesamt und auf die Module und jetzt auch auf diesen Klub aufmerksam werden, indem sie nicht nur aktuelle Informationen bekommen, sondern auch konkrete Daten, wo sie sich hinwenden können.

Ich glaube, dass daher mit dieser öffentlichen Offensive, dieser Zeitschrift, aber auch mit dem Klub ein entsprechender positiver Effekt für Klein- und Mittelbetriebe erzielt wird.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die 2. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 3. Anfrage wurde von Herrn Abg Marco Smoliner gestellt und ist an den Herrn Landeshauptmann gerichtet: *Welche Maßnahmen wird das Land Wien setzen, um eine Vorreiterrolle für die praktische Durchsetzbarkeit der gesetzlich garantierten Gleichstellung von behinderten Menschen einzunehmen?*

Herr Landeshauptmann, ich bitte um die Beantwortung.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Landtagsabgeordneter!

In der Bundesverfassung, wie Sie wahrscheinlich noch besser wissen, als ich, ist durch die Novelle 1997 ein klares Bekenntnis zu einer Nichtdiskriminierung von behinderten Menschen enthalten.

Dort heißt es im Artikel 7: "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik, Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nicht behinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten."

Wir, das Land Wien, nehmen diesen Auftrag sehr ernst und wir haben bereits seit langem entsprechende Maßnahmen gesetzt, um die Umsetzung dieses Staatsziels zu gewährleisten. Ich darf daran erinnern, dass bereits im Jahre 1986 ein Bereichsleiter zur Koordinierung der Behindertenhilfe eingesetzt wurde. Zu seinen Aufgaben zählt unter anderem die Koordinierung aller unmittelbar oder mittelbar mit Behindertenangelegenheiten befassten Dienststellen zum Zweck einer wirksamen Planung und Durchführung der Behindertenhilfe und zur Vermeidung von Zuständigkeitskonflikten und von Lücken in der Betreuung Behinderter und zur Wahrnehmung der Belange der Behindertenhilfe bei Errichtung von Nutz- und Wohnbauten in der Stadt.

Eine magistratsinterne Arbeitsgruppe hat sich bereits 1998 unter Koordination durch das Sozialamt mit der Prüfung der Wiener Rechtsvorschriften auf

behindertendiskriminierende Bestimmungen gebildet und im Juni 1999 einen diesbezüglichen Bericht erstattet.

Im Sinne einer umfassenden gesellschaftlichen Integration behinderter Menschen wurde in weiterer Folge eine Arbeitsgruppe zur Durchforstung des Wiener Landesrechts nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen gegründet, die sich aus behinderten Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern der politischen Fraktionen dieses Hauses und beamtete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammensetzt. In dieser Arbeitsgruppe wurden bereits einige behindertendiskriminierende Rechtsvorschriften des Wiener Landesrechts ausgeforscht und bereits im Rahmen von Novellierungen beseitigt, so zum Beispiel im Wiener Behindertengesetz, im Wiener Sozialhilfegesetz, im Wiener Krankenanstaltengesetz, im Wiener Parkometergesetz, in der Marktordnung, in der Verordnung des Magistrats der Stadt Wien betreffend die Voraussetzungen für die Bewilligung zum Betrieb eines Kindertagesheims und der Verordnung der Wiener Landesregierung betreffend Richtlinien für die Errichtung und den Betrieb von Heimen und sonstiger Einrichtungen für Kinder und Jugendliche.

Im Rahmen der genannten Arbeitsgruppe wurde zuletzt auch der Bereich des Wahlrechts des Landes Wien durchforstet. Bereits bei der letzten Gemeinderatswahl wurden Stimmzettelschablonen für blinde und hochgradig sehbehinderte Wählerinnen und Wähler angeboten und es wurde in den amtlichen Wahlinformationen barrierefrei zugängliche Wahllokale gesondert ausgewiesen.

Darüber hinaus haben die Arbeiten der Arbeitsgruppe gezeigt, dass insbesondere im Bereich des Baurechts eine Reihe von besonderen Anliegen seitens der behinderten Menschen besteht. Daraus resultiert die Bildung einer Unterarbeitsgruppe, die sich ausschließlich mit der Neugestaltung des Wiener Baurechts auseinander setzte. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe sowie der Unterarbeitsgruppe wird in Kürze vorgelegt werden.

Anlässlich des europäischen Protesttags gegen Diskriminierung behinderter Menschen - eine Initiative der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung - sprach sich Frau LhptmSt Grete Laska in der Sitzung des Wiener Landtags vom 5. Mai 2000 dafür aus, die genannte Arbeitsgruppe auch künftig gemeinsam, gleichsam als begleitende Kontrolle, weiterarbeiten zu lassen. Ich halte es ebenfalls für wesentlich, dass ein solches Gremium aus Expertinnen und Experten im Bereich des Landes Wien weiterhin die Aufgabe, die Wiener Rechtsvorschriften nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen zu überprüfen, wahrnimmt.

In der Sitzung des Wiener Landtags am 5. Mai 2000 hat Frau LhptmSt Grete Laska in ihrer Mitteilung zum Thema "Leistungen des Landes Wien im Behindertenbereich" sehr ausführlich die vielen Maßnahmen des Landes Wien aufgezeigt. Sie hat dabei berichtet, dass sie das Anliegen behinderter Men-

schen nach einem Behindertengleichstellungsgesetz aufgenommen hat und im Rahmen der letzten Landessozialreferentenkonferenz der Bundesländer im Dezember 1999 vorgebracht hat.

Sie hat in dieser Bundesländerkonferenz den Antrag gestellt, eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der behinderten Menschen des Bundes, der Länder und der allgemeinen Vertretungskörper einzurichten, die einen derartigen Entwurf für ein Behindertengleichstellungsgesetz ausarbeiten sollte. Es kam jedoch diesbezüglich zu keinem Konsens mit den anderen Bundesländern. Wien wird dennoch auch künftig dieses Anliegen weiter unterstützen und wird diese Thematik neuerlich auf die Tagesordnung der Bundesländer-Sozialreferentenkonferenz setzen.

Es ist in diesem Zusammenhang wesentlich, festzuhalten, dass die Thematik "Behindertengleichstellung" sowohl den Bund als auch die Länder berührt, sodass es notwendig ist, dass der Bund und die Länder eine harmonisierte Vorgehensweise wählen, um österreichweit einen einheitlichen Standard an Gleichstellung behinderter Menschen zu erreichen.

Die Gleichstellung behinderter Menschen im gesellschaftlichen Leben lässt sich dennoch nicht bloß auf eine rechtliche Gleichstellung reduzieren, sondern es muss darüber hinaus auch eine faktische Gleichstellung durch die Adaptierung von Infrastrukturen, Öffentlichkeitsarbeit, Projektarbeit und dergleichen bewirkt werden.

Das Land Wien hat in der Vergangenheit bereits zahlreiche Initiativen gesetzt, die ihrem Wesen nach zu einer faktischen Gleichstellung behinderter Menschen im gesellschaftlichen Leben beitragen. So scheint es mir in diesem Zusammenhang wichtig, beispielhaft auf die innovativen Maßnahmen der WIENER LINIEN hinzuweisen, die etwa mit der Installation eines Systems daktyler Bodenleitstreifen für sehbehinderte und blinde Menschen, der Aufzugsoffensive, den tastbaren U-Bahn-Streckenplänen sowie dem Konzept für ein Serviceabteil der künftigen U-Bahn-Garnituren maßgeblich zur Gleichstellung, also chancengleichen Benutzbarkeit für behinderte Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer, beigetragen haben und beitragen werden.

Ich könnte die Liste der Maßnahmen des Landes Wien, die zu einer faktischen Gleichstellung behinderter Menschen beitragen, noch lange fortsetzen. Ich möchte dennoch davon absehen und durchaus auch darauf hinweisen, dass diese Arbeit bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Lassen Sie mich noch auf einen Aspekt eingehen, der mir in diesem Zusammenhang wichtig erscheint. Es handelt sich dabei um den Grundsatz der Selbstbestimmung und Selbstvertretung behinderter Menschen, den das Land Wien insbesondere in der jüngeren Vergangenheit äußerst ernst genommen hat, was auch durch die vermehrte Einbindung von behinderten Expertinnen und Experten in den verschiedensten Gremien und Arbeitsgruppen, so wie zum Beispiel die

Arbeitsgruppe zur Durchforstung der Wiener Rechtsvorschriften nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen, die Arbeitsgruppe "Mobilität in Wien" und so weiter, glaubhaft dokumentiert werden kann.

Nicht zuletzt hat das Land Wien die Wichtigkeit der Selbstbestimmung und Selbstvertretung behinderter Menschen auch dadurch dokumentiert, dass die Interessenvertretung der behinderten Menschen nach den Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes jüngst dahingehend umgestaltet wurde, dass nunmehr ausschließlich Vertreter von behinderten Menschen entscheidungsbefugt sind und den Vorsitz dieser Interessenvertretung eine Person aus dem Kreis der Vertreter behinderter Menschen führt. Es wurde sohin dieses Gremium durch die Forcierung des Gedankens der Selbstvertretung behinderter Menschen massiv aufgewertet.

Abschließend darf ich festhalten, dass völlig unstrittig ist, dass auf dem Weg zur Erreichung des Ziels der umfassenden Gleichstellung behinderter Menschen noch sehr viel zu tun sein wird, dass aber das Land Wien durch all diese Maßnahmen, die bislang in diesem Zusammenhang gesetzt wurden und auch weiterhin verstärkt gesetzt werden sollen, durchaus eine Vorreiterrolle innerhalb Österreichs hat.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Beantwortung. - Die erste Zusatzfrage stellt Herr Abg Smoliner. - Ich bitte.

Abg Marco Smoliner (Liberaler Landtagsklub): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Vielen Dank für diese ausführliche Beantwortung. Ich habe damit gerechnet, dass Sie sehr viele Maßnahmen aufzählen, die die Stadt Wien und das Land Wien setzen. Diese sind auch unbestritten. Sie werden wahrscheinlich jetzt Ihrer Landtagspräsidentin sehr viel vorweggenommen haben, was in der aktuellen Stunde sein soll.

Meine Frage zielte aber ganz konkret auf die praktische Durchsetzbarkeit des Diskriminierungsverbots in der Bundesverfassung ab. Der Selbstbestimmt-Leben-Gedanke, den Sie erwähnt haben und der in den USA sehr konsequent gelebt wird und dort auch einklagbar ist - wir werden in der aktuellen Stunde darüber sprechen -, ist in Österreich leider noch sehr unterentwickelt. Während in Österreich behinderte Menschen darauf angewiesen sind, dass irgendwelche Politiker für sie tätig werden, intervenieren, in Einzelfällen bestimmte Missstände beheben, ist es in den USA so, dass behinderte Menschen sich als einzelne Individuen an Gerichte wenden können, die dann gesetzlich garantierte Gleichstellungsansprüche durchsetzen.

Sie haben erwähnt - ich komme gleich zu meiner Frage -, dass es selbstverständlich eine harmonisierte Vorgangsweise im Bund dazu geben muss. Können Sie sich als Landeshauptmann vorstellen, dass Wien hier - eine solche harmonisierte Vorgangsweise ist nach meinem Ermessen und auch nach dem vieler Behindertenvertretungen nicht in Sichtweite - einen

Schritt voraus macht und von sich aus die Durchsetzbarkeit in Form eines bestimmten rechtlichen Verfahrens garantiert?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael Häupl: Herr Landtagsabgeordneter!

In der Tat gibt es einen wesentlichen Knackpunkt und auf den möchte ich abseits all dessen, was an Leistungsbilanz oder auch an Problembilanz auf der anderen Seite darzustellen wäre, kommen. Das ist die Frage der Möglichkeit der Einklagbarkeit von bestimmten Maßnahmen, die zur Beseitigung von Diskriminierung zu führen haben.

Ich kenne die Situation in den Vereinigten Staaten auch einigermaßen gut. Es scheint mir dort zwar in formalrechtlicher Hinsicht in der Tat so zu sein, aber nicht zuletzt auf Grund des Rechtssprechungssystems, das in den Vereinigten Staaten herrscht, ist man letztendlich immer auf Einzelurteile angewiesen, die Klagelegitimation besteht aber zweifelsohne für die einzelne Behinderte oder für den einzelnen Behinderten. Dies ist bei uns der tatsächliche Kernpunkt, der Gegenstand der Diskussionen.

Es besteht - sehr offen gesagt - die Furcht, dass eine Finanzplanung zur Setzung von Maßnahmen, die zur Beseitigung von Behindertendiskriminierungen führen, nicht kontrollierbar ist. Mit diesem Argument muss man sich aus meiner Sicht gesehen auch in der Tat ernsthaft auseinander setzen, denn es lässt sich mit Sicherheit nicht einfach beiseite wischen, dass man sagt, dafür muss Geld da sein und man soll eben - das hängt dann vom politischen Standpunkt ab - von da oder dort etwas wegnehmen, um es für die rasche Umsetzung solcher Maßnahmen bereitzustellen. Das ist der Punkt.

Ich orte zur Zeit nirgendwo einen grundsätzlichen Widerstand, dass man diesen Weg der Beseitigung von behindertendiskriminierenden Maßnahmen geht, aber diese Frage der Finanzierung und daraus abgeleitet die Frage der Klagbarkeit ist das tatsächliche Problem.

Ich denke, dass es in diesem Zusammenhang sehr wichtig sein wird, dass wir nicht einen Weg gehen, wo man dann sagen kann, Wien macht das schon und die übrigen sind exkulpiert, denn ich weiß schon, dass man in erster Linie - gerade auch unter internationaler Betrachtung - immer auf Wien schaut und selber braucht man dann nichts zu tun. Ich will aber versuchen, jedenfalls auf eine bestimmte Zeit, noch zu einer harmonisierten Vorgangsweise mit den anderen Bundesländern und dem Bund zu kommen.

Dieses Argument allerdings, das ich in großer Offenheit hier gesagt habe, gilt es dabei auszuräumen.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die zweite Zusatzfrage wird von Frau Abg Sander gestellt. - Ich bitte.

Abg Jutta Sander (Grüner Klub im Rathaus): Herr Landeshauptmann!

Sie haben zuerst sehr viele Fakten genannt, wo es um die Beseitigung von diskriminierenden Bestimmungen aus den Gesetzen geht. Das ist aber nicht genug, weil nur die Beseitigung erledigt nicht alle Probleme und schafft vor allem nicht wirklich Gleichstellung. Was Sie jetzt zum Schluss angesprochen haben, was Geld betrifft, so kann man, wenn man richtig plant, sehr viel Geld sparen, das sonst eingesetzt werden muss, um für Nichtbehinderte, Nichtgleichgestellte Zustände zu Gleichstellungen zu schaffen.

Meine Frage ist eine, die sich auf den Lebensbereich behinderter Menschen bezieht: Wann wird es zur Einrichtung einer bis zu 24-Stunden-Assistenz für behinderte Menschen kommen, damit sie nicht in Zukunft von permanenter Heimeinweisung bedroht sind, sondern gleichgestellt mit uns ihr Leben zu Hause verbringen können?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Zunächst einmal war das genau die Sorge, die mich erfüllt hat, die ich aus Ihrer Fragestellung heraus sehe.

Wenn wir mit der Thematik der Frage der Finanzierung so umgehen, dass wir sagen, das ist ohnehin nur eine Ausrede, dann werden wir das Problem, fürchte ich, nicht lösen können. Denn selbstverständlich ist es unstreitig richtig, wenn man beispielsweise in die Frage einer Verkehrswegeplanung von vornherein nicht diskriminierende Maßnahmen für Behinderte einplant, dass dies billiger als die spätere Beseitigung von entsprechenden Schäden ist. Nichtsdestotrotz muss zunächst einmal mehr Geld aufgewendet werden. Das steht wohl außer Zweifel. Und mit diesem Themenfeld und mit dieser Thematik hat man sich - nicht erst seit der große Spargedanke in der Republik ausgebrochen ist - immer wieder auseinander zu setzen. Ich kann hier nur nochmals darauf hinweisen, dass dies ein wesentlicher Punkt ist.

Ich werde mich jedenfalls bemühen, bei der Landeshauptleutekonferenz und in den Gesprächen mit Bundespolitikern dieses Thema entsprechend aufzumachen. Aber natürlich wird sich auch die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin bei den Gesprächen, die sie im Rahmen der Sozialreferentenkonferenz führt, immer wieder darum bemühen.

Zu Ihrer eigentlichen Frage muss ich ganz offen sagen, nachdem ich kein Spezialist in diesen Themen bin, kann ich sie nicht präzise beantworten. Ich kann Ihnen nur sagen, ich würde so etwas für wünschenswert halten und hoffe, dass es das bald gibt, aber ich sehe mich außer Stande, den genauen Zeitpunkt hier auswendig zu sagen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag KARL gestellt. - Bitte:

Abg Mag Franz **KARL** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Landeshauptmann!

Normalerweise würde ich die Länge einer Anfra-

geantwortung wie diese kritisieren, darf aber hier ausdrücklich "Danke" für die Länge dieser Antwort sagen, weil es doch die Bedeutung dieser Frage ein wenig hervorhebt.

Du hast, Herr Landeshauptmann, vor allem auch über die Arbeitsgruppe "Rechtsbereinigung behindernd-diskriminierender Bestimmungen" gesprochen. Als ihr Vorsitzender ist es mir natürlich ein besonderes Anliegen, dass wir auf diesem Gebiet noch viel weiterbringen.

Zwei ganz wichtige Materien - sie wurden erwähnt - sind die Gemeindevahlordnung, in der es derzeit im § 70 Abs. 4 eine ausdrücklich verfassungswidrige Bestimmung gibt, und die Wiener Bauordnung. Daher meine konkrete Frage: Wirst du all deine Kraft aufwenden - deinen Einfluss als Parteipobmann, als Landeshauptmann, als Bürgermeister -, dass wir in diesen zwei Fragen noch in dieser Legislaturperiode zu einer vernünftigen Reform im Sinne der Behinderten kommen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, das möglichst rasch zu machen und ich werde mich sehr bemühen, denn ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, dass - nicht zuletzt auch aus persönlicher Erfahrung heraus - Behindertenfragen beziehungsweise die Beseitigung von Diskriminierung beziehungsweise in der nächsten Stufe des Wegs die Selbstbestimmung von Behinderten eine Sache ist, die mir sehr am Herzen liegt und mir sehr wichtig erscheint. Ich werde mich daher sehr darum bemühen, will aber nichts versprechen, was ich dann nicht 100-prozentig halten kann. Aber ich werde mich sehr bemühen und meinen persönlichen Einfluss wahrnehmen, damit das möglichst rasch passiert.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die vierte Zusatzfrage wird von Frau Abg Schwarz-Klement gestellt. - Ich bitte.

Abg Brigitte **Schwarz-Klement** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Landeshauptmann!

Ich glaube, es ist bekannt, dass ich in allen meinen Reden immer wieder gesagt habe, in den letzten Jahren ist sehr viel für behinderte Menschen in Wien getan worden. Nichtsdestotrotz werde ich aber Ihre Beantwortung im Protokoll nachlesen, denn die Beantwortung war eher lang und ein wenig unverständlich.

Es ist aber auch bekannt, dass ich eine Frau der Praxis bin. Daher möchte ich meine direkte Frage an Sie auf einen Bereich lenken und sagen, für Behinderte, welche die öffentlichen Verkehrsmittel nicht benutzen können, steht der Fahrtendienst zur Verfügung. Nun ist es so, dass es sowohl seitens der Betroffenen viele Unzumutbarkeiten gibt, als auch seitens der Stadt Wien die Kosten zu hoch sind. Es artet einfach ins Uferlose aus.

Meine Frage daher an Sie: Welche Maßnahmen

werden Sie setzen, um die Vorreiterrolle für praktische Durchsetzbarkeit bei gesetzlich garantierter Gleichstellung von behinderten Menschen im Bereich der Mobilität einzunehmen?

Und ich darf noch den Zusatz sagen, ich möchte Sie um keine Beschönigungen bitten. Solche haben wir bei den vergangenen Fahrtendienstunternehmen immer wieder gehört, allzu oft gehört, bis dann schlussendlich die Wahrheit ans Tageslicht gekommen ist. Ich bitte Sie um Tatsachen.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Abgeordnete!

Von mir können Sie überhaupt nichts anderes als Tatsachen dazu erwarten. Aber genauso können Sie von mir erwarten, dass ich sage, es ist in diesem Bereich genauso vorzugehen, wie ich mir wünsche, dass es bei allen anderen Auftragsvergaben der Stadt Wien passiert.

Hier wird eine entsprechende Leistung ausgeschrieben, diese Leistung wird vergeben und diese Leistung ist einzuhalten. Ansonsten treten jene Sanktionen in Kraft, die nicht zuletzt auf Grund vieler Entwicklungen der vergangenen Jahre entsprechend vorgesehen waren und sind. Ich bitte daher, dass, wenn Ihnen Unzukömmlichkeiten bekannt werden - ich bin auch hier selbstverständlich nicht im Detail, sondern nur im Grundsätzlichen beschäftigt -, Sie diese der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin mitteilen.

Ich weiß, dass die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin größtes Interesse daran hat, dass die Mobilität der behinderten Menschen in unserer Stadt, insbesondere auch jener, welche die öffentlichen Verkehrsmittel trotz der bisher gesetzten Maßnahmen noch nicht benutzen können, gewährleistet ist, dass es im Fahrtendienst entsprechend funktioniert.

Sollte es tatsächlich so sein, dass eine Firma nicht in der Lage oder nicht willens ist, die ausgeschriebene Leistung gemäß dem Auftrag so zu erfüllen, wie es vorgesehen ist, dann sind meiner Auffassung nach selbstverständlich die Konsequenzen daraus zu ziehen, ohne dass damit die Mobilität der Behinderten entsprechend eingeschränkt wird. Hier, denke ich, ist eine aus meiner Sicht gesehen ziemlich klare Vorgangsweise gegeben.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die fünfte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. - Ich bitte.

Abg Marco **Smoliner** (Liberaler Landtagsklub): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Auch in der amerikanischen Gesetzgebung ist berücksichtigt worden, dass Umbauten und Adaptierungen, die Barrierefreiheit ermöglichen, sehr viel Geld kosten, nicht immer billig und in der Praxis auch nicht immer machbar sind. Die amerikanische Gesetzgebung, der ADA, sieht vor, dass die Adaptierungen im Falle der Unbilligkeit verschoben werden können. Also, auch dort gibt es eine Ausnahmebe-

stimmung.

Es ist nur ein wesentlicher Unterschied - soviel zur Einleitung meiner Frage -, es besteht generell die gesetzliche Verpflichtung und Einklagbarkeit, diese Dinge barrierefrei zu verändern und behindertengerecht zu gestalten. Im Zweifelsfall muss der Betroffene nachweisen, dass es für ihn unbillig war.

In Österreich, in Wien und in allen Bundesländern, ist es so, dass die gesetzliche Verpflichtung zwar formell besteht, aber in keiner Weise einklagbar ist und niemand irgendetwas nachweisen muss, dass ihm etwas unbillig ist, bis auf einzelne kleine gesetzliche Vorschriften.

Meine Frage daher: Welche Maßnahmen werden Sie als Landeshauptmann setzen - denn Behindertengesetzgebung oder -gleichstellung ist keine Frage des Sozialressorts und das sage ich nicht aus Gering-schätzung zur Frau Sozialstadträtin, sondern es ist einfach eine zentrale Frage der Verfassung, der Gleichstellung -, um in den österreichischen Bundesländern und in der Bundesregierung für Überzeugungsarbeit für ein unmissverständliches, einklagbares Antidiskriminierungsgesetz für Behinderte zu sorgen?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Herr Abgeordneter!

Zunächst verweise ich noch einmal darauf, weil ich gerade auch in diesem Themenfeld gar keine Unklarheiten darüber lassen will, was sozusagen das Prozesshafte an dieser Entwicklung ist und wo die Probleme liegen, denn es spricht sich ja niemand - ich nehme an, Sie werden auch eine Fülle von Schreiben haben - gegen diese Klagelegitimierung für die Betroffenen aus.

Das Problem ist in der Tat das der Finanzierung. Das hat nichts mit dem Begriff der Unbilligkeit zu tun, denn der geht ja in die Richtung, nicht ob es teuer oder billig ist, sondern ob es finanziell vertretbar ist oder nicht.

Wenn man dieses Problem - ich sage es noch einmal - auflösen kann, beispielsweise durch den Vorschlag, den ich auch schon unterbreitet und in die Diskussion eingebracht habe, durch die Frage einer entsprechenden zeitlichen Rahmenbestimmung, dass man sagt, hier ist dieses Problem etwa zur Beseitigung von Barrieren für Behinderte innerhalb von fünf, sechs oder sieben Jahren zu lösen, sodass es letztendlich auch zur finanziellen Aufteilung in bestimmte Tranchen kommen kann, kann ich mir vorstellen, dass man aus dieser bisherigen Diskussionsecke entsprechend herauskommt. Dann lässt sich das auch auflösen.

Dass ich persönlich in den Diskussionen dafür einetrete, dass man in der Tat diese Möglichkeit einräumt oder zunächst einmal gesetzlich die Details dieser Beseitigung der Diskriminierung von Behinderten und dann in Folge gesehen auch die Einklagbarkeit festlegt, wie das bei allen anderen Gesetzen zu anderen

Themenfeldern auch der Fall ist, soll außer Zweifel sein.

Mir geht es dabei nicht um das Prinzip, sondern mir geht es dabei - gemäß Ihrer Frage - auch darum, etwas zu tun. Ich habe versucht, hier das Problem, das besteht, präzise zu beschreiben und zu vermitteln, dass ich mit Lösungsvorschlägen nicht zurückhalte und geize, um dieses Problem lösen zu können.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke. - Die 3. Anfrage ist damit beantwortet.

Die 4. Anfrage wurde von Herrn Abg Mag Christoph Chorherr gestellt und ist an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal gerichtet: *Werden Sie sich dafür einsetzen, dass noch rechtzeitig vor den kommenden Wahlen das Wahlrecht so abgeändert wird, dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und Nicht-EU-Bürger an den Bezirksvertretungswahlen teilnehmen können und das Wahlalter für die Gemeinderatswahlen auf 16 Jahre gesenkt wird?*

Frau Stadträtin, ich bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Herr Abgeordneter!

Es ist bekannt, dass ich den beiden Vorschlägen, auf die in dieser Anfrage Bezug genommen wird - nämlich Wahlrecht für Nichtösterreicher und Nicht-EU-Staatsbürger und Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre -, grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Im Besonderen habe ich mich logischerweise auf Grund meines Ressorts mit der Frage Wahlrecht für Nichtösterreicher und Nicht-EU-Staatsbürger auseinander gesetzt. Ich glaube, dass es ein Problem für unsere Demokratie ist, wenn wir Bereiche haben, in denen eine beträchtliche, oft zweistellige Prozentzahl von Mitbürgern und Mitbürgerinnen nicht wählen kann und dass wir uns mit diesem Problem auseinander setzen müssen. Ich bin mir aber auch vollkommen dessen bewusst, dass Wahlrechtsfragen insgesamt sehr sensible Fragen und nicht über das Knie zu brechen sind.

Darüber hinaus gilt natürlich in Beantwortung dieser Frage das, was wir im Zusammenhang mit Wahlrechtsreformen immer wieder geäußert haben, nämlich dass das Fragen sind, die von den Klubs der Regierungsparteien vorab zu klären sind, wo es eine Einigung geben muss, denn erst dann ist es mir möglich, hier initiativ zu werden.

Ferner möchte ich noch einmal betonen, dass ich glaube, dass vor allem die Frage des kommunalen Wahlrechts für nichtösterreichische Staatsbürger und Nicht-EU-Staatsbürger ein Thema ist, das man nicht über das Knie brechen soll, das man sehr gut diskutieren und vorbereiten muss und wofür man werben muss. Diese Werbung - in diesem Sinne beantworte ich die Frage mit Ja - mache ich. Ich glaube aber nicht, dass es Sinn macht und es ist auf Grund der Vereinbarungen der Regierungsparteien auch gar nicht möglich, hier etwas über das Knie zu brechen und mit Gewalt sozusagen durchzudrücken. Dafür

sind Wahlrechtsfragen zu sensibel.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die erste Zusatzfrage wird von Herrn Abg Mag Chorherr gestellt. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (Grüner Klub im Rathaus): *Frau Stadträtin!*

Vom über das Knie Brechen dieser beiden Fragen ist keine Rede. Seit Jahren wird das intensiv diskutiert und von uns vehement gefordert.

Ich beginne kurz mit dem Wahlrecht für EU-Bürger. Den EU-Bürgern wurde in einer raschen, eindeutigen Beschlusslage Rechnung getragen. Menschen aus Griechenland, aus Deutschland, aus England können das selbstverständlich schon tun. Es wäre die Änderung von zwei Worten in einem entsprechenden Gesetz, nämlich das Wort "EU-Bürger" ist zu ersetzen durch "alle in Wien lebenden Menschen" und schon bei der kommenden Wahl wäre ein wichtiger Integrationsschritt gesetzt.

Meine Frage in diesem Zusammenhang - es sind zwei Bereiche -: Werden Sie eine entsprechende Vorlage vorbereiten, um, wenn ein Antrag vom Landtag erfolgt, diesen umzusetzen?

Zum Zweiten, dem Wahlrecht mit 16, erinnere ich nur daran, dass es etliche Aktionen von SPÖ-Gemeinderätinnen und SPÖ-Gemeinderäten gegeben hat, von der zuständigen Stadträtin, die das verlangt hat. Dabei sind nicht mehrere Worte, sondern ist nur eine einzige Zahl im entsprechenden Gesetz zu ändern. Es ist die Zahl "18" durch die Zahl "16" zu ersetzen.

Ich frage Sie: Sehen Sie eine Möglichkeit, dass schon bei der kommenden Wahl diese Forderungen, die von einer Mehrheit in diesem Hause unterstützt werden - wenn ich Ihren Ausführungen zuhöre, wird das auch von Ihrer Fraktion unterstützt -, diese wichtigen demokratiepolitischen Schritte, umgesetzt werden?

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Herr Abgeordneter!

Ich kann es nur als rhetorischen Trick betrachten - von dem ich mir eigentlich denke, er hätte in einer so wichtigen Frage keinen Platz -, wenn du sagst, es geht hier nur um zwei Worte. Wir wissen ganz genau, dass hier nicht die Fragen der Formalität im Vordergrund stehen, ob es schwierig ist, die Gesetze umzuschreiben, ob man viele Paragraphen ändern muss, ob man viele neue Buchstaben oder wenige neue Buchstaben braucht, sondern es geht selbstverständlich um die Inhalte.

Die Inhalte sind nicht so einfach, denn gerade die Formulierung, die du verwendet hast, nämlich "alle in Wien lebenden Menschen", könnte ich zum Beispiel schon nicht unterstützen. Ich glaube, man müsste eine gewisse Mindestaufenthaltsdauer festlegen, wie lange Menschen hier sein müssen, um das Wahlrecht in Anspruch nehmen zu können, weil es geht darum, dass Menschen, die hier leben und hier arbeiten,

einen inhaltlichen Bezug zu ihrer Wohnumgebung und zu dem haben, was ihre neue Heimatstadt geworden ist, dass sie dann auch eine entsprechende Mindestaufenthaltsdauer haben müssten.

Vielleicht war es aber so gemeint und ist sozusagen nur in der Kürze der Formulierung untergegangen. Es zeigt nur, dass es nicht um Worte und auch nicht darum geht, dass es kein Problem ist, das Gesetz zu ändern, weil es nur um zwei Buchstaben, zwei Worte oder zwei Zahlen geht, sondern es geht um sehr viel mehr, es geht um die inhaltliche Einigung. Diese inhaltliche Einigung gibt es zwischen den Koalitionspartnern nicht, aber das ist ein so wichtiges Thema, dass man diese Einigung suchen muss. Deswegen bitte ich darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich es nicht für sinnvoll halte - das habe ich mit den Worten "über das Knie brechen" gemeint -, jetzt eine Einigung herbeizureden, die es im Moment jedenfalls noch nicht gibt. Ich bitte, ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen - das ist meine ganz feste Überzeugung -, dass es erst Sinn macht, sich über Inhalte zu einigen und dann die Formalitäten zu machen.

Ich kann versichern, dass es nicht an der mangelnden Arbeitskraft der Juristen und Juristinnen des Hauses liegt, dass sich irgendwelche Gesetzesvorlagen verzögern würden, weil sie zu lange brauchen, um Gesetzesänderungen zu machen. Das ist sicher nicht das Problem, sondern die inhaltliche Einigung muss zuerst erfolgen und diese ist eben in so sensiblen Fragen wie Wahlrechtsfragen nicht so einfach. Auch das Werben in der Bevölkerung ist wichtig.

Wenn hier gesagt wurde, eine Reihe von sozialdemokratischen jungen Abgeordneten hat Initiativen gesetzt, um zu beweisen, dass der Sozialdemokratie diese angesprochene Forderung nach Senkung des Wahlalters wichtig ist und dass wir mit den Menschen darüber diskutieren und dafür werben, so glaube ich auch, dass ein Mindestmaß an Akzeptanz und Verständnis bei der Bevölkerung da sein muss. Es ist Aufgabe der Politik, auch dafür zu werben. Die jungen Abgeordneten der Sozialdemokratie tun das erfreulicherweise. Das beweist also nur, dass diese Anliegen ernst genommen werden, ändert aber nichts daran, dass eine inhaltliche Einigung zwischen den Koalitionspartnern dazu im Moment nicht vorliegt.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Die zweite Zusatzfrage wird von Herrn Abg Johannes Prochaska gestellt. - Ich erteile ihm das Wort.

Abg Johannes **Prochaska** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): *Sehr geehrte Frau Stadträtin!*

Angesichts von 350 000 Wahlenthältern oder Nichtwählern in Wien - in Wirklichkeit die stärkste Partei -, sehen Sie es nicht als vordringlich an, zuerst einmal daran mitzuwirken, dass jene, die das Wahlrecht schon haben, es auch erleichtert ausüben können, etwa durch Initiativen, Resolutionen hinsichtlich der Briefwahl an die Bundesebene, oder - wie die Niederösterreicher - durch einen zweiten Wahltag eine Woche vorher, Erleichterungen zu schaffen, auch

durch Verträge mit den Bundesländern, Wienern auswärts zu ermöglichen, dass sie in zentralen Orten wählen können?

Es ist wirklich nicht erklärbar, dass Auslandsösterreicher in Montevideo oder in Sydney den Nationalrat mitbestimmen können, ein Auswärtswiener aber schon in Purkersdorf, Hollabrunn oder Wiener Neustadt nicht wählen kann.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Frau Stadträtin.

Amtsfr StR Mag. Renate **Brauner**: Herr Abgeordneter!

Sie kennen die verfassungsrechtliche Situation und wissen, was der Unterschied ist zwischen der Nationalratswahl und auch der Stellungnahme des Verfassungsgerichtshofs zu dem Bundesvolk unter Definition im Unterschied zu den Wahlen zum Wiener Landtag und Gemeinderat, wo per definitionem nur diejenigen wahlberechtigt sind, die hier einen ordentlichen Wohnsitz haben und von daher sich die Frage der Briefwahl in diesem Zusammenhang auf Grund der verfassungsrechtlichen Situation gar nicht stellen kann. Sie kennen die Situation. Darüber können wir uns als Wiener nicht hinwegsetzen.

Ich gebe Ihnen aber Recht, dass man die Tatsache, dass so viele Menschen nicht zur Wahl gegangen sind, als Alarmzeichen sehen und sehr ernst nehmen muss. Ich glaube primär - ich würde jetzt nicht sagen, im Gegensatz zu Ihnen, weil es ist wahrscheinlich gar kein Gegensatz -, dass nicht formale Fragen die Wahlbeteiligung erhöhen werden, wie zum Beispiel die Einführung eines zweiten Wahltags, sondern ich glaube, dass es darum geht, inhaltlich zu werben, den Menschen verstärkt Information zu geben und durch unsere alltägliche Praxis der Politik die Menschen davon zu überzeugen, dass es Sinn macht, uns zu wählen - aber das versuchen wir alle miteinander, mehr oder weniger erfolgreich.

Dass ich mich als zuständige Stadträtin bemühe, vor allem jene anzusprechen, die mir besonders wichtig sind, knüpft an die vorherige Diskussion an. Ich habe beim letzten Mal zum Beispiel den Weg gewählt, alle Jungwähler extra anzuschreiben (*Abg Kurth-Bodo Blind. Deshalb sind sie dann gleich zu Hause geblieben!*), in einer jugendgerechten Art und Weise, um sie darauf aufmerksam zu machen, dass es diese Wahl gibt. Wir bemühen uns - Sie wissen, dass der Presse- und Informationsdienst immer sehr engagiert und kreativ ist -, die Menschen darauf aufmerksam zu machen, dass es die Wahl gibt, dafür zu werben, klar zu machen, dass es ein ganz wertvolles Gut ist, in einer Demokratie wählen zu dürfen, dass es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, aber - wie wir wissen - in vielen anderen Ländern der Welt nicht.

Das heißt, dass es vor allem inhaltliche Fragen sind, mit denen wir uns alle, über Parteigrenzen hinweg, auseinander setzen müssen, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und dass es weniger die Formalfragen sind, die für die zu niedrige - das sehe ich

genauso wie Sie - Wahlbeteiligung verantwortlich sind.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die dritte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Dr GÜNTHER gestellt. - Ich bitte:

Abg Dr Helmut GÜNTHER (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Einleitend möchte ich feststellen, dass sich die Wiener Freiheitlichen gegen das von Ihnen am Landesparteitag vorgestellte Wahlrecht für Ausländer - heute wurde es vom Kollegen Chorherr wieder thematisiert, vielleicht in vorauseilendem Gehorsam - aussprechen. Eines hat Kollege Chorherr, der jetzt jahrelang gekämpft hat, ein gerechtes Wahlrecht für Wien zu erringen, diesmal vergessen. Er hat immer gesagt, er ist dafür, dass das Wiener Wahlrecht jede Stimme gleich zählt. (Abg Johannes Prochaska: Das darf er nicht mehr!) Jetzt ist er dafür, dass Ausländer wählen können und hofft auf diesem Weg, die eine oder andere Stimme zu erhaschen.

Ich frage Sie daher: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es nach über dreijähriger Diskussion unter den Klubobleuten zu einer Regelung kommt, dass das Wiener Wahlrecht jede Stimme gleich zählt, wie es auf Bundesebene bisher schon der Fall ist?

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Frau Stadträtin.

Amts StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Ich denke, dass die vielen Aspekte, die wir jetzt in dieser ein paar Minuten andauernden Diskussion über das Wahlrecht und etwaige Reformen, beginnend von der Frage des Ausländerwahlrechts - es wäre nicht notwendig gewesen, dass Sie uns extra noch darauf aufmerksam machen, dass die Freiheitlichen dagegen sind (Abg Dr Helmut GÜNTHER: Man kann es nicht oft genug sagen!), wir haben es vermutet, aber es schadet nicht, wenn man immer wieder die Positionen klar auf den Tisch legt - bis hin zu Fragen wie zweiter Wahltag, Briefwahl, Fragen des Ermittlungsverfahrens, wie Sie es jetzt angesprochen haben, zeigen, wie viele verschiedene schwierige Aspekte es in der Frage Reform des Wahlrechts gibt. Insofern verstehe ich, dass auch entsprechend viele Gespräche stattfinden und es nicht leicht ist, zu einer Einigung zu kommen.

Das von Ihnen angesprochene Thema ist auch schon bei der letzten Novelle, 1996, bei der Änderung der Wiener Gemeinderatswahlordnung aufgegriffen worden. Ich darf Sie schon darauf aufmerksam machen, dass diese Regelung, die wir jetzt haben, absolut den verfassungsgesetzlichen Prämissen für ein Verhältniswahlrecht entspricht und deswegen ein anständiges, faires und korrektes Wahlrecht ist, das sich bewährt hat, und dass es gerade, wenn es so unterschiedliche Auffassungen gibt, nicht leicht ist, einen gemeinsamen Vorstoß für eine Veränderung zu machen.

Ich werde sicher nicht - das bitte nicht als Desinteresse auszulegen, ganz im Gegenteil - den Klubob-

leuten - ich wüsste auch gar nicht, wie ich es machen sollte - Druck machen, dass sie zu einer Einigung kommen, denn das wäre wohl das Letzte, was in diesem Hause richtig wäre und was sich die Klubobleute gefallen lassen würden. Sie würden es sich nämlich nicht gefallen lassen, wenn ich als Stadträtin gegenüber den Klubobleuten, als Vertreter ihrer aller Vertreter, als gesetzgebende Körperschaft, in irgendeiner Art und Weise Druck ausüben würde. Das werde ich sicher nicht tun. Sie würden es sich auch nicht gefallen lassen, so wie ich alle Klubobleute kenne. Ich habe es aber nicht vor.

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Die vierte Zusatzfrage wird von Herrn Abg Smoliner gestellt. - Ich bitte:

Abg Marco Smoliner (*Liberaler Landtagsklub*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es kristallisieren sich jetzt zwei Szenarien heraus, wenn man an das Wahlrecht für ausländische Mitbürger denkt.

Wenn wir damit rechnen, wir haben nächstes Jahr Wahlen und wenn wir damit rechnen, dass diese Wahlen vorgezogen werden, gibt es die Möglichkeit auf der einen Seite, man erzielt, wie Sie es gesagt haben, keine Einigung zwischen den aktuellen Koalitionsparteien, es passiert gar nichts. Was nach den Wahlen passiert, wissen wir auch nicht. Das ist das eine Szenario.

Das andere Szenario erscheint mir persönlich attraktiver und ich werde Sie dann auch nach Ihrer Präferenz fragen. Das andere Szenario wäre, dass es in diesem Hause eine Mehrheit für das Wahlrecht von Zuwanderern und Zuwanderinnen geben könnte, denn für eine Abstimmung hier im Haus ist es nicht zwingend notwendig, dass sich zwei Parteien vorher einig werden. Für eine Abstimmung hier im Haus ist es notwendig, dass die Mehrheit ein Handzeichen gibt, wenn die Abstimmung stattfindet. Das wissen wir zum Beispiel aus der Werbesteuerdebatte, dass das so funktioniert und nicht anders. (Abg Johannes Prochaska: Das funktioniert doch nicht einmal in Ihrer eigenen Partei!)

Meine Frage ist daher: Frau Stadträtin, welche dieser beiden Szenarien bevorzugen Sie?

Präsident Johann Römer: Frau Stadträtin, bitte Ihre Beantwortung.

Amts StR Mag Renate Brauner: Herr Abgeordneter!

Ich glaube, dass das Thema zu wichtig ist, als dass man sagt: Was ist Ihnen denn wichtiger, ein Punschkröpfen oder eine Schokotorte? (Abg Marco Smoliner: Das war nicht meine Frage!) So spielt sich das in diesem Bereich nicht ab. Meine inhaltliche Präferenz habe ich klargelegt.

Gleichzeitig ist klar, dass es zwischen den beiden Parteien, die die Regierung bilden, eine Vereinbarung gibt, dass bei ganz wichtigen Fragen, und Wahlrechtsfragen sind - ich wiederhole mich -, das hat die Diskussion bewiesen, höchstsensibel und wichtige

Fragen, gemeinsam vorgegangen wird. Wenn wir über Prinzipien dieses Hauses sprechen, so gehört zumindest für mich und meine Freunde dazu, dass man Vereinbarungen auch einhält. Das ist ein Mindestmaß des Gebots der Fairness und der Zusammenarbeit.

Insofern geht Ihre Frage ins Leere, denn wenn vereinbart ist, dass man Wahlrechtsfragen gemeinsam löst, wird das auch so passieren.

Präsident Johann **Römer**: Die fünfte Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Chorherr. - Ich bitte.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Stadträtin!

Nur eine kurze, wesentliche Anmerkung: Gemeinsam wird die Frage jetzt so gelöst, Frau Stadträtin, dass alles so bleibt, wie es ist. Das Wahlrecht wird nicht gesenkt, weil Sie sich dabei offensichtlich nicht durchsetzen, obwohl es eine Mehrheit im Hause gibt. Zweitens wird das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten nicht ausgeweitet.

Ich sage nur, heute am Nachmittag wird es die Möglichkeit für jeden Abgeordneten geben, hier im Hause abzustimmen, was ihm oder ihr wichtiger ist. Das nur noch als Kommentar, wenn es keine Einigung gibt. Es ist entschieden. Hier hat sich eine Minderheitsfraktion durchgesetzt, obwohl sie etwas Gegenteiliges tut, und die SPÖ stimmt gegen das, wofür sie eigentlich angeblich ist. Das ist maximal unglaublich. Genauer in der Debatte am Nachmittag.

Wichtig ist mir jetzt die Frage: Wie könnte und wie sollte man es machen? Ich möchte Sie mit einer Zusatzfrage dazu befragen, Frau Stadträtin.

Es ist gesetzlich so geregelt, dass Unionsbürger dann wählen dürfen, wenn sie am Stichtag im Gemeindegebiet von Wien ihren Hauptwohnsitz haben.

Meine Frage ist: Warum sollte man Unionsbürger anders behandeln als Menschen, die hier leben und arbeiten? Warum eine Wartefrist von zwei, vier, fünf, sechs oder sieben Jahren für Türkinnen und Türken, aber für Deutsche, Engländer, Griechen et cetera, die - wie es im Gesetz geregelt ist - am Stichtag den Wohnsitz in Wien haben, nicht? Wie begründen Sie den Unterschied zwischen Türken und Türkinnen und Griechen und Griechinnen?

Präsident Johann **Römer**: Frau Stadträtin, ich bitte um Beantwortung.

Amtsfr StR Mag Renate **Brauner**: Herr Abgeordneter!

Eine Bemerkung zur Frage der Glaubwürdigkeit: Zur Glaubwürdigkeit gehört es auch, Vereinbarungen einzuhalten und sich an gewisse Prinzipien zu halten. Glaubwürdigkeit misst sich nicht nur an den Kriterien, die du aufstellst, sondern Glaubwürdigkeit misst sich auch daran, wie man längerfristig im Zusammenhang mit einem Thema, mit einem Partner, mit Inhalten agiert.

Zum Zweiten, zu der Frage einer gewissen zeitlichen Anwesenheit in Wien: Wenn wir darüber disku-

tieren, glaube ich in unserem Fall, dass es Sinn macht, wenn Menschen eine gewisse Zeit hier gelebt haben, um einen Bezug zu ihrer Umgebung zu bekommen und dass auch das subjektive Interesse der Einzelnen anders ist. Wenn sie kommen, um zwei Jahre zu studieren, ist das Interesse an der Umgebung, das Interesse am Leben hier anders, als wenn man Zuwanderer oder Zuwanderin ist und längere Zeit bleibt. Das ist der Grund, warum ich glaube, dass es Sinn macht, dass die Leute eine gewisse Mindestanzahl von Jahren da sein sollen.

Aber auch das ist ein Zeichen dafür, dass das Themen sind, die eben nicht nur an zwei Worten hängen, sondern ausdiskutiert werden müssen. Ich bin gerne zu dieser Diskussion bereit und bin auch gerne bereit, darüber gemeinsam nachzudenken. Das zeigt ebenso, dass noch viele Fragen offen sind.

Ich möchte Ihre Zeit jetzt nicht strapazieren, es ist mir aber sehr wichtig, noch einen Satz zu dem Thema zu sagen. Ich glaube nämlich, wenn wir ernsthaft über mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für Migranten und Migrantinnen diskutieren, dürfen wir uns nicht nur auf das Thema "Wahlrecht" beschränken. Das ist eine unabdingbar wichtige Sache. (*Abg Mag Maria Vassilakou: Wieso?*)

Wieso wir uns nicht darauf beschränken sollen? - Weil es auch viele andere Bereiche gibt, die wichtig sind, wie zum Beispiel die Frage des Antidiskriminierungsgesetzes, wie zum Beispiel die Frage des passiven Wahlrechts bei Arbeiterkammer- und Betriebsratswahlen. Ich darf bei der Gelegenheit anmerken, dass die Gemeinde Wien eine rühmliche Ausnahme ist. Da gibt es das nämlich. Oder auch die vielen Initiativen des Integrationsfonds, die über die Grundforderung nach kommunalem Wahlrecht hinaus sich zum Beispiel sehr darum bemühen, dass bei Grätzelmithbestimmung und Bürgerbeteiligungsverfahren Migranten und Migrantinnen mehr Möglichkeiten zur Partizipation haben als bisher. Ich glaube, es wäre ein Fehler, sich ausschließlich auf das Wahlrecht zu konzentrieren. Auch die anderen Fragen sind wichtig und ich wollte das in einer so grundsätzlichen Diskussion, wie sie sich jetzt zum Schluss ergeben hat, nicht unerwähnt lassen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Johann **Römer**: Danke. - Die Fragestunde ist somit beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Von Abg Marco Smoliner wurde eine Aktuelle Stunde mit dem Thema "Gleichstellung von behinderten Menschen: Totes Recht oder gesetzlicher Anspruch? Was Wien tun muss." verlangt. Das Verlangen wurde gemäß der Geschäftsordnung von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Ich bitte den Erstunterzeichner, Herrn Abg Smoliner, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

Abg Marco **Smoliner** (*Liberaler Landtagsklub*): Herr

Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Artikel 7 der Bundesverfassung Abs. 1: "Alle Bundesbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechts, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik, Bund, Länder und Gemeinden bekennen sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten."

Koalitionsübereinkommen der SPÖ mit der ÖVP: "Wir bekennen uns zum Recht behinderter Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und Integration in die Gesellschaft."

Meine Damen und Herren! Alle diese wertvollen und wichtigen Bekenntnisse nützen leider in der Praxis zu wenig. Wann immer wir als Politiker oder Politikerinnen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen werden, werden wir mit ständigen Diskriminierungen im öffentlichen Leben konfrontiert: Der Blindenhund darf nicht ins Krankenhaus. Die Gehsteigkante ist nicht abgeschrägt. Das Bezirksamt ist nicht zugänglich. Das Pflegegeld ist nicht valorisiert. Ich bin behindert und habe keine Chance auf einen Arbeitsplatz. Ich bin behindert und bin in der Karriere benachteiligt, vielleicht sogar in der Stadt Wien. Keine Gebärdensprachdolmetscher an den Universitäten. Meine Verkehrsmittel sind nicht benutzbar. Die Fahrendienste sind unzuverlässig. Und so weiter.

Wir Politiker schreiben aufmerksam mit, notieren uns das alles und sagen: Ich werde mich darum kümmern, da werden wir etwas tun, da bringen wir einen Antrag ein, das bringen wir in die Arbeitsgruppe, das bringen wir in die Kommission.

Meine Damen und Herren! Ist es nicht vielleicht so, dass wir uns gerne unentbehrlich fühlen? Gäbe es nicht auch einen anderen Weg, dass behinderte Menschen nicht irgendeinen Politiker oder irgendeinen Intervenierenden brauchen, um Missstände abzustellen, dass man schlicht und einfach das Recht auf Gleichbehandlung durchsetzbar macht, dass sich die Menschen, die diskriminiert werden, selbständig mit den Mitteln des Rechtsstaats dagegen wehren können? - Ich sage Ihnen, wie es sein könnte.

Zwei Rollstuhlfahrer klagen beim Bezirksgericht, dass ihnen der gleichberechtigte Zugang zu den öffentlichen Verkehrsmitteln verwehrt wird. Die Verkehrsbetriebe werden vom Bezirksgericht schuldig gesprochen. Sie haben ungeeignete Busse gekauft, obwohl es ihnen zumutbar gewesen wäre, geeignete Busse zu kaufen, nämlich zugängliche. Sie haben beschädigte Hublifte oder Rampen nicht repariert. Sie sind schuldig, keinen Alternativtransport bereitgestellt zu haben, obwohl die Hublifte kaputt waren. Und sie haben die Busfahrer nicht ausreichend im Gebrauch der Hublifte geschult. Schuldig. So passiert, meine Damen und Herren, im Fall Richardson & Steele gegen die City of Steamboat Springs, Colorado. Ein

Gerichtsurteil.

Oder der Franchiser einer Hotelkette wird in fünf Fällen vom Justizministerium beschuldigt, seine Hotels nicht barrierefrei gestaltet zu haben. Sein Architekt wird vom Gericht einvernommen und gesteht ein, dass er das Antidiskriminierungsgesetz in der Planung vernachlässigt hat. Das Gericht ordnet an, dass sich der Architekt 24 Stunden bezahlter Schulung zu unterziehen hat. Nicht, dass er etwas bezahlt bekommt, er muss diese 24-Stunden-Schulung über das Antidiskriminierungsgesetz selbst bezahlen. Dem Architekten wird ferner schriftlich angeordnet, bei allen zukünftigen Hotelplanungen das Antidiskriminierungsgesetz zu beachten. Außerdem muss er 60 000 S Strafe zahlen. So passiert in Avernsville in Indiana, dem Architekten von Days Inn, einer renommierten Hotelkette in Amerika.

Oder ein Restaurantbesitzer, der einen Epileptiker nach einem Anfall nicht wieder in sein Restaurant gelassen hat, obwohl er in Begleitung seiner Eltern war, wird von diesem Epileptiker geklagt. Der Restaurantbesitzer wird den Kunden und alle anderen Kunden gleich behandeln. Das wird ihm vom Gericht angeordnet. Gleichzeitig wird eine Information über diese gerichtliche Anordnung im Restaurant ausgehängt. So passiert im O'Neils Place, einem Restaurant in Portland, Pennsylvania.

Eine hörbehinderte Frau beschwert sich, dass sie die Gemeinderatssitzungen nicht verfolgen kann. Ein Mediator des Bundes erreicht, dass die Gemeinde eine T-Schleife, eine Gehörlosenschleife, installiert, also ein Gerät, mit dem man als Gehörloser ein starkes Sendersignal bekommt und so im Hörgerät alles mitverfolgen kann. Gleichzeitig verpflichtet sich der Bürgermeister, die Gemeinderäte schriftlich aufzufordern, direkt ins Mikrofon zu sprechen. Dafür, dass die Frau Anwaltskosten und Barauslagen hat, bekommt sie von der Stadt 7 000 S an Entschädigung bezahlt. So passiert in Minnesota.

Meine Damen und Herren! Sie sehen also, es ist ein Unterschied, ob ich als Betroffener, als behinderter Mensch, ein Recht darauf habe, nicht diskriminiert zu werden, zum Gericht gehen, das einklagen und durchsetzen kann, oder ob ich auf Bekenntnisse und spätere Interventionen von wohlwollenden und fleißigen Politikern angewiesen bin. Wissen Sie, was dieser Unterschied ist? - Diesen Unterschied nennt man "selbstbestimmt leben".

Wenn andere darüber entscheiden, ob mein Grundrecht auf selbstbestimmt leben gewährt wird oder nicht, dann bin ich schon weit weg von selbstbestimmt leben. Dann entscheiden andere über mein Leben.

Jetzt werden Sie sagen, die USA haben ein anderes Rechtssystem, ein anderes Temperament, es gibt eine andere Geschichte und so weiter. Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang eine Frage stellen: Glauben Sie wirklich, dass behinderte Menschen in den USA andere Bedürfnisse haben, als behinderte

Menschen in Österreich? - Die wollen alle das selbe. Sie wollen in Ruhe selbstbestimmt leben. Sie wollen arbeiten, sie wollen Steuern zahlen, sie wollen ihre Familie haben und ihre Kinder großziehen. Sie wollen selbstbestimmt leben.

Meine Damen und Herren! Gleichstellung und selbstbestimmt leben ist daher nicht eine Frage von Wohlwollen nichtbehinderter PolitikerInnen - wie weit wir Behinderte einbeziehen, was wir für sie in Einzelfällen alles tun -, sondern es ist eine Frage dessen, ob ich Betroffenen die Möglichkeit gebe, ihr Grundrecht einzuklagen und durchzusetzen.

Ich bitte jetzt alle Redner, die nach mir zu diesem Podium gehen - das wäre mir wirklich ein Anliegen, ich sage das über Parteigrenzen hinweg -, opfern Sie zehn Sekunden Ihrer Zeit dafür, um zu sagen, ob Sie ein solches durchsetzbares, einklagbares Antidiskriminierungsgesetz wollen. Denn es sind alle vier Parlamentsparteien in diesem Hause vertreten und Vertreter aller vier Parlamentsparteien werden heute hier reden. Wenn wir vier Bekenntnisse für ein solches Antidiskriminierungsgesetz hätten, dann wären wir wesentlich weiter.

Meine Damen und Herren! Ich darf meine Rede mit zwei Hinweisen beenden:

Der erste Hinweis: Am 23. Oktober - also am Montag - gibt es eine Veranstaltung des Behindertenberatungszentrums Bizeps genau zu diesem Thema "selbstbestimmt leben" der ADA, der Americans with Disabilities Act, also dieses Antidiskriminierungsgesetz in Amerika. Beginn ist um 10.00 Uhr. Die Veranstaltung findet in der Oberzellergasse 1 im 3. Wiener Gemeindebezirk statt. ADA-Experten aus den USA sind anwesend und wir freuen uns, dass wir dazu beitragen konnten, diese Veranstaltung durchzuführen.

Mit dem zweiten Hinweis beende ich jetzt meinen Beitrag. Nachdem es sich bei dieser Materie selbstverständlich um eine handelt, die über alle Parteigrenzen hinweg geht und die mit Parteipolitik nichts zu tun haben sollte, war es für uns auch selbstverständlich, sich mit einer Wortmeldung in dieser Aktuellen Stunde zu begnügen. Wir haben daher die zweite Wortmeldung, die uns zustehen würde, dem Liberalen Forum überlassen. Wir werden sehen, ob die Partei Liberales Forum die Gelegenheit nutzt und sich auch für ein Antidiskriminierungsgesetz in diesem Hause ausspricht, auch wenn sie nicht im Parlament sitzt. - Danke. *(Beifall beim Liberalen Landtagsklub und bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Römer**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren Abgeordneten nur einmal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist.

Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Sander gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Jutta **Sander** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gleichstellung ist vor allem durch die Änderung des Artikels 7 des Bundesverfassungsgesetzes vom 13. August 1997 in aller Munde. Es wird seit 1997 diskutiert, rege hier und rege da. Es gibt aber sehr wenig Facts, die sich daraus ergeben haben. Vor allem hat sich daraus ergeben, man redet noch immer darüber, wo man Gesetze mit diskriminierenden Bestimmungen von diesen diskriminierenden Bestimmungen befreien kann, aber es wird immer noch nicht darüber gesprochen - was auch mein Vorredner sehr ausführlich zitiert hat und in vielen Punkten bin ich mit ihm da völlig einig -, wie wir die aktive Variante schaffen. Wichtig ist eben, dass wir eine praktische Umsetzung von Gleichstellung und eine praktische Umsetzung von Antidiskriminierung erreichen, die, wenn es darauf ankommt, auch gerichtlich erzwungen werden kann. Das fehlt nach wie vor.

Wir haben uns in den USA - bei der Reise der Behindertenkommission - sehr eindeutig mit diesem ADA auseinander gesetzt. Allen hier im Haus, in allen Fraktionen, ist klar und bekannt, worum es sich dabei handelt. Für jene, denen das nichts sagt, ganz kurz: Es gibt diesen Act seit 1990 und er betrifft zum Beispiel den gleichberechtigten Zugang zum Studium, zur Ausbildung, zum Kauf und Verkauf von Wohnungen, zur Beschäftigung, zur Benützung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen. Geschäfte, Büros, Museen, Hotels, Restaurants, Kinos, Theater, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Parks, Schulen, Ämter, öffentliche Verkehrsmittel, einfach alles, was unser Leben betrifft, muss für behinderte Menschen gleichgestellt sein. Für all diese Bereiche und viele weitere - das war nur eine beispielhafte Aufzählung -, muss es möglich sein, Gleichbehandlung und Gleichberechtigung vorzufinden und falls das nicht gegeben ist, ist die Situation einklagbar.

Ein paar Beispiele hat Marco Smoliner erwähnt. So ähnlich könnte ich es mir auch hier vorstellen, obwohl hier ein anderes Rechtssystem herrscht. Es geht einfach darum, dass dies einklagbar ist und einen Sinn macht.

Wir haben schon in der Behindertenkommission darüber diskutiert, wie das sein kann, wenn ein öffentlich zugängliches Haus für behinderte Menschen nicht öffentlich zugänglich ist. Wer klagt dann wo? Mit welcher Möglichkeit?

Im Moment ist die Bauordnung so, dass man zu keinem Ergebnis für die betroffene Person kommt. Da zeigt sich ganz deutlich, es fehlt ein Antidiskriminierungsgesetz, es fehlt ein Gleichstellungsgesetz, das ganz klar die entsprechenden Konsequenzen regelt. Das müssen auch beinharte Maßnahmen sein. Das muss einen Architekten oder eine Architektin auch treffen, wenn der Urban-Loritz-Platz mit einer Überdachung ausgestattet wird, die zwar sehr hübsch ist und einen schönen Raum aus dem Urban-Loritz-Platz machen soll, aber wo die Behinderten - nämlich in diesem konkreten Fall die blinden Menschen - über die irgendwie schief in den Boden gelassenen Veran-

kerungen stolpern, weil sie nicht wie die Sehenden die Möglichkeit haben, rechtzeitig zu erkennen, in welche Barrieren sie eigentlich hineinlaufen - kürzlich erst geschehen.

Und es muss nicht immer erst irgendwem zufällig nebenbei einfallen, dass der Festsaal des Rathauses, der ein Veranstaltungsort ist, nicht behindertengerecht ausgestattet wird, wenn er generalsaniert wird. In diesem Fall ist es noch kurzfristig geglückt, diese Induktionsschleife einzubauen. Das muss eine Selbstverständlichkeit sein. Und es muss weh tun, wenn das nicht da ist.

So gibt es jede Menge Beispiele in dieser Stadt, die immer noch diskriminierend sind. Es ist diskriminierend, weiterhin und auf lange Sicht hin auf Sonderfahrendienste angewiesen zu sein. Kürzlich wurden erst für die Badner Bahn Waggonen beschafft, die nicht behindertengerecht sind. Viele Millionen sind ausgegeben worden, an dieser Szene vorbei. Wenn behinderte Menschen des Lokals verwiesen oder nicht bedient werden, weil sie nicht in das Lokal passen, wenn Gemeindeämter, öffentliche Dienststellen, Arztpraxen, Ambulatorien, Wahllokale und so weiter in unzugänglichen Gebäuden eingerichtet werden, dann muss ich dem Herrn Landeshauptmann schon widersprechen, der zuerst erwähnt hat, dass das alles sehr viel kostet und man sich das überlegen muss. Ich stehe hier und sage Ihnen, wenn die Planung entsprechend im Vorfeld gemacht wird, handelt es sich nicht wirklich um Mehrkosten. Das ist eine Frage der Gestaltung, die wir sehr wohl beeinflussen können. Wenn der Ausschluss aus der Schule weiterhin gegeben ist, ...

Präsident Johann Römer (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wenn Sie bitte zum Schluss kommen.

Abg Jutta Sander (fortsetzend): Ich komme schon zum Schluss.

Wenn die Begleitperson bei den öffentlichen Verkehrsmitteln noch immer nicht abgeschafft ist und viele andere Dinge in diesem Bereich des öffentlichen Verkehrs und wenn auch die Arbeitslosigkeit unter behinderten Menschen weiterhin ein Randthema ist und in Wien eine Sonderaktion jene ist, die sich mit der Beschäftigung behinderter Menschen beschäftigt, ...

Es gäbe vieles hier zu sagen, ich habe auch schon vieles hier gesagt. Wir brauchen, um dies abschließend noch einmal erhaltend festzustellen, ein entsprechendes Antidiskriminierungsgesetz. Wir brauchen Gesetze, die harte Konsequenzen bei Nichteinhaltung von Behindertengerechtigkeit vorsehen. Und wir brauchen ein entsprechendes Gleichstellungsgesetz, das all diese Punkte den betroffenen Personen garantiert. (Beifall bei den GRÜNEN und beim Liberalen Landtagsklub.)

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag KARL gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Mag Franz KARL (ÖVP-Klub der Bundes-

hauptstadt Wien): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fast das Wichtigste in der Behindertenarbeit ist die Bewusstseinsbildung. Daher bin ich sehr froh, dass wir eine Aktuelle Stunde einmal der Behindertenproblematik widmen. Ich habe auch gerne meine Unterschrift dafür zur Verfügung gestellt. (Beifall bei Abg Marco Smoliner.)

Ich hoffe nur, dass der heute inszenierte Frühstückswirbel in den Medien diese Frage nicht völlig überdecken wird und appelliere an die Journalisten, dass sie dieser wichtigen Debatte mindestens genauso viel Platz einräumen, wie dem Wirbel in der Früh. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Titel der heutigen Aktuellen Stunde lautet: "Gleichstellung von behinderten Menschen: Totes Recht oder gesetzlicher Anspruch? Was Wien tun muss." - Die Antwort auf diese Frage ist klar: Gleichstellung darf kein totes Recht sein, Gleichstellung ist ein gesetzlicher Anspruch. Der Artikel 7 ist schon oft zitiert worden. Ich sage nur, ich bin sehr froh, dass Länder und Gemeinden ausdrücklich erwähnt sind, denn das stellt unmissverständlich klar, dass auch wir handeln müssen.

Wien hat auch gehandelt.

So hat Frau VBgm Laska bei der am 9. und 10. Dezember 1999 in Salzburg abgehaltenen Landessozialreferenten-Konferenz den Vorschlag gemacht, eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des Entwurfs eines Behindertengleichstellungsgesetzes einzusetzen. Das ist aber leider nur auf geringes Interesse der Bundesländer gestoßen.

Ich möchte Marco Smoliner sagen: Ich bin in der Frage voll auf seiner Seite. Ich sage aber auch, ich habe ein gewisses Verständnis für die Angst mancher vor einem Gleichstellungsgesetz. Das Gleichstellungsgesetz würde nämlich die doch etwas akademische Staatszielbestimmung stark konkretisieren und würde aller Voraussicht nach sehr viel Geld kosten. Das ist die Angst, die ich bis zu einem gewissen Grad verstehe.

Ich bin aber zuversichtlich, dass es noch in dieser Legislaturperiode des Nationalrats zu einem solchen Gesetz kommen wird, heißt es doch in der Regierungserklärung: "Eine Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten umgeht, daher ist es wichtig, den sozialen Zusammenhalt zu gewährleisten, die Integration zu fördern und soziale Ausgrenzung und Diskriminierung zu verhindern."

Auch die so genannte Behindertenmilliarde ist für mich ein solches Zeichen in die richtige Richtung. Am 7. November 2000 wird dazu eine interfraktionale Arbeitsgruppe tagen und es wird auch ein Round-Table-Gespräch im Sozialministerium geben. Schließlich wird die von der Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation am 17. November 2000 in Linz veranstaltete Tagung "Behinderte Menschen brauchen ein Gleichstellungsgesetz" einen wichtigen weiteren Schub in dieser Frage auslösen.

Aber Wien hat auch in vielen Behindertenfragen Großes geleistet und es ist in manchen Punkten sogar führend. Ich denke etwa an die Novellierung des Pflegegeldgesetzes bezüglich der Kinder von null bis drei Jahren. Hier ist die Bundesregelung hinter der Wiener und der Salzburger Regelung, und ich hoffe sehr, dass der Bund auch hier in Bälde nachziehen wird.

Wenn aber von Behindertengleichstellung die Rede ist, muss man natürlich auch ein Wort zur Arbeitsgruppe "Rechtsbereinigung behindertendiskriminierender Bestimmungen" sagen. Diese Arbeitsgruppe zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass Betroffene sehr stark eingebunden sind und entsprechend an allen Sitzungen teilnehmen. Elf Sitzungen haben seit dem 10.9.1999 stattgefunden und es wurde, so glaube ich, auch einiges erreicht. Der Herr Landeshauptmann hat es ja schon aufgezählt, ich will es jetzt gar nicht wiederholen - auch wenn die Durchsetzung manchmal sehr mühsam war.

Trotzdem bleibt natürlich noch viel zu tun. Wir werden uns in der nächsten Sitzung mit der Bauordnung beschäftigen und versuchen, an die großen Leistungen von Hans König und Maria Rauch-Kallat, die bei der ersten behindertenfreundlichen Überarbeitung führend tätig waren, anzuknüpfen.

Auch die Gemeindevahlordnung muss dem Artikel 7 des Bundesverfassungsgesetzes angeglichen werden. Hier gibt es eindeutig verfassungswidrige Bestimmungen.

Ich darf gerade in diesen zwei Punkten um all Ihre Unterstützung bitten und spreche auch ausdrücklich Herrn Bgm Häupl und Herrn VBgm Görg in dieser Frage an. Es wird auch Ihrer Hilfe bedürfen, damit wir diese zwei großen Brocken noch in dieser Legislaturperiode des Landtags schaffen.

Die Koalitionsregierung in Wien hat viele Punkte des Arbeitsübereinkommens zugunsten behinderter Menschen umgesetzt. Wir wollen mit aller Kraft im Sinne des dort ausgesprochenen Grundsatzes weiterarbeiten: "Wir bekennen uns zum Recht behinderter Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf die Integration in die Gesellschaft." (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Schwarz-Klement gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg Brigitte **Schwarz-Klement** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf sagen, dass auch ich dem Kollegen Smoliner dankbar bin für das Thema der heutigen Aktuellen Stunde: "Gleichstellung von behinderten Menschen: Totes Recht oder gesetzlicher Anspruch? Was Wien tun muss."

Auch ich finde die Antwort völlig klar und verständlich: Genug hat Wien noch zu tun, kann man nur sagen! In der kurzen Zeit ist es mir gar nicht möglich, hier alle Beispiele aufzuführen. Trotzdem ist

eines völlig klar: Behinderte Menschen sind nach wie vor tagtäglich in allen wichtigen Lebensbereichen erheblichsten Diskriminierungen ausgesetzt. Sie sind nach wie vor benachteiligt und genießen nicht jene Aufmerksamkeit, die ihnen auf Grund ihrer Lebenssituation eigentlich zukommen müsste. Die diese Stadt regierenden Politiker sehen über berechtigte Anliegen behinderter Mitbürger hinweg und verschanzen sich hinter dem, was bisher für einige wenige verwirklicht wurde, ohne die Notwendigkeit einzusehen, wirklich sozial und nicht sozialistisch zu handeln.

Das fängt schon bei der ach so behindertengerechten U-Bahn an, wo Rollstuhlfahrer mit elektrischen Rollstühlen mit ihren kleinen Vorderrädern noch immer nicht über die Einstiegsspalte hinwegkommen; vom toten Recht - wie seinerzeit der Herr Bürgermeister schon gesagt hat - der Beförderungsbedingungen gar nicht zu reden; und das zieht sich hin bis zum Desaster des Fahrtendienstes, der ja ein eigenes Kapitel wert ist. Ich glaube, das müssen wir demnächst einmal hier behandeln. Aber so viel kann jetzt schon zum Fahrtendienst gesagt werden: Die derzeitige Situation ist ein Rückfall in die Steinzeit. Man muss sich wieder drei Tage vorher anmelden und hat also unendliche Wartezeiten.

Ich kann unseren behinderten Mitbürgern von hier aus nur einen guten Rat geben: Zieht euch warm an, der nächste Winter steht vor der Tür! Ich kann Ihnen aber auch versichern: Wir Freiheitliche werden weiter um ihre Rechte kämpfen! Denn die Wiener Stadtregierenden, SPÖ und ÖVP, haben darauf vergessen, dass behinderte Menschen nicht nur das Bedürfnis, sondern auch das Recht nach Kontakten zur Außenwelt haben und ihre Wohnungen verlassen möchten.

Die baulichen Barrieren bei öffentlichen und privaten Objekten sind für behinderte Menschen nach wie vor unüberwindlich. Kollege KARL hat es schon angeschnitten, und ich muss sagen, ich bin ihm für die Arbeit in dieser Arbeitsgruppe auch sehr, sehr dankbar, denn ihm ist die meiste Arbeit zugefallen. Diese Arbeitsgruppe hat jetzt über ein Jahr getagt und eine Fülle von Themen wurde gemeinsam mit den Betroffenen diskutiert und schriftlich festgehalten.

Nun liegt das Konzept zur Novellierung der Wiener Bauordnung vor. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin nicht glücklich darüber. Wissen Sie, warum? - Die ÖNORM B 1600 wird eventuell in Teilbereichen für verbindlich erklärt. Ich sage Ihnen auch, was das heißt: Das heißt, liebe Rollstuhlfahrer, ihr kommt weiterhin in keinen Einkaufsmarkt, ihr kommt weiterhin in keinen Drogeriemarkt und in keine Arztordination. Liebe Blinde, liebe Sehbehinderte, ihr dürft weiter über die Verstreubungen am Urban-Loritz-Platz stolpern oder in Krankenanstalten ohne Leitlinien herumirren oder euch am Ring von Radfahrern überfahren lassen oder auf Baustellenabsicherungen hoffen. Liebe Gehörlose beziehungsweise schwerst Gehörgeschädigte, ihr müsst euch bei den U-Bahnen weiter davor fürchten, eingezwickelt zu werden, und so wei-

ter, und so weiter.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist leider noch immer traurige Tatsache, dass für viele behinderte Menschen Erfahrungen mit Diskriminierungen zum täglichen Leben gehören, gegen die sie sich nicht wehren können und sich auch nicht trauen. Schließlich hat man sie jahrelang, jahrzehntelang zu abhängigen Bittstellern gemacht.

Unser freiheitliches Ziel ist es - und darauf arbeiten wir mit aller Kraft hin -, dass die Gleichstellung von behinderten Menschen ein gesetzlicher Anspruch wird und dass Integration gelebt wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Dritte Präsidentin Stubenvoll zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Erika **Stubenvoll** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Selbstbestimmt leben und Gleichstellung, das ist ein gesetzlicher Anspruch und das ist auch immer das Bekenntnis der Sozialdemokraten gewesen, wenn auch - und das muss ich leider hier sagen - die praktische Umsetzung dieser Stadtzielbestimmung noch in vielen Bereichen nicht verwirklicht ist. Aber der Herr Landeshauptmann hat hier eindeutig festgestellt, dass Wien im Konzert der Bundesländer sehr, sehr viel und wahrscheinlich noch viel mehr als andere Bundesländer getan hat.

Das heißt aber nicht, dass nicht noch viel zu tun ist. Wir haben uns immer dazu bekannt, dass Behindertenpolitik in dieser Stadt Querschnittsmaterie ist, dass wir mit den Betroffenen gemeinsam für sie ihren Bedürfnissen gerechte Lebensumstände schaffen wollen und dass wir das hier im Wiener Gemeinderat über die Parteigrenzen hinaus als unsere Verpflichtung angesehen haben.

Deshalb ist es auch in unserer Wiener Behindertenkommission gelungen, sehr vieles durchzusetzen, nicht zuletzt durch die Arbeitsgruppe zur Beseitigung von diskriminierenden Rechtsbestimmungen, wofür ich auch dem Kollegen KARL sehr herzlich danke. Wir verstehen uns in dieser Kommission als VertreterInnen der behinderten Menschen, die uns ja auch schließlich gewählt haben, und wir haben die Aufgabe, einzufordern, was noch nicht vorhanden ist, und Empfehlungen dort abzugeben, wo wir glauben, dass es den behinderten Menschen nützt.

Ich sehe es auch als eine wichtige Zukunftsaufgabe für diese Stadt, noch in dieser Legislaturperiode zwei so wichtige Dinge wie die Bauordnung und die Wahlordnung umzusetzen, aber weit darüber hinaus auch für die Zukunft dieser Stadt ein Bewusstsein zu entwickeln, um diese Diskriminierung erst gar nicht entstehen zu lassen. Das ist in sehr vielen Lebensbereichen noch nicht wirklich gut ausgeprägt. Wir als gewählte Politiker haben alles dazu zu tun, um dieses Bewusstsein zu fördern.

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, dass wir

Leitlinien zum Ausbau Wiens als behindertengerechte und barrierefreie Stadt entwickeln, so wie wir die Leitlinien zur Stadtentwicklung entwickelt haben. Wir brauchen die Unterstützung der Behörden zur Umsetzung dieser Leitlinien. Sie sollten natürlich auch im Rahmen des beschlossenen Budgets liegen. Das war auch die große Sorge unseres Bürgermeisters, dass wir hier nicht Forderungen aufstellen, die dann unsere finanziellen Möglichkeiten bei weitem übersteigen.

Die Diskriminierungen in Einrichtungen, die Betreuungsaufgaben wahrnehmen, werden durch die entsprechenden Fachaufsichten wahrgenommen, beziehungsweise es haben sich auch die Vertragspartner, die Betreuungsarbeit im Auftrag der Stadt Wien durchführen, selbst Qualitätskontrollen unterworfen. Alle, die gemeinsam mit der Kommission damals bei der Lebenshilfe waren, haben sich ein sehr gutes Bild machen können, wie dort sehr fortschrittlich Steuergeld sozusagen einer guten und bedürfnisorientierten Verwendung zugeführt wird.

Aber - und das möchte ich hier noch einmal sagen - Qualitätswegweiser sind auch als Auftrag der Stadt zu formulieren. Das hat uns auch Dr Eigner von der Lebenshilfe hier eindeutig vorgeführt. Der Interessenvertretung, die ja erst kürzlich verändert wurde, wird in Zukunft eine ganz wichtige Aufgabe zukommen, um sowohl dem Landeshauptmann als auch den gewählten Vertretern hier im Gemeinderat die Informationen über Diskriminierungen zukommen zu lassen, sodass wir sehr rasch für deren Beseitigung sorgen können.

Ebenso kann ich mir vorstellen, dass jeder Wiener Bezirksvorsteher einen Bezirksrat oder eine Bezirksrätin nominiert, der sich für die Belange behinderter Menschen einsetzt und auch als Ansprechpartner für Einzelpersonen da ist. Öffentlichkeitsarbeit und Förderung des Miteinanders sind für mich besonders wichtige Punkte, die wir in Zukunft noch verstärkt betreiben müssen.

Anliegen, die vielleicht auch noch weniger Berücksichtigung gefunden haben, sind die Anliegen gehörloser Menschen. Auch hierfür haben wir eine Empfehlung der Gemeinderätlichen Behindertenkommission ausgearbeitet, die dem Herrn Landeshauptmann zugeleitet wird.

Die Behindertenmilliarde allein - das möchte ich zum Schluss noch anführen - wird uns nicht helfen. Sie wird vielleicht in einigen Bereichen zusätzliches Geld bedeuten, sie wird aber nicht helfen, der Gleichberechtigung auf Grundlage von Gesetzen zur Durchsetzung zu verhelfen, noch dazu, wenn ich mit Schrecken bemerken muss, dass 1 400 Planposten bei den Lehrern eingespart wurden, die großteils in Wien für die Integrationsklassen verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, sich mit uns allen gemeinsam verstärkt für die Anliegen behinderter Menschen hier im Wiener Landtag einzusetzen und auch die Ergebnisse, die die Arbeitsgruppe der ARGE Rehab in Kürze vorlegen wird, einer

nochmaligen Diskussion zuzuführen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Rüdiger Stix: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, alles, was meine Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben, ist zu unterstützen. Soweit ich als Mandatar, der nicht in der Behindertenkommission sitzt, es beurteilen kann, ist die Arbeit der Behindertenkommission geradezu vorbildlich, auch wenn man sie mit anderen, vergleichbaren parlamentarischen Gremien in Österreich vergleicht, und ist über alle Parteigrenzen hinweg - ungeachtet aller Untertöne von verständlichen politischen Rivalitäten - wirklich beachtenswert und gut.

Warum ich mich als Jurist und jemand, der sich mit Analyse und Prognose von Strukturen, von Infrastrukturen und Potentialen beschäftigt, zu dem Thema gemeldet habe, hat einen einfachen Grund. Wir haben nicht nur bei behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürgern und bei all denen, die faktisch behindert sind - Erzieher mit kleinen Kindern, und Menschen, die, auch wenn sie nicht den formalen juristischen Status eines Behinderten haben, beispielsweise auf Grund eines hohen Alters eben Gebrechen haben -, natürlich noch bestehende Barrieren, reale Barrieren - sie wurden angesprochen -, und auch das ein oder andere, was man als rechtliche Barriere ansprechen kann, zu beseitigen. Ich glaube, darüber bekommt man einen Konsens.

Wir haben auch - Frau Prof Stubenvoll hat es erwähnt - mit der Frage, was sind eben Stadtzielbestimmungen bei uns im Bundesland Wien beziehungsweise in der Stadt Wien, und wir haben Elemente des zivilen Rechts, ...; Kollege Smoliner hat es erwähnt.

Was wir aber in der ganzen Debatte nicht haben, meine Damen und Herren, ist ein Blick für die Entwicklungen, die auf uns zukommen. Ich möchte jetzt nicht mit meinen verehrten grün-alternativen Kollegen tauschen, die sonst die Rolle des Alarmisten haben. Ich mache heute keinen Alarmismus, verweise aber nüchtern und sehr nachhaltig auf die Entwicklung, die natürlich alle Industriegesellschaften trifft, aber uns im Besonderen. Wir bewegen uns in Richtung einer hochaltrigen Gesellschaft.

Sie alle erinnern sich, und Sie alle haben die Statistiken darüber, wie sich die Lebenserwartungen geändert haben, mehr oder minder im Kopf. Die Lebenserwartung in Österreich war damals in den Kronländern, vor dem Ersten Krieg, von der Geburt an gerechnet - also einschließlich der Kinderkrankheiten - bei Frauen bei unter 30 Jahren. Also hatten noch unsere Urgroßmütter, als sie auf die Welt kamen, eine Lebenserwartung von kaum 30 Jahren. Bei Männern war es noch ein bisschen weniger.

Das war übrigens keineswegs so selbstverständ-

lich. Denn in den skandinavischen Ländern hatten, glaube ich, zu dem Zeitpunkt Norwegerinnen und Norweger die höchste Lebenserwartung. Da waren die Norwegerinnen knapp über 50 und die männlichen Norweger knapp unter 50 Jahren. Das hat sich angenähert, das hat sich in allen OECD-Staaten angenähert. - Ich sage jetzt lieber "OECD-Staaten", denn "westliche Industrieländer" lässt natürlich die konfuzianischen Staaten ein bisschen außer Acht.

Aber wir bewegen uns durch die erhöhte Lebenserwartung in den Bereich der Demenz-Erkrankungen. Sie, die Sie in der Behindertenkommission sitzen, und vor allem Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie aus den medizinischen Berufen kommen - von der Pharmazie bis zu medizinischen Berufen im engeren Sinn -, wissen, was das bedeutet. Wir als Politikerinnen und Politiker müssen uns mit den Auswirkungen dieser naturgemäß explosionsartig steigenden Anzahl von Demenz-Erkrankungen aller Art - seien das jetzt Immunerkrankungen, Autoimmunerkrankungen, Alzheimer, weiß der Teufel was alles - beschäftigen, weil das eine - und ich würde sagen, mathematisch durchaus korrekt - als Lawine zu bezeichnende Entwicklung ist, eine Lawine, die auf uns zukommt und mit der wir fertig werden müssen - mit der alle OECD-Staaten fertig werden müssen, aber mit der wir als Stadt und Land Wien fertig werden müssen.

Ich bin auch der Letzte, der jetzt Ärzten, Apothekern oder Wissenschaftlern widerspricht, die sagen: Ja, in 10, 15, 20 Jahren kriegen wird das vielleicht in den Griff und können auch Demenz-Erkrankungen, Autoimmunerkrankungen oder ähnliche Erkrankungen behandeln, vielleicht sogar wiederherstellen. - Mag sein, ich hoffe es, ich freue mich, und wenn wir entsprechende Forschungsanstrengungen und Investitionen im Wissenschaftsbereich machen, so bin ich durchaus, sagen wir, guter Hoffnung, dass die entsprechenden Anstrengungen - ich schließe, Herr Präsident - auch in Wien als High-Tech-Standort für medizinische Anwendungen eine entsprechende Wirksamkeit und Umsetzung für die Wienerinnen und Wiener bewirken.

Aber - und lassen Sie mich damit schließen - wo es Barrieren gibt: weg damit; wo diskriminiert wird: das bestehende Recht anwenden. Nur müssen wir eine realistische Vorsorge treffen für das, was auf uns zukommt - nicht vielleicht auf uns zukommt, nicht irgendwann einmal auf uns zukommt, sondern mit Sicherheit in einem großen Umfang auf uns zukommt.

Präsident Johann Römer: Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Susanne Jerusalem (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst einmal möchte ich als Antwort auf den ersten Redner, Herrn Abg Smoliner, auch vom Mikrophon aus festhalten, dass die GRÜNEN selbstverständlich für ein durchsetzbares, einklagbares Antidiskrimi-

nierungsgesetz sind. Wir werden uns dafür natürlich auch im Bund einsetzen.

Jetzt nur einige Bemerkungen zur Gesetzeslage: Es gibt in Wien ja nicht nur totes Recht, also Recht, das zwar festgeschrieben ist, aber nicht umgesetzt wird. Es gibt in Wien auch sozusagen ungeborenes Recht, nämlich Teilbereiche der Stadtpolitik, in denen die Rechte von Behinderten überhaupt nicht festgeschrieben sind und gar nicht einmal vorkommen. In dem Zusammenhang möchte ich auf das Wiener Kindertagesheimgesetz verweisen, in dem behinderte Kinder, Kinder mit einem besonderen Förderbedarf, mit keinem Wort erwähnt sind. Die Rechte der behinderten Kinder sind im Wiener Kindertagesheimgesetz nicht festgeschrieben, die Rechte der Eltern dieser Kinder sind nicht festgeschrieben, und die Rechte derer, die in diesem Bereich arbeiten, die Fachkräfte, das Kinderbetreuungspersonal - auch deren Rechte sind nicht festgeschrieben. Wir stehen hier ganz am Anfang.

Es ist leider nicht nur so, dass die Rechte nicht festgeschrieben sind, sondern es ist in der Praxis für Eltern von behinderten Kindern - und die brauchen es ganz besonders - auch sehr schwer, einen Platz für ihr Kind zu suchen. Das fängt schon damit an, dass nirgendwo öffentlich eine Liste mit den vorhandenen Integrationsplätzen oder überhaupt Kinderbetreuungsplätzen aufliegt, in die man Einschau nehmen könnte, und es endet damit, dass viele Eltern sehr weite Strecken in Kauf nehmen müssen, um ihr Kind unterbringen zu können.

Da fährt dann eine Mutter mit einem Kind im Rollstuhl vom 12. in den 17. Bezirk, ist eine Dreiviertelstunde hin unterwegs, eine Dreiviertelstunde zurück unterwegs, und nach drei, vier Stunden holt sie das Kind wieder ab, ist wieder eine Dreiviertelstunde und noch eine Dreiviertelstunde unterwegs. Das heißt, es sind viele Stunden, die diese Mutter in der Gegend herumfährt, um einige Stunden der Erleichterung zu haben, einige Stunden, in denen ihr die Arbeit und die doch sehr schwere Belastung abgenommen wird. Meiner Meinung nach ist dieser Zustand unhaltbar und muss rasch geändert werden.

Daher unsere Vorschläge: Erstens sollte prinzipiell jedes Kind ein Recht darauf haben, einen Kinderbetreuungsplatz zu bekommen. In diesem Zusammenhang bedarf es einer Integrationsnovelle, wie es sie ja auch im Schulbereich gibt. Zweitens ist selbstverständlich dafür zu sorgen, dass diese Kinder integrativ untergebracht werden, nicht in eigenen Gruppen. Integration ist äußerst wichtig, nicht nur für die behinderten Kinder, sondern auch für die nicht behinderten Kinder, ein sehr wichtiger Punkt, auf den ganz besonders zu achten ist. Die Mitspracherechte der Eltern sind zu fördern und auch das Recht der Eltern, eigene Gutachter und Fachleute beizuziehen, ist im Gesetz festzuhalten.

Meine Damen und Herren! Damit bin ich mit meinem Appell an Sie schon am Ende: Ändern wir das

Kindertagesheimgesetz und sorgen wir dafür, dass es bereits in der nächsten Legislaturperiode einfach ein anderes Gesetz gibt, das dann auch tatsächlich umgesetzt wird! - Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Fuchs zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Georg **Fuchs** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Weil wir die Sicherung der Grundrechte behinderter Menschen ernst nehmen, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, diskriminierende Bestimmungen im Sinne der Gleichbehandlung Behinderter gegenüber den Nichtbehinderten wegzubringen.

Niemand in unserer Stadt - und ich sage: niemand, Frau Kollegin Schwarz-Klement, Frau Kollegin Jerusalem oder Frau Kollegin Sander! -, niemand in unserer Stadt kann behaupten, dass dazu in den letzten Jahren nichts geschehen ist. Ich sage das mit aller Deutlichkeit. Mit Wehmut sage ich natürlich auch dazu - und das sage ich auch ganz offen -: leider oft viel zu langsam, weil eben der Nachholbedarf sehr groß gewesen ist. Die Koalition hat etwas in Bewegung gebracht, aber alles auf einmal ist nicht gegangen. *(Abg Godwin Schuster: Aber schon weit vorher, Herr Kollege Fuchs!)*

Natürlich, Herr Kollege Schuster, wurden zum Beispiel ab 1991 - ich sage das ganz positiv *(Abg Godwin Schuster: Vorher!)* - 6 500 behindertengerechte beziehungsweise barrierefreie Wohnungen der Gemeinde Wien der MA 17 übergeben. Das ist sicherlich eine große Leistung. Natürlich wurden 726 Behinderterwohnungen nach ÖNORM 1600 oder 1601 für das Wiener Wohnen geschaffen.

Aber es steht ein großes Ziel noch vor uns und das sind die großen Rahmenbedingungen wie die Rechtsbereinigung diskriminierender Bestimmungen in der Bauordnung mit Berücksichtigung sowohl des Wiener Garagengesetzes als auch des Wiener Veranstaltungsgesetzes. Da gibt es meiner Ansicht nach im Sinne der Behinderten kein Wenn und Aber. Benutzbarkeit von Einrichtungen durch körperbehinderte Menschen ist für mich nur dann gewährleistet, wenn sie gefahrlos und ohne fremde Hilfe erfolgt.

Es sind aber nicht nur die großen Rahmenbedingungen, die geändert werden müssen. Es sind auch viele Begleitmaßnahmen, zum Beispiel Weiterbildungskurse, Deutschkurse, Englischkurse, EDV-Kurse und, und, und. Hier gibt es organisatorische Schwierigkeiten, die wir alle noch wegbringen müssen, Schwierigkeiten, bei denen sich Bemühungen oft zerschlagen, weil zum Beispiel beim Gehörlosenbund keine hörende Kontaktperson im Haus war beziehungsweise keine bezahlt werden konnte. Wir werden daher bei den vielen guten, positiven Dingen, die wir schon durchgeführt haben, sicherlich auch in Zukunft nachdenken müssen, wo noch solche Planstellen hingehören, damit die entsprechenden Einrichtungen geschaffen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen. Die EU startet ein neues Projekt mit dem Namen EQUAL. Es geht um die Ausbildungs- und Beschäftigungsstrategie für behinderte Menschen. Hier kommt dem Land Wien in Zukunft eine große Bedeutung zu. Ein Nationaler Aktionsplan für Beschäftigung fasst verschiedene Tätigkeitsfelder zusammen. Er zeigt dort auf, in welcher Form eine bessere institutionelle Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschaffen wird.

Im Rahmen des Ziels 3 wurden klare Prioritäten auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Behinderten, auf den Ausbau bildungspolitischer Maßnahmen zur Förderung von Flexibilität und Arbeitsplatz und auf die Förderung der Chancengleichheit der Behinderten gestellt. Im Sinne ebendieser Umsetzung wurde im Ziel 2 die Unterstützung der Territorialen Beschäftigungspakte verankert.

Wien hat die Aufgabe, diese gemeinsam zu nutzen und auch umzusetzen, damit die Gleichstellung behinderter Menschen in unserer Stadt weiter vorschreiben kann. Es geht um die Aufbereitung einer Integrationskultur, und es soll ein neues, normales Bild eines Menschen geschaffen werden, damit in der Arbeitswelt diese Menschen mit Behinderung so aufgenommen werden wie alle anderen.

In dem Sinne haben wir, glaube ich, vieles erledigt, aber noch ein Stück Arbeit vor uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann Römer: Der nächste Redner ist Herr Abg Saßmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Gerold Saßmann *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Bereich der Behindertenpolitik zeichnet sich durch weitest gehenden Konsens aus. Es kann auch nicht verhehlt werden, dass in diesem Bereich bereits vieles geleistet worden ist, aber natürlich bei weitem noch nicht alles, nämlich alles, was notwendig ist. Natürlich kann man argumentieren, man müsste zur Beseitigung von Widrigkeiten Gesetze schaffen. Das allein kann es aber nicht sein. Denn der Teufel steckt bekanntlich im Detail. Einschlägige Normen, die für Behinderte wirken sollen, gibt es ja bereits, aber leider sind diese Normen teilweise unvollständig.

Nehmen wir den großen Bereich behindertengerechten Bauens. Jedem ist einsichtig, dass ein nicht abgeschrägter Gehsteig für einen Rollstuhlfahrer ein unüberwindliches Hindernis ist. Oder wenn in einem neu gebauten Wohnhaus ein Lift in den 3. Stock führt, aber im Erdgeschoss gibt es leider drei Stufen ohne Rampe - auch das ist ein unüberwindliches Hindernis für einen Rollstuhlfahrer.

Aber für dieses Problem gibt es schon lange eine Lösung, nämlich die ÖNORM B 1600. In diesem Haus herrscht ja zumindest auf Ebene der Behindertenkommission Konsens darüber, dass diese oder eine ähnlich wirkende Norm, die barrierefreies und behindertengerechtes, generationengerechtes Planen und

Bauen garantieren sollte, umgesetzt werden muss. Es laufen in dieser Angelegenheit schon jahrelange Verhandlungen, aber bisher haben sie leider noch zu keinem Ergebnis geführt. Ich muss hier sagen, ich hoffe, dass sie irgendwann einmal zu einem Ergebnis führen werden. Denn sonst könnte es ja Unsinnigkeiten wie den Hackinger Steg, das Apollo-Kino oder die Rampe beim Theresienbad nicht geben.

Behinderte brauchen, so wie alle anderen, Arbeit. Das ist mitunter schwierig zu erreichen, deswegen wurde das Behinderteneinstellungsgesetz geschaffen. Selbstbestimmtes Leben hängt nicht nur davon ab, Rechtsansprüche an den Versorgungs- und Leistungsstaat richten zu können. Die Sicherung der bloßen physischen Existenz ist ja nur Voraussetzung zum Leben. Sinnvollen Tätigkeiten nachgehen zu können, ist noch immer zentraler Punkt im Dasein. Arbeit zu haben und nicht vom Mitleid anderer abhängig sein zu müssen, ist mindestens so wichtig, wie im öffentlichen Raum nicht diskriminiert zu werden.

Gerade dieser Bereich ist allerdings für Behinderte besonders problematisch. Denn sie sind von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen. Ihr Anteil an den Arbeitslosen stieg von 1995 bis 1999 bekanntlich von 16,3 Prozent auf 20,6 Prozent. Um es härter auszudrücken: Jeder zweite Behinderte ist arbeitslos. Die Existenz einer gesetzlichen Norm, nämlich des Behinderteneinstellungsgesetzes, nützt hier allerdings sehr wenig. Denn nicht nur privatwirtschaftliche Einrichtungen entschlagen sich ihrer Verpflichtungen zur Einstellung behinderter Menschen, auch der öffentliche Dienst und die öffentliche Hand spielen hier eine traurige Rolle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einrichtung der Ausgleichstaxe ist eine billige Antwort auf die beschäftigungspolitischen Notwendigkeiten behinderter Menschen. Trotz Verbesserung der Quote seit 1996 erfüllt das Land beziehungsweise die Gemeinde Wien diese Quote nur zu 80 Prozent. Im Vergleich dazu liegt diese Quote in den Bundesministerien im Durchschnitt bei 85 Prozent. Es gibt einige Länder - Oberösterreich, Steiermark, Kärnten -, die diese Quote zur Gänze erfüllen.

Gefragt ist deswegen neben rechtlichen Normen auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Vor allem im Schulungsbereich für jugendliche behinderte Schulabgänger muss mehr geleistet werden. Hier kann man sich als Vertreter der Wienerinnen und Wiener und auch der Behinderten darüber freuen, dass die österreichische Bundesregierung einen epochalen Schritt gesetzt hat, indem sie die Behindertenmilliarde zur Verfügung gestellt hat. Denn sie hat damit die für diesen Bereich eingesetzten Mittel immerhin mehr als verdoppelt. Ich hoffe, dass dadurch sehr vielen behinderten Menschen Arbeit geschaffen wird.

Es ist vielleicht auch nicht positiv, wenn man weniger Lehrer hat. Aber ich muss hier sagen: Wenn die Behindertenmilliarde für behinderte Menschen einge-

setzt werden soll, dann ist es mir lieber, als für nicht behinderte Lehrer, die nicht die Notwendigkeit wie Behinderte haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass diese Bundesregierung zu Unrecht immer wieder des Sozialabbaus geziehen wird. Sie hat bewiesen, dass sie sich im Vergleich zu früher wesentlich mehr für Behinderte einsetzt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme zum Schluss. Über ein Behindertengleichstellungsgesetz und ein Antidiskriminierungsgesetz kann sehr wohl diskutiert werden. Aber wir haben am Beispiel der ÖNORM B 1600 und des Behinderteneinstellungsgesetzes gesehen, dass wir selbst bei bestehenden Normen noch eine Menge zu verbessern haben. Wir Freiheitliche sind für die Diskussion auf jeden Fall, wie immer, offen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Kurt Wagner gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Kurt **Wagner** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Wenn man sich Gedanken über die politische Arbeit mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen macht, so sind zwei Dinge für diese betroffene Personengruppe besonders wichtig und haben großen, wenn nicht größten Einfluss auf ihr persönliches Wohlbefinden, nämlich das Wohnen, die Beschäftigung und die Arbeit in all ihren möglichen Formen.

Bei einer solchen Gelegenheit erzähle ich immer eine kleine Geschichte, die ich eigentlich relativ jung im Wiener Gemeinderat und Landtag erlebt habe. 1995 kam in eine meiner Sprechstunden ein 85-jähriger Mann und erklärte mir: Er hat zu Hause ein schier unlösbares Problem, er versorgt nämlich einen 53-jährigen Sohn. Auf die Frage, die Sie sich vorstellen können: aus welchen Gründen, sagt er mir, dass sein Sohn von Geburt an behindert war und schwerst behindert ist, sodass er jetzt nicht weiß, was er mit ihm machen soll. Er persönlich würde gerne in ein Pensionistenwohnhaus übersiedeln, traut es sich aber nicht, weil er nicht weiß, was mit seinem Sohn geschehen wird.

Ich konnte diesem 85-jährigen Menschen, einem Wiener aus dem 16. Wiener Gemeindebezirk, damals helfen, indem ich ihn zu einer Einrichtung schickte, die es im Bereich der Gemeinde Wien gab, nämlich der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze für behinderte Menschen. Diese Arbeitsgemeinschaft besorgte dem Sohn einen Wohnplatz in einer Wohngemeinschaft und eine Tätigkeit in einer Tagestherapie in einer Werkstätte. Der Vater ist heute sehr glücklich, er besucht seinen Sohn, und es ist eigentlich ein Erfolgsstory.

Wieso ich dieses Beispiel bringen möchte? - Wenn man sagt, dass in der Vergangenheit nichts getan wurde oder dass erst seit dem Eintritt der Österreichischen Volkspartei in die Regierungsverantwortung

hier in Wien etwas getan wurde, dann stimmt das in diesem Bereich *(Abg Mag Franz KARL: Das habe ich aber nicht behauptet!)* - hast du nicht gesagt - aber sicher nicht. Es wurde nämlich 1986 diese Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze hier im Wiener Landtag und Gemeinderat ins Leben gerufen. Das war ein entscheidender quantitativer und qualitativer Schritt, der sich damals sehr ehrgeizig zum Ziel setzte, 1 000 Wohnplätze für behinderte Menschen zu schaffen.

Meine Damen und Herren des Wiener Landtags! Voriges Jahr konnten wir über dieses ehrgeizige Projekt hier im Prinzip eine Vollzugsmeldung abstaten, diese 1 000 Wohnplätze wurden in der Tat umgesetzt. Aber schon im Jahre 1996 war Frau VBgm Grete Laska bereit, über die Weiterführung dieses Projekts nachzudenken, und so wurde bereits 1996 dieses 1 000-Wohnplätze-Programm um weitere 350 Wohnplätze bis zum Jahr 2003 aufgestockt.

In der Arbeitsgemeinschaft Wohnplätze sind zahlreiche Vereine vertreten, die auch politisch mit allen Parteien hier Kontakt haben, Vereine wie das Haus der Barmherzigkeit, die Elterninitiative "Gemeinsam leben, gemeinsam lernen", die Caritas, der Verein Trias, die Lebenshilfe, der ÖHTB, Balance, Komm mit, die Bahngesellschaft, Jugend am Werk, Lok und noch viele mehr.

In der Tat hat sich viel geändert. In Wien gibt es keine Großheime für Menschen mit geistiger Behinderung. Das Betreuungsangebot ist breit gefächert, sozusagen maßgeschneidert für alle Bedürfnisse. Das Wohnangebot reicht vom Kleinheim über betreute Wohngemeinschaften bis hin zu betreuten Einzelwohnungen. Ebenso sind Arbeits- und Beschäftigungsangebote in dem Zusammenhang bei diesen Vereinen erweitert worden.

Eines hat sich leider nach wie vor nicht verändert - wie ich meine, noch nicht verändert. So genannte Professionelle entwickeln Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung; sie wissen am Besten, was für diese Personengruppe am sinnvollsten ist, gerne verwenden sie sich als Sprachrohr derjenigen, die sich nicht artikulieren können. Schnell ist man geneigt, zu sagen: Die sind ja nicht in der Lage, für sich selbst zu sprechen.

Das stimmt, sie haben es nämlich nie gelernt. Sie konnten es nie lernen, weil immer jemand da war, der für sie gesprochen hat - fallweise auch wir Politiker. Ich glaube, dass wir gerade in den nächsten Wochen und Monaten darüber nachdenken sollten, die Selbstbestimmung für diese Personengruppe wirklich in die Tat umzusetzen.

Hoher Landtag! Was geschieht eigentlich in unseren Köpfen, wenn wir solche Aussagen tätigen und hören? Neigen wir nicht oft allzu schnell dazu, zu sagen: na ja, da gibt es welche, die eine schwerere geistige Behinderung haben, und dann gibt es welche, die eine leichtere haben? - Mit dieser willkürlichen Feststellung relativieren wir dann leider unsere Aussagen, ohne sie wirklich zu verstehen.

Aber noch ein wichtiger Bereich: Einfach nur Wohnen, Essen und Kochen war zu wenig. Daher haben wir voriges Jahr die Initiative Arbeit, die sich generell mit dem Problem der Beschäftigung für behinderte Menschen beschäftigt, ins Leben gerufen.

Meine Damen und Herren des Wiener Landtags! Die Integrationsidee ist die Leitidee unserer Tätigkeit in Wien, die Normalisierung der Lebensbedingungen unser methodisches Fortbewegungsmittel, die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte unsere gemeinsame Wertebasis. Arbeiten wir in diesem Sinne erfolgreich in Wien weiter!

Ein großartiger Sozialreformer der Ersten Republik sagte einmal in einer großartigen Feststellung: "Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder." Diesen Spruch sollten wir auch in unserer Gesellschaft auf alle Menschen mit besonderen Bedürfnissen ausdehnen. Reißen wir die Kerkermauern in unseren Köpfen nieder, zum Wohle der betroffenen Menschen in Wien! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Johann Römer: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs. 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Abgeordneten des Grünen Klubs im Rathaus 2, des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien 2 und von den Abgen Mag Bolena und Dr Alkier gemeinsam 4 vorliegen.

Vor Sitzungsbeginn sind folgende Anträge von Landtagsabgeordneten eingelangt: 7 Anträge des Klubs der Wiener Freiheitlichen.

Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben.

Die Abgen Mag Alexandra Bolena und Dr Wolfgang Alkier haben einen Antrag, betreffend Verhinderung unverhältnismäßiger - in Klammer - (Mehrfach-)bestrafungen auf Grund von Doppelgleisigkeiten zwischen Bundes- und Landesrecht, eingebracht. Dieser Antrag ist nicht genügend unterstützt.

Ich frage daher die Damen und Herren des Landtags, ob sie diesen Antrag unterstützen wollen, und bitte als Zeichen dafür, die Hand zu heben. - Danke, damit ist der Antrag genügend unterstützt.

Ich weise ihn dem Herrn Landeshauptmann zu.

Abg Susanne Jerusalem sowie Freundinnen und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Mag Maria Vassilakou sowie Freundinnen und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten bei den Bezirksvertretungswahlen eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freundinnen

und Freunde haben gemäß § 30 b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Untersuchungsausschüsse eingebracht. Diesen Antrag weise ich dem Ausschuss für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal zu.

Von Abg Mag Christoph Chorherr sowie Freundinnen und Freunde wurde eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann, betreffend Umsetzung eines Demokratiepakets vor den Gemeinderatswahlen, gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet.

Gemäß § 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsmäßigen Behandlung der dringlichen Anfrage unterbrochen und spätestens um 20 Uhr zur Erledigung der noch offenen Geschäftsstücke fortgesetzt.

Bevor wir die unter Postnummer 1 vorgesehene Wahl vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 28 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, die vorgesehene Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtags, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig angenommen.

Das Mitglied des Bundesrats Karl Drochter hat mit Wirkung vom 19. Oktober 2000 sein an 7. Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Abg Fritz Strobl, hat ebenfalls sein Mandat zurückgelegt.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats schlägt als neues Mitglied für die 7. Stelle Frau Roswitha Bachner und als an gleicher Stelle gereihtes Ersatzmitglied Herrn Abg Fritz Strobl zur Wahl vor.

Wer von den Damen und Herren diesem Wahlvorschlag die Zustimmung erteilen möchte, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist mit Mehrheit angenommen.

Somit sind Frau Roswitha Bachner als das an 7. Stelle gereichte Mitglied und Herr Abg Fritz Strobl als das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied des Bundesrats gewählt. Ich darf die neu Gewählten auf der Galerie recht herzlich in unserer Mitte begrüßen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Die Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 1999 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien an den Wiener Landtag.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau amtsf StR Mag Brauner, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner: Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte, den Bericht zu diskutieren, und um Zustimmung.

Präsident Johann Römer: Danke. - Zu diesem Punkt hat sich Frau Abg Sander zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Jutta Sander (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir diskutieren heute den Tätigkeitsbericht 1999 des UVS. Ich muss sagen, so früh haben wir diesen Tätigkeitsbericht noch nie diskutiert. Es passiert also, sagen wir einmal, nach einem dreiviertel Jahr 2000, dass wir den Bericht über das Jahr 1999 sehen und hier im Landtag diskutieren. Es zählt sich also eigentlich erstmals aus, diesen Bericht ernsthaft zu diskutieren, weil man davon ausgehen könnte, dass die Zahlen noch halbwegs stimmen, dass die Probleme, so befürchte ich, noch immer dieselben sind und dass wir eigentlich einen wirklichen Handlungsbedarf haben, dort etwas umzusetzen.

Ich gehe diesen Tätigkeitsbericht kurz durch. Es sind eigentlich Déjà-vu-Erlebnisse, wenn man diesen Tätigkeitsbericht liest. Ich kann mich erinnern, wie oft ich hier schon gestanden bin und über dieselben Probleme gesprochen habe, die sich dort eigentlich verschlechtert und verschlimmert haben, statt dass im Zusammenhang mit diesem unabhängigen Landesverwaltungsgericht eine Situation aufgebaut worden wäre und eine Änderung eingetreten wäre, die wir begrüßen könnten.

Dieser Tätigkeitsbericht ist ein Bericht, der aus dem Bericht der Vollversammlung heraus beschlossen wurde. Das heißt, es ist endlich einmal ein Bericht, der so entstanden ist, wie er ursprünglich entstehen sollte. Die Kritikpunkte sind auch, glaube ich, ziemlich klar aufgezeigt, und es ist ziemlich unmissverständlich nachzulesen, was wir hier zu tun haben.

Ein großes Problem ist die personelle Ausdünnung. Es ist seit Jahren das gleiche Lied, das man hier singen kann. Während der Unabhängige Verwaltungssenat am Anfang für seine Aktenfälle zuerst noch, sagen wir, annähernd genügend Personal zur Verfügung hatte, ist das später immer weniger der Fall. Bei der personellen Ausdünnung, die hier läuft, ist es, verbunden mit der misslungenen Software-Umstellung und dem dadurch hervorgerufenen organisatorischen Chaos, sicherlich ein großes Problem, die Fälle tatsächlich rechtzeitig und fristgerecht zu erledigen.

Denn es gibt ja zwei Personengruppen, die ein Interesse an der Erledigung der Fälle haben können. Zum einen ist es die Stadt, die im Vorfeld auch Verfahren geführt und investiert hat und eigentlich davon ausgehen müsste, dass die Strafen, wenn es zur Bestätigung der Strafen kommt, auch fristgerecht ausgesprochen werden. Auf der anderen Seite gibt es auch Leute, die daraus Rechtsansprüche beziehen, wenn sie zum Beispiel durch die Polizei ungerecht behandelt werden. Auch da muss man doch sehen,

dass sie einen Anspruch haben, zu einer fristgerechten Entscheidung zu kommen.

Diese personelle Ausdünnung ist daher - so sage ich von hier aus - eine bewusste Ausdünnung und hat System.

In Zukunft wird sich die Situation weiter verschlechtern, denn es gibt Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofs, die künftige Kompetenzübertragungen an den UVS erwarten lassen. Das sind zusätzliche Kompetenzübertragungen, zum Beispiel im Bereich des Vergaberechts. Das heißt, der Vergabekontrollsenat wird eigentlich obsolet sein. Sonst kann ich mich darüber ein Stück freuen, denn dieser Vergabekontrollsenat ist einer, der mit 26 Männern und 2 Frauen sehr unparitätisch besetzt ist, und wenn ein solches Gremium aufgehoben wird, gibt es dann vielleicht auch andere Chancen, die Vergaberegungen neu zu gestalten und geschlechtergerechter umzusetzen. - Das ist aber eigentlich nur ein Sidesstep.

Im Bericht zum Personalstand kann man nachlesen, dass die Verringerung der Mitglieder um rund 20 Prozent im Vergleich zum Jahr 1998 ein großes Problem darstellt und diese Reduktion eigentlich auch eintrat, obwohl in der Landtagssitzung vom April 1999 von den Regierungsparteien ausdrücklich zugesagt worden war, auf Grund der bekannt hohen Arbeitsbelastung im UVS nicht nur keine Einsparungen vorzunehmen, sondern auch die bereits zugesagte Erhöhung der Mitglieder-Dienstposten zu überprüfen. Das hat nicht stattgefunden. Das heißt, man hat die Mitglieder dort eigentlich schmähsch im Stich gelassen, und es sind wir, die hier zuständig sind dafür, dass der Unabhängige Verwaltungssenat funktioniert oder nicht funktioniert.

Über viele Seiten wird das Nichtfunktionieren des neuen Büroverwaltungssystems angesprochen. Ich denke mir, wenn man zum Mond fliegt und auch andere technische Dinge erledigen kann, dann kann es doch nicht unlösbar sein, dass ein Unabhängiger Verwaltungssenat, der vorher ein halbwegs funktionierendes EDV-System hatte, dann bei der Umstellung ein gar nicht mehr funktionierendes vorfindet, und dass sich da eigentlich nichts tut. Meine Frage: Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Gibt es schon ein funktionierendes EDV-System? Wann wird es das geben, wenn es das jetzt noch nicht gibt? Was ist schon vorgesehen, umgesetzt und so weiter?

Zu den Geschäftsfällen, weil mir auch hier immer wieder erklärt wird, die Geschäftsfälle sinken eh, der Mitgliederstand passt schon, und das wird sich schon irgendwie einrenken: Die Geschäftsfälle bleiben eigentlich gleich, denn ob es 1998 11 474 Fälle sind oder 1999 11 273 Fälle, ist wirklich nicht die große Änderung. Man sieht, dass sich da die Zahlen stabilisieren und dass sich, wenn wir keine Aufstockung der Mitgliederzahlen vornehmen, der Rückstand weiterhin erhöhen wird.

Wenn wir davon ausgehen, dass pro Jahr und

Mitglied rund 200 Verfahren als realistisch zu erledigen seien, dann ist das eigentlich schon eine vergangene Arbeitsbelastung. Denn im April 1999 wurde im Revisionsbericht vorgelegt, dass man jetzt eigentlich davon ausgeht, dass jedes Mitglied plötzlich 360 Verfahren pro Jahr zu erledigen hätte. Das ist eine erhebliche Steigerung, fast eine Verdoppelung der Akten.

Jetzt muss ich Sie fragen: Wollen wir hier eigentlich, dass die Akten sehr schlampig behandelt werden? Oder glauben wir, dass der Arbeitstag der UVS-Mitglieder nicht 8 Stunden, sondern vielleicht 36 Stunden beträgt? Oder wie soll das ausschauen? - Denn es ist ja jetzt schon so, dass wir dem Bericht entnehmen können, dass bereits ein Jahresrückstand aufgelaufen ist.

Es ist hier offensichtlich auch nicht bekannt, dass die Akten nicht einfach weitergegeben werden können, sondern dass, wenn ein anderes Mitglied einen Akt in Bearbeitung nimmt - weil jemand in Karenz geht, wenn jemand durch eine andere Geschäftseinteilung oder warum auch immer diesen Akt nicht mehr behandelt -, dieser Akt dann von vorne weg bearbeitet werden muss. Das hat ja seinen Sinn. Es gibt einen Rechtsanspruch auf eine korrekte, umfassende Recherche und auf ein möglichst gut recherchiertes Ergebnis.

Das heißt, wenn wir weiterhin davon ausgehen und die Rechtsmeinung des magistratsinternen Revisionsberichts unterstützen, dass 360 Verfahren pro Jahr möglich sind, dann müssen wir uns auch darüber klar sein, dass es zu einer sehr schlampigen Judikatur kommen muss oder dass sehr viele Aktenverfahren nicht rechtzeitig abgeschlossen werden können. Das heißt, dass die Strafen, die schon über mehrere Instanzen gegangen sind, dann letztendlich nicht mehr eingebracht werden können, weil sie eben verjährt sind.

Das kann man über viele Seiten sehr detailliert nachlesen. Ich gehe davon aus, dass Sie das alles auch gelesen haben und dass das jetzt sozusagen nur eine Erinnerung ist, eine Erinnerung von Berichten aus den letzten Jahren. Aber leider hat sich ja nichts getan und insofern stehe ich hier, um neuerlich daran zu erinnern. Ich frage auch von hier ganz klar: Wie viele Akten sind schon verjährt? Was ist es dem Wiener Landtag eigentlich wert, den Magistrat im Hinblick darauf zu decken - oder ich weiß nicht, wie ich das bezeichnen soll -, dass die Personalsituation so schlecht aussieht? Wie umfangreich ist diese massive Verjährung?

Im Bericht konnte es nicht qualifiziert werden, weil keine Daten darüber vorhanden sind, die der Vollversammlung vorgelegen wären. Diese personelle Aushungerung ist den Rechtsschutzsuchenden ganz sicherlich nicht zuzumuten, wenn über behauptete Grundrechtsverletzungen, beispielsweise durch Polizeiübergriffe, oft erst weit nach Ablauf der gesetzlichen Entscheidungsfrist von sechs Monaten ent-

schieden werden kann.

Und es ist eigentlich auch nicht sinnvoll, wenn die Wirksamkeit strafrechtlicher Sanktionsmöglichkeiten für nicht gesetzeskonformes Verhalten nicht mehr ernst genommen wird und wir uns dann sozusagen so aus der Affäre ziehen, dass wir einfach wegsehen.

Aus dem aufgezeigten Aktenrückstand erhebt sich für mich die Frage, wann wird endlich das Personal aufgestockt, wo sich doch hier die Koalitionsparteien im Jahre 1998 geeinigt haben, diese Personalaufstockung nachzuvollziehen. Bis jetzt habe ich nichts bemerkt. Wir haben keinerlei derartige Akten im Stadtssenat gesehen und immerhin wird auch sehr eindeutig darauf hingewiesen, dass durch die Änderung der Geschäftseinteilung und durch das Ausscheiden von Mitgliedern immer mehr Kammern unvollständig besetzt sind und mittlerweile seit Ende 1999, jetzt wahrscheinlich noch viel stärker, neun so genannte Rumpfkammern bestehen, das heißt, es müssen immer andere Leute aus anderen Kammern aushelfen. Dass das natürlich zu Lasten der anderen Kammern geht, können wir uns gut vorstellen.

Das Aushungern hat ja viele Facetten und bringt dann viele Probleme im Bereich des UVS. Deswegen also die klare Frage, wann wird im UVS neues Personal bestellt. Und dann auch die Frage, wenn Personal bestellt wird, bitte keine Auswahl nach politisch motivierten Vorgaben durch den Magistrat, sondern eine Ernennung der Mitglieder nach einem Hearing, nach deren Kenntnissen und so weiter.

Ein Punkt, der auch nicht unwesentlich ist, vor allem für jene Leute, die im Haus arbeiten: Nicht nur die Mitglieder, sondern auch die anderen Bediensteten des UVS haben die mangelnde Sicherheit beziehungsweise die fehlende Sicherheit im UVS beklagt, und der UVS ist ja tatsächlich so eingerichtet, dass er mitten in magistratischen Dienststellen liegt. (*Einwand der Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate Brauner.*) Bitte?

Präsidentin Erika **Stubenvoll** (*unterbrechend*): Bitte sprechen Sie weiter, Frau Kollegin! (*Abg Godwin Schuster: Nur weiter, es wird vielleicht besser!*)

Abg Jutta **Sander** (*fortsetzend*): Für mich ist daher die Frage, was ist für die Sicherheit der Bediensteten im Bereich des UVS konkret vorgesehen? - Die Beispiele, die erwähnt sind, vor allem auch am Nachmittag ist das Haus ja leicht zugänglich und sollte man diese Mitglieder nicht irgendwelchen Racheakten von Bestraften aussetzen, während man bei den Bezirksgerichten nur mehr durch strenge Kontrollen überhaupt ins Haus kommt. (*Abg Godwin Schuster: Sind Sie schon drinnen gewesen?*) Ja, ich war sehr wohl im UVS. (*Abg Godwin Schuster: Haben Sie bemerkt, wie Sie beobachtet worden sind?*) Ja, beobachtet schon, aber das ist für mich nicht wirklich eine konkrete Maßnahme. Also, ich denke mir, der Vergleich zeigt einem sicherlich, ein Bezirksgericht ist ein Bezirksgericht mit den entsprechenden Maßnahmen

rundherum, aber der UVS ist irgendeine Stelle von vielen Magistratsdienststellen, könnte man beinahe meinen.

Zuletzt denke ich mir auch, dass eigentlich sehr bewusste Kritik an der Zustellpraxis geübt wurde. Ich möchte diese Kritik unterstützen, denn wenn die Zustellung der Entscheidungen sehr vernachlässigt wird, dann ist wohl die Frage berechtigt, wozu haben die Erstbehörden entschieden, wozu haben die Instanzen entschieden und wozu hat sich der UVS zu einer Entscheidung bemüht, wenn dann durch eine verspätete Zustellung das ganze Verfahren zunichte gemacht wird. Hier geht es auch um viel Geld, abgesehen von der Bürokratie, die man sich hätte sparen können. *(Abg Godwin Schuster: Haben Sie einen Beweis dafür?)*

Im Gesamten ... *(Abg Godwin Schuster: Haben Sie einen Beweis dafür?)* Es steht im Bericht. *(Abg Godwin Schuster: Können Sie das belegen?)* Es steht im Bericht, ich beziehe mich darauf, ich zitiere Seite 28 des Berichts, "Bedenkliche Zustellpraxis", und davon gehe ich aus.

Man kann auch das Blaubuch zitieren, das sehr wohl bekannt ist und das auch in der Rechtsentscheidung ein Problem ist. Ich meine, wir wissen, wie lange Akten brauchen, um von einer Dienststelle zur anderen zu kommen, das geht nicht von heute auf morgen, die Karriolpost braucht bis zu drei Wochen, und wenn es darauf ankommt, ist das auch ein Problem. Aber ich sage einmal, die Zustellung ist sicher ein Problem und der ganze Verwaltungsaufwand, der im Vorhinein bestanden hat, ist dann eigentlich zunichte.

Und anstelle eines Ausblicks wird die sofortige Nachbesetzung der offenen Planposten für die Senatsmitglieder gefordert, es wird die Mitwirkung des gewählten Personalausschusses bei Neuaufnahmen gefordert, es wird die Klarstellung des Dienstverhältnisses der Senatsmitglieder zur Gemeinde Wien gefordert und die Einführung einer tauglichen Software. Da ich davon ausgehe, dass auch diese Softwareprobleme noch immer bestehen - man möge mich eines Besseren belehren oder darüber informieren -, kann ich diese Punkte, diese Forderungspunkte nur vollinhaltlich bestätigen beziehungsweise verstärken und einfordern. Vor allem, dass man diese personelle Aushungerung endlich ändert und sich überlegt, wird der UVS jetzt so behandelt als Rachezug des Magistrats gegen eine Einrichtung, die man nicht will, oder wollen wir hier wirklich - und das sollte unser Anliegen sein - fristgerechte Fallerledigungen zugunsten der gesetzlichen Maßnahmen beziehungsweise auch zugunsten von Personen, die Rechtsansprüche haben, oder stimmen wir weiterhin dieser unausgesprochenen Personalreduktion zu, indem wir nichts tun.

Also, es bleibt vieles noch beim Alten, der Bericht ist zwar diesmal aktueller, aber insofern ist mehr denn je Handlungsbedarf gegeben. Machen wir aus

dem Unabhängigen Verwaltungssenat, den ich von dieser Stelle aus schon öfters als abhängigen Verwaltungssenat bezeichnet habe - abhängig ist er sicher durch schlechte Strukturen -, endlich ein unabhängiges Landesverwaltungsgericht für Wien. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Tschirf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Matthias **Tschirf** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auf das letzte Zitat meiner Vorrednerin eingehend, glaube ich, dass man, wenn es sich um rechtsstaatliche Einrichtungen handelt wie den UVS, der ja eine gerichtsähnliche Einrichtung ist, sehr sorgsam mit den Worten umgehen sollte und nicht von einem Abhängigen sprechen sollte. Noch dazu, wo wir es doch mit einer völlig anderen Rechtslage heute zu tun haben, die wir im Jahr 1999 auch geschaffen haben und die auch in diesem Bericht vorkommt. Denn hier sind jetzt nicht nur unbefristete Dienstverhältnisse vorgesehen, sondern es ist durch die Schaffung des Personalausschusses und des Geschäftsverteilungsausschusses eine Struktur geschaffen worden, wie sie genauso auch im Richterdienstgesetz festgelegt ist. Das heißt, hier wurde dienstrechtlich ein Regime eingerichtet, wie wir es aus dem Bereich des Richterdienstgesetzes kennen.

Leistungsfeststellungen, Beurteilungen, sämtliche Angelegenheiten der so genannten Justizverwaltung erfolgen in der Diktion des Bundesverfassungsgesetzes in der Justizverwaltung in Senaten, das heißt, unabhängig und nicht durch den Präsidenten. Hier ist einiges geschehen, genauso wie im Bereich der Laufbahnen. Es sind heute nicht mehr Beförderungen, die erfolgen können oder nicht erfolgen können, sondern jedes Mitglied des UVS weiß, dass es eine Laufbahn mit Biennalevorrückungen vor sich hat und ich glaube auch, dass wir ein Gehaltssystem und Gehaltshöhen gefunden haben, die durchaus für qualifizierte Akademiker interessant sind und daher können wir sagen, dass tatsächlich in dieser Legislaturperiode mit diesem neuen Dienst- und Gehaltssystem einiges gelungen ist und auf das weisen wir sehr gerne auch hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, obwohl ich mich sehr eingehend mit diesem Bericht auseinander gesetzt habe - die vielen Notizen, die ich mir gemacht habe, zeigen dies auch -, es Ihnen ersparen, jetzt auf jede Einzelheit einzugehen. Es ist sicherlich in diesem Bericht einiges aufgezeigt worden, wie etwa die Frage der Ausstattung, wo es entsprechender Gespräche bedarf. Wir sind interessiert, gute Rahmenbedingungen von Seiten der politischen Körperschaft zu bieten und ich glaube, wir werden auch alles daran setzen, dass dies auch der Fall ist. Man sollte aber daher hier auch sehr wohl alle diese Fragen ernst nehmen, nur finden sie sich ge-

nauso im Bericht des Verwaltungsgerichtshofs oder anderer Körperschaften, wo man so etwas liest. Der nächste Schritt geht sicherlich hin zu den Landesverwaltungsgerichtshöfen.

Das ist eine Regelung, die auf Bundesebene zu erfolgen hat und hier möchte ich auch ein klares Bekenntnis dazu ablegen, dass dieser UVS dann auch ein Verwaltungsgerichtshof sein sollte und dass hier nicht Überlegungen angestellt werden sollten - wie sie auch in Österreich angestellt werden -, diese Strukturen zu zerschlagen und hier neue Strukturen einzurichten. Nein, wir glauben, dass das entsprechend weiterzuentwickeln ist in dieser Richtung, in Richtung einer Stärkung dieser Einrichtung in legislativer und in struktureller Hinsicht - um das geht es ja -, und da wird der UVS in der Österreichischen Volkspartei immer einen Verbündeten haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr GÜNTHER zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Helmut **GÜNTHER** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Präsidentin! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem Kollegin Sander für alle, die herinnen waren, den Bericht in eigenen Worten ganz hervorragend vorgetragen hat und jeder, der da war, jetzt auch weiß, was in diesem Bericht drinnen steht, ist dazu nicht übertrieben viel zu sagen.

Aber er hat einen wirklichen Vorteil. Er ist zeitgerecht gekommen und man kann in einem Zeitausmaß darüber diskutieren, wo für alle dann auch noch Änderungen möglich sind und darauf einzugehen ist. Und er ist kritischer als die letzten Berichte. Man sieht deutlich, dass die Vollversammlung hier in verschiedenen Punkten ihrer eigenen Arbeit sehr kritisch gegenübersteht, und das sieht man schon am Vorblatt, indem sehr klar und deutlich dargelegt wird, was sich die Vollversammlung vorstellt. Eines zieht sich durch den ganzen Bericht, das ist der Bereich des Personals und der Arbeitsbelastung der Mitglieder der Vollversammlung.

Und hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist wirklich etwas, wo man sagen muss, hier geht es um die Rechtsicherheit der Wienerinnen und Wiener. Und das, was in den letzten Jahren im UVS-Wien passiert ist, nämlich dass Personal nicht nur nicht erhöht wurde, womit ohnedies schon niemand gerechnet hat, weil immerhin hätten sie 51 Dienstposten, Planposten, aber schon seit Jahren liegen sie darunter und jetzt ist es noch weiter abgesunken. Und dann kann ich aber nicht sagen, ja, das müsste sich ausgehen. Da gibt es einen Innenrevisionsbericht und der sagt, sie müssten bis zu 360 Fälle pro Mitglied der Vollversammlung durchführen können. Ich kann auch nicht unbedingt sagen, es dürfen nicht mehr als 200 Fälle pro Mitarbeiter durchgeführt werden. Ich glaube, dass alle, die im Unabhängigen Verwaltungssenat tätig sind, sehr ordentlich und

fleißig ihrer Aufgabe nachkommen. Das Problem ist, wenn der Rückstandsnachweis ein Jahr bedarf, dann ist einfach die Rechtssicherheit nicht gegeben, und Frau Stadträtin, ich muss Ihnen ehrlich sagen, durch das Aushöhlen der Personaldecke des UVS ist die Rechtssicherheit für die Wienerinnen und Wiener nicht mehr gegeben, wenn es einfach auf Grund von Verjährungen zu keinen Entscheidungen kommt.

Hier ist schnell etwas zu machen und hier hat sich immer der gesamte Landtag dafür eingesetzt. Alle Fraktionen haben sich dafür eingesetzt und auch Sie haben gesagt, ja, die Tätigkeit des UVS ist eine für die Rechtssicherheit der Wienerinnen und Wiener wichtige, und der weitere Ausbau - wie es Kollegin Sander schon gesagt hat - im Bereich der Vergabe und als Vergabekontrollsenat wird dazu führen, dass wir nicht weniger Personal benötigen - also als Nachfolger für den Vergabekontrollsenat. *(Abg Godwin Schuster deutet dem Redner, dass er nicht seiner Meinung ist.)*

Herr Kollege Schuster, auch wenn Sie mit dem Kopf schütteln, ich glaube, dass das kommen wird. Denn mit wenigen Ausnahmen - sechs Bundesländer haben bereits die Vergabegeschichten dem UVS übergeben - sind nur noch Wien, zwei andere Bundesländer und der Bund übrig. Im Bund schaut es also auch noch so aus, aber es wird sich hier auf Sicht ergeben, dass die Tätigkeit und die Notwendigkeit des Einsatzes des UVS unabwendbar wird.

Darum glaube ich, dass der Hauptkritikpunkt, der sich durch den ganzen Bericht zieht, die Ausgestaltung mit Personal, die nicht nur die Vollversammlung, sondern auch die Mitarbeiter in den einzelnen Senaten beziehungsweise in den einzelnen Kompetenzbereichen betrifft, ist, und dass diesbezüglich eine Regelung notwendig ist.

Dass die EDV ein halbes Jahr nicht ordentlich funktioniert hat, hoffe ich, ist jetzt möglich schnell in den Griff zu bekommen, beziehungsweise ist dies im Jahr 2000 mehr oder weniger abgeschlossen und wird jetzt wieder dazu führen, dass man dort auch eine klare Dokumentation zustande bringt. Sie ist wichtig für das Recht der Wienerinnen und Wiener und ist auch wichtig für die Tätigkeit dort. Wir werden diesen Bericht selbstverständlich zur Kenntnis nehmen.

Abschließend darf ich allen Mitgliedern der Vollversammlung noch für ihre Tätigkeit danken, die sie, trotz des Berichts, in welchem sie auch mit sich selbst sehr kritisch umgehen, für alle Wienerinnen und Wiener ausüben, und ich bin mir ganz sicher, dass dort jeder nicht nur das leistet, was Dienst nach Vorschrift ist, sondern weit darüber hinaus, und das für das Wohl und das Recht der Wienerinnen und Wiener. Dazu herzlichen Dank und ich hoffe, dass die personelle Ausgestaltung wirklich in allernächster Zeit dazu führen wird, dass die Arbeit dort mit noch mehr Freude gemacht wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner

ist Herr Abg Schuster zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte eigentlich auch mit jenen Worten beginnen, mit denen Kollege GÜNTHER aufgehört hat. Ich bin zutiefst überzeugt davon, dass unser Engagement für den UVS dazu führen muss, dass sich die bisherige Leistungskomponente im UVS nicht zum Negativen verändert. Und ich bin auch zutiefst überzeugt davon, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UVS alles dazu beitragen wollen und auch praktizieren, dass sie eine derart hohe Leistungsbereitschaft eigentlich jedes Mal mit dem Tätigkeitsbericht des UVS auch dokumentieren können. Und ich bin drittens sehr zuversichtlich, dass der UVS auch alles dazu beitragen wird, wenn es notwendig ist, auch mit unserer Unterstützung, dass die Rechtssicherheit, die sich die Wienerinnen und Wiener aus dieser Einrichtung erwarten, auch in Zukunft weiterhin entsprechend gegeben sein wird.

Und ich möchte daher eingangs diese Möglichkeit auch zum Anlass nehmen, um nicht nur den Senatsmitgliedern, über die wir hier in erster Linie sprechen, weil die Vollversammlung den Tätigkeitsbericht beschließt, sondern allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von der Präsidentin bis zum Amtsgehilfen, dafür zu danken, welche Leistungen sie im vergangenen Jahr erbracht haben und auch in Zukunft für uns erbringen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hätte es die Wortmeldung der Kollegin Sander nicht gegeben, könnte ich sagen, okay, man kann hier nur zustimmen und man bräuchte wirklich nicht zu viel an Worten verlieren. Die Wortmeldung hat es aber nun gegeben und daher möchte ich doch den hohen Landtag informieren und noch dazu, weil ich jetzt überzeugt bin, dass via Internet nicht nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UVS, sondern auch andere zusehen werden, und so möchte ich das doch wieder ein bisschen ins rechte Lot rücken.

Tatsache ist - so steht es auch im Bericht -, dass die Anzahl der Geschäftsfälle nicht gestiegen, sondern gesunken ist. Tatsache ist, wenn man sich die Geschäftsfälle so anschaut, wie sie tatsächlich auch zu bewerten sind, nämlich ohne Annexzahlen, dass man im Verhältnis von 1996 bis 1999 eine Senkung der tatsächlichen Fälle von 14 060 auf 10 205 feststellen kann. Das ist die Zahl, die maßgeblich ist auch für die Leistungsbewertung. Und wenn man nur hernimmt - ich habe das in einem Zwischengespräch auch dem Kollegen GÜNTHER gesagt, dass man da die Zahlen richtig vergleichen soll -, die Zahl von 1998, nämlich Anfall der Einlaufzahlen ohne Annexzahl, das heißt immer, man rechnet nicht einen Akt, wo mehrere Fälle dranhängen, dann mehrfach, dann hat es eine Reduktion von 7,8 Prozent gegeben, nur von 1998 auf 1999. Und ich würde wirklich bitten,

wenn man hier herausgeht und hier den Bericht nur zitiert und dann aber die Verantwortung übernimmt für künftige Entscheidungen, dass man sich mehr informiert, als nur über das, was im Bericht steht.

Ich habe grundsätzlich - Kollegin Sander, ich unterstelle Ihnen das jetzt nicht, nur der Eindruck ist so gekommen - auch den Eindruck gehabt, wie ich den Bericht des UVS gelesen habe, dass aber nicht nur bei diesem, sondern auch beim letzten Mal, manchmal Themen mitbehandelt werden, die mit dem Tätigkeitsbericht des UVS nicht unmittelbar etwas zu tun haben. Das ist auch hier wieder vorgekommen, beim letzten Mal haben wir auch über einen Zebra-streifen debattiert, weil er im Bericht so drinnen war.

Zur Personalsituation: Natürlich ist es richtig, wenn im Bericht auf die Personalreduktion mit Stich-tag Dezember hingewiesen wird. Wenn man sich allerdings dann die Zahlen im Detail anschaut, muss man doch auch feststellen, dass zum Beispiel zwei Mitglieder mit 30. November 1999 zum Bund zurückgekehrt sind. Das heißt aber, dass elf Monate lang beide Mitglieder im Jahr zur Verfügung gestanden sind. Die werden aber bei Ihrer Betrachtung nicht mitberücksichtigt.

Wenn man bedenkt, dass sich auch Personen im Elternkarenzurlaub befinden und trotzdem im Berichtszeitraum mehrere Monate lang voll beziehungsweise zur Hälfte judiziert haben und dass die Präsidentin und der Leiter der Evidenz- und Dokumentationsstelle zumindest ein halbes Judizium zugewiesen hatten, dann kommt man ganz einfach darauf, dass die Zahl, wie sie hier diskutiert wird, nur unvollständig diskutiert wird und dass man auf wesentliche Personen, die an diesem Erfolg mitgewirkt haben, vergisst. Ich habe das wirklich der Vollständigkeit halber nur sagen wollen.

Tatsache ist auch, dass im Berichtszeitraum der Mitgliederstand um vier abgenommen hat, weil ein Mitglied im Jänner verstorben ist, ein Mitglied nach Ablauf einer sechsjährigen Funktionsperiode am 31. August 1999 nicht wieder ernannt wurde - das wird hier sehr genau dokumentiert - und zwei Mitglieder nach Ablauf dieser Frist, die auch kritisiert wurde, die wir damals im Gesetz, und zwar zu Recht, mit eingeräumt haben, zum Bund zurückgekehrt sind.

Daher würde ich meinen, dass ich mich wirklich nur auf jene Bereiche beschränke, die von Kollegin Sander angesprochen wurden, weil es, glaube ich, nicht, zumindest dem hohen Landtag gegenüber nicht, gebühlich ist, wenn man etwas kritisch übernimmt, ohne es zu durchleuchten.

Also, wenn zum Beispiel eine zögerliche Haltung des Landes Wien bei der Übertragung von Kompetenzen, die der Verfassungsgerichtshof in ungewöhnlich deutlicher Weise kritisiert, im Zusammenhang das Thema "Grunderwerb für Ausländer" hier kritisiert wird, und auch von Kollegin Sander als solches genommen wird, möchte ich doch hinweisen, dass entgegen dieser Behauptung das Land Wien bei der

Übertragung dieser Berufungskompetenz nach dem Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz an den UVS im Anschluss an diese zwei Erkenntnisse keine zögerliche Haltung eingenommen hat.

Es ist relativ rasch agiert worden und man hat eine Instanz eingezogen, die ganz einfach dem Spruch des Verfassungsgerichtshofs auch gerecht wurde. Was wir meinen, ist lediglich, dass sich der Verfasser des Tätigkeitsberichts, dem dann die Vollversammlung zugestimmt hat, offensichtlich nicht über eine Dauer eines Verfahrens informiert hat und insbesondere auf die Notwendigkeit der internen und externen Begutachtungsverfahren bei seiner Bewertung nicht Rücksicht genommen hat.

Zum Zweiten: Kollegin Sander hat auf den Vergabekontrollsenat hingewiesen, wo sie gemeint hat: "Nun, Gott sei Dank, das wird ja irgendwann einmal jetzt vom UVS übernommen werden." - Ich glaube, dass erstens einmal die Einrichtung des Wiener Vergabekontrollsenats, der nach Anhörung des Gemeinderats entstanden ist, eine sinnvolle ist, da die Mitglieder besondere Kenntnisse im Vergabewesen aufweisen und insbesondere in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht Qualität besitzen müssen. Es ist daher auch vom Verfassungsgerichtshof zu Recht im jüngsten Erkenntnis, sehr geehrte Kollegin Sander, vom 29. Juni 2000 hingewiesen worden, dass diese Form von Vergabekontrollsenat eine ist, die rechtlich sehr, sehr korrekt ist.

Ich möchte das jetzt nicht falsch verstanden wissen, aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UVS sind juristisch ausgezeichnet ausgebildete Menschen, aber ich bezweifle, dass jeder, der dort Mitarbeiter ist, auch in Vergabeangelegenheiten die notwendige Grundausbildung mitbringt und dann auch die entsprechende Entscheidung fällen kann.

Dritter Punkt, der Personalstand. Den habe ich bereits besprochen. Es wurde im Zusammenhang mit dem Personalstand auch hingewiesen, dass wir offensichtlich bei Beschlussfassung der letzten Regelungen zum UVS eindeutig und klar festgehalten haben, dass die Unabhängigkeit sichergestellt ist und wir Fristen eingebaut haben, in denen UVS-Mitglieder die Möglichkeit haben, sich zu entscheiden, bleiben sie beim UVS oder gehen sie weg. Eine Entscheidung, die ja für Einzelpersonen existenzwichtig ist, und daher haben wir in den Vorgesprächen sehr wohl auf diese Fristen Bedacht genommen.

Wenn das heute kritisiert wird, meine ich, dass wir das sehr zu Recht gemacht haben, und zwar deshalb, weil wir im Gesetz ausdrücklich festgelegt haben, dass jemand, der diesem UVS neu angehört und das Dienstverhältnis zum UVS löst, keine Möglichkeit mehr hat, zur Gemeinde Wien oder zum Bund, das heißt, zu einer seiner früheren Dienststellen, zurückzukehren. Und damit man es sich ausreichend überlegen kann, haben wir diese Form von Frist eingezogen.

Wir haben damals auch nur eine einzige Ausnah-

me hier mitgeteilt und ich wiederhole das, weil das auch im Bericht angesprochen wird: Sollte aus organisatorischen Änderungen beim UVS etwas passieren, womit weniger Personal notwendig werden würde, zum Beispiel bei Errichtung des vom Kollegen Tschirf angesprochenen Landesgerichtshofs, dann haben wir die Zusage der Regierungsparteien abgegeben, dass wir hierfür die Möglichkeit schaffen wollen und müssen, diesen Mitgliedern die Sicherheit zu geben.

Ansonsten hat die Stadt Wien, der Magistrat - und das wissen Sie alle - keine Möglichkeit, in die internen Personalstrukturen, ob jemand bleibt oder nicht bleibt, einzugreifen, sondern, Kollege Tschirf hat zu Recht darauf hingewiesen, geschieht das ausschließlich in den eigenen Einrichtungen des UVS. Ausschließlich die Vollversammlung entscheidet, ob jemand bleibt oder nicht bleibt, ob jemand auf Grund seines Arbeitserfolgs oder Nichterfolgs verbleiben soll oder nicht. Daher meine ich, dass hier dieser Vorwurf, diese Beängstigung, die im Tätigkeitsbericht auch angesprochen wird, nicht zu Recht besteht.

Vierter Punkt: Jene Bereiche, wo Kollegin Sander gemeint hat: "Nun ja, die Verfahren sind nicht ganz korrekt, die Zustellung passiert dann nicht in dem Ausmaß, wie es sich vielleicht manche vorstellen könnten." - Ich habe mir das auch sehr genau angeschaut, sie hat unter anderem auch das Blaubuch erwähnt. Ich habe mir das sehr genau angeschaut und meine, dass hier sehr genaue Rechtsvorschriften diese Materie regeln und niemand bei den magistratischen Dienststellen diese Rechtsvorschriften auch nur im geringsten nicht einhält.

Den magistratischen Bezirksämtern wird die Möglichkeit eingeräumt, schriftliche Rechtfertigungen der Beschuldigten einzuholen. Die schriftlichen Rechtfertigungen sind im Sinne einer ökonomischen Führung der zahlreichen erstinstanzlichen Verwaltungsstrafverfahren notwendig, und im Übrigen sagt auch der Verfasser des Tätigkeitsberichts selbst, dass das Gesetz in dieser Rechtsgrundlage für das erstinstanzliche Verfahren keine Bestimmung enthält, die die Einvernahme eines Beschuldigten zwingend vorschreibt. Es ist auch Ähnliches für den UVS vorgesehen, in welchem auch eine mündliche Verhandlung durchgeführt werden kann, aber nicht durchgeführt werden muss.

Die Ermittlungsverfahren wurden gleichfalls kritisiert, nämlich dahin gehend, dass die Straferkenntnisse ausschließlich mit vorgefertigten Textbausteinen erlassen werden. Das wird, ohne dass man hier ganz konkret Bezug nimmt, nur pauschal von sich gegeben und in keinem einzigen Fall konkret nachgewiesen. Sicher ist, und das wissen wir auch, dass auch der UVS derartige Textbausteine zweckmäßigerweise in seinen Berufungsbescheiderlässen in Anspruch nimmt und ich glaube auch, dass dies sehr richtig ist.

Kollegin Sander kritisierte auch das Blaubuch.

Wenn man sich mit dieser Thematik ein bisschen auseinander setzt, weiß man, dass das Blaubuch EDV-mäßig vor vielleicht zwei Jahren geschaffen wurde, vorher gab es in jedem magistratischen Bezirksamt Derartiges. Dieses Blaubuch dient dazu, um die Rechtssicherheit auch jener zu verbessern, gegen die Bescheide ausgestellt werden. Das ist keine Einschränkung in der Spruchpraxis, sondern ist ein toller Hinweis, dieses zu tun, und ich glaube, dass dieses Blaubuch in keiner Art und Weise irgendwelchen Rechtsgrundlagen widersprechen würde. Das ist auch in diesem Ausmaß verfassungsrechtlich so überprüft.

Wenn wir insgesamt - und ich möchte zum Schluss kommen, damit es nicht zu lange wird - diese Debatte, für mich zumindest, replizieren lassen, möchte ich mich mit aller Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, zu meinen, hier wird ein Rachefeldzug, wie Kollegin Sander das gemeint hat, gegen eine Einrichtung gemacht, die man nicht will.

Ich hoffe, dass die Eingangsworte schon hingewiesen haben, hier ist eine Einrichtung, die für diese Stadt größte Bedeutung hat. Ich glaube auch, dass der Handlungsbedarf, auf den Frau Sander hingewiesen hat, hier von uns sicher wahrgenommen wird, ich bezweifle aber, ob manche Redner hier dieses auch gemacht haben. Hier könnte ich natürlich auch sehr ausführlich auf die EDV-Struktur und die Probleme, die es ohne Zweifel gegeben hat - auf die auch im Bericht hingewiesen wurde -, auf die Rückstände im Zusammenhang mit der EDV hinweisen, will mir das allerdings aus Zeitgründen ersparen. Hier gibt es einen sehr detaillierten Bericht der zuständigen Magistratsabteilung.

Ich meine, und damit komme ich schon zum Schluss, dass wir mit dem UVS und bei der Aufstockung des Personals im UVS sehr sorgsam umgehen sollen, sorgsam umgehen sollen auch deshalb, weil sich glücklicherweise die Fälle im UVS nicht mehren, sondern zurückgehen. Es ist im Detail auch im Bericht nachzulesen, in welchen Bereichen sie glücklicherweise zurückgehen und dass wir auf Grund der Rechtsstruktur auch wissen, jemand der im UVS als Senatsmitglied angestellt beschäftigt ist, ist dort ganz einfach nicht mehr wegzubringen. Und so soll es auch sein, damit die Unabhängigkeit gewahrt ist.

Ich finde es nur sehr amüsant, dass hier im Besonderen mehr Personal, Personal, Personal verlangt wird und gleiche Parteien woanders 13.000, 15.000, 9.000 Personal im öffentlichen Dienst ohne Zucken, auch wo Leistungen für die Bevölkerung massiv eingeschränkt werden, abbauen, aus Argumenten, die wir hier in diesem Haus glücklicherweise noch nicht nachvollziehen brauchen und nicht nachvollziehen müssen.

Verwehren möchte ich mich, und damit komme ich endgültig zum Schluss, gegen jeglichen Vorwurf, der da lautet, parteipolitische Besetzungen fänden im UVS statt. Das sehen wir heute praktiziert durch andere in sehr detaillierter Form (*Abg Dr Wilfried*

Serles: Ganze Listen gibt es!), in sehr, sehr detaillierter Form. Ich erlebe es selbst mit in Einrichtungen, wo ich auch tätig bin. Wir haben nach fachlichen Kriterien Personal auszuwählen und nicht nach parteipolitischen Kriterien, dazu stehen wir, anderen Parteien machen es anders. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Frau Abg Sander hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort, teile auch gleichzeitig mit, dass die Redezeit beschränkt ist.

Abg Jutta **Sander** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ja, ich finde es schon sehr interessant, wenn man dann zu so einem Bericht tatsächlich diskutiert und die Punkte, die in diesem Bericht dargelegt sind, auch aufs Tapet bringt und auch aufzeigt, dass man dann sozusagen zur Buh-Frau aller dieser Probleme gemacht wird. Das ist das eine.

Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, diesen Bericht hier zu diskutieren, es ist auch unsere Verantwortung, diese Probleme, die hier aufgezeigt werden, zu diskutieren. Und ganz konkret muss ich sagen, ich habe nicht inhaltlich die Arbeit des Vergabekontrollsenats in Frage gestellt oder negativ bewertet und davon möchte ich mich ganz klar und deutlich distanzieren und das lässt sich auch im Protokoll nachlesen, dass ich das nicht gesagt habe, sondern ich habe gesagt, das gibt's, das war sozusagen ein Schlenker in Richtung Geschlechtergleichbehandlung. Es gibt die Chance, bei dieser Unverhältnismäßigkeit von 26 Männern zu 2 Frauen in einer ganz anderen, geschlechtergerechten Art vielleicht, dann zu anderen Vergabeverfahren zu kommen.

Leider ist auch der UVS nicht geschlechtergerecht besetzt. Das war zu Beginn 1991 fast paritätisch, jetzt schaut es so aus, dass von 45 Mitgliedern nur 15 Frauen sind. Also, ist weiß schon, worauf ich mich hinbewege, aber dass ich hier gesagt hätte, dass der Vergabekontrollsenat schlecht arbeitet, das weise ich zurück. (*Abg Godwin Schuster: Das habe ich auch nicht gesagt!*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort:

Berichterstatterin amtsf StR Mag Renate **Brauner**: Ich kann es kurz machen. Es sind sehr viele Argumente sehr intensiv ausgetauscht worden, es hat sich die Diskussion vor allem darum gedreht, wie schaut es aus mit der Arbeitsbelastung der Kollegen und Kolleginnen im UVS, wie schaut es aus mit der Sicherheit, eine Diskussion, die zweifelsohne sehr wichtig ist und worüber wir uns natürlich miteinander Gedanken machen würden.

Ich würde mir nur ehrlich gesagt eine genauso intensive und engagierte Diskussion über die Arbeitsbelastung und die Sicherheit vielleicht nicht ganz so prominenter Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen unseres Hauses, wie unserer Bedienerinnen, unserer Kanalarbeiter, unserer OP-Gehilfen, unserer Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen und vieler anderer, wün-

schen, denn auch diese Gruppen sind sehr belastet in ihrer Arbeit und arbeiten oft unter Bedingungen - wenn ich nur an die Kolleginnen im 24-Stunden-Frauennotruf denke -, die ihre Sicherheit oft in Frage stellen. Darüber habe ich noch nicht so viele Diskussionen gehört.

Grundsätzlich denke ich, dass gerade Kollege Schuster zur Frage der Arbeitsbelastung der Mitglieder des UVS sehr klar Stellung genommen hat, die Zahlen sprechen für sich. Die Einlaufzahlen, wenn wir sie um die Annexzahlen bereinigen, gehen stark zurück. Insofern möchte ich den Vorwurf, der hier an mich gerichtet wurde, es gebe eine immer größer werdende oder gleich bleibende Arbeitsbelastung und die Zahl der Mitglieder gehe radikal zurück, zurückweisen. Abgesehen davon, dass Kollege Schuster die Problematik der Momentaufnahme bei der Zahl der Mitglieder sehr genau analysiert hat, möchte ich diesen Vorwurf zurückweisen und möchte auch darauf verweisen, dass diese Zahl von 200 Fällen pro Jahr, die hier als Basis für die Überlegungen vor allem in der Wortmeldung der Kollegin Sander genannt wurde, jene Zahl ist, die die Mitglieder für sich selber genannt haben und feststellen, wo sie der Meinung sind, dass diese Zahl zu bewältigen ist, und darüber kann man diskutieren, darüber muss man diskutieren, und darum bemüht sich auch die Frau Präsidentin.

Ich möchte mich nur gegen eines verwehren: Frau Kollegin Sander hat gesagt, man muss auf diese Zahl Rücksicht nehmen, denn wir wollen doch nicht, dass schlampig gearbeitet wird. Wenn ich jetzt gleichzeitig sehe, dass die Rückstände bei den verschiedenen Mitgliedern des UVS äußerst unterschiedlich sind - gerade die besprochenen Abnahmen, die ja aus verschiedenen Gründen vorkommen, zeigen, dass manchmal die Rückstände 50, manchmal 300 betragen -, so möchte ich mich aber doch sehr dagegen verwehren, dass diejenigen, die nur einen Rückstand von 50 haben, deswegen schlampig arbeiten. Nein, ganz im Gegenteil.

Ich glaube, dass man über diese Zahl auch diskutieren muss und dass es offensichtlich auch Unterschiedlichkeiten innerhalb der verschiedenen Mitglieder des UVS gibt. Ich denke also, man muss weiter über die Frage der Eingangszahlen, der möglichen Arbeitsbelastung diskutieren. Keine Frage, da ist man auch dabei.

Ebenfalls müssen - aber da gibt es nicht viel zu diskutieren - die Schwierigkeiten und Probleme, die es durch die nicht sofort funktionierende EDV gegeben hat, gelöst werden. Dies aufzuzeigen, ist sicher eine ganz wichtige Aufgabe des Berichts. Wie gesagt, diese Probleme müssen und werden gelöst werden. Ich glaube also, dass der Bericht in manchen Fragen, in manchen Bereichen zu hinterfragen ist, jedenfalls ist es ein ganz wichtiger und wertvoller Beitrag und ich bin sicher, dass er hier genauso wie im Ausschuss auch einstimmig zur Kenntnis genommen wird.

Ich möchte natürlich auch - wie viele andere - die Gelegenheit benutzen, mich hier für die Arbeit zu bedanken, ich möchte mich aber nicht nur bei den Mitgliedern der Vollversammlung bedanken, obwohl sie natürlich die allerwichtigsten und im Erstellen dieses Berichts auch die zentralen Persönlichkeiten waren, ich möchte mich aber schon auch sehr deutlich und genauso bedanken, denn sie leisten vielleicht nicht so im Licht, aber auch sehr, sehr viel, nämlich bei allen Mitgliedern des Kanzleipersonals, den B-, C- und D-Beamten und Beamtinnen, bis hin zum Amtsgehilfen, zur Amtsgehilfin, also bei all jenen, die rund um die juristischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des UVS ihren Teil dazu beitragen, dass eine so wichtige Einrichtung gut funktionieren kann, denn ich glaube, hier gilt wie in allen anderen Bereichen, dass die Zusammenarbeit des Teams, die gute Zusammenarbeit, eine Voraussetzung insgesamt für eine gute Arbeit ist. Ich bedanke mich sehr herzlich. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 1999 des Unabhängigen Verwaltungssenats Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. - Das ist mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 3 der Tagesordnung. Sie betrifft den Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses gemäß § 129b Abs. 1a der Wiener Stadtverfassung über die Kontrolle der Bezüge von öffentlich Bediensteten, die zu Mitgliedern des Landtags gewählt wurden für das Jahr 2000.

Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Abg Tomsik, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg Josefa **Tomsik**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich bitte Sie, den von der Frau Präsidentin vorgelegten Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses, der heute in der Früh beim Unvereinbarkeitsausschuss einstimmig behandelt wurde, zur Kenntnis zu nehmen.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die den vorliegenden Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an den Landtag für das Jahr 2000 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. - Das ist mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Danke, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Ge-

setzesentwurf.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Gemäß § 30 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und die Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Serles. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried **Serles** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin! Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit mehr als einem Jahr beschäftigt sich der Wiener Landtag mit den missglückten Vorbereitungen des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union, im Konkreten mit der Frage der Getränkesteuer. Zuerst haben wir in diesem Landtag die Zweckbindung der Getränkesteuer eingeführt gegen die Stimmen der FPÖ. Dann wurde in die Wiener Landesabgabenordnung eine neue Bestimmung aufgenommen, die verhindern soll, dass Rückzahlungen an Getränkesteuer auf Grund des Erkenntnisses des Europäischen Gerichtshofs an Gastwirte erfolgen sollen, das so genannte Bereicherungsverbot. Auch diese Beschlüsse hat der Wiener Landtag gegen die Stimmen der Wiener FPÖ herbeigeführt. In der Zwischenzeit ist man draufgekommen, dass auch dieser seinerzeitige Beschluss des Wiener Landtags nicht ausreichend ist, um Rückzahlungen in allen Fällen hintan zu halten.

Daher heißt es nun im Begründungstext für diese Vorlage: "Es ist die Ansicht geäußert worden", ich zitiere wortwörtlich die erläuternden Bemerkungen, "dass der Wille des Gesetzgebers", ich interpretiere jetzt frei, nämlich der Wille des Gesetzgebers, "den Wirtschaftsbeteiligten ihr Recht vorzuenthalten, dadurch unterlaufen werden könnte, dass nicht eine Rückzahlung, sondern ein Guthaben auf bestehende Steuerrückstände verlangt wird. Womit der Steuerpflichtige doch noch den gleichen wirtschaftlichen Erfolg lukrieren könnte", nämlich den - und ich füge das in freier Rede dazu -, zu seinem Recht zu kommen.

Worum es also heute geht, ist eine nachträgliche Verschärfung dieses Bereicherungsverbots. Eine nachträgliche Verschärfung, die bewirken soll, dass Rückzahlungsansprüche für die Jahre 1995 bis 1998 erstickt werden sollen. Erstickt werden sollen in einem Wust von Verfahren, die sich letztlich wiederum bis zum Verfassungsgerichtshof oder bis zum Europäischen Gerichtshof ziehen werden.

Bereits die konkrete Regelung der Wiener Landesabgabenordnung ist nun Gegenstand eines Gesetzesprüfungsverfahrens beim Verfassungsgerichtshof und ich halte daher an dieser Stelle ganz klar fest, dass alles, was wir im Bereich des Bereicherungsverbots bisher in diesem Landtag gegen unsere Stimmen beschlossen haben, höchst bedenklich ist. Es ist verfassungsrechtlich höchst bedenklich und ich halte alle diese Bestimmungen und die, die wir heute beschließen sollen, für verfassungswidrig. Diese Rege-

lungen erschweren den Wirtschaftsbeteiligten mutwillig den Zugang zum Recht. Alle diese Regelungen sind in einem hohen Maße bürgerfeindlich und extrem fiskalisch. Die Tatsache, dass eine Bereicherung im Einzelfall kaum nachweisbar sein wird, wird dazuführen, dass Rückzahlungen auf Jahre hindurch verzögert oder unmöglich gemacht werden sollen.

Jetzt weiß ich, dass es ähnliche oder vergleichbare Regelungen in allen anderen Landesabgabenordnungen Österreichs bereits gibt und ich stehe nicht an festzustellen, dass auch das bedauerlich ist. Immerhin muss man den anderen Bundesländern konzedieren, dass es in diesen Bundesländern Gemeinden gibt, die wahrscheinlich so ertragsschwach sind, dass eine Rückzahlung von Getränkesteuer für mehrere Jahre tatsächlich den finanziellen Ruin dieser Gemeinden bedeuten könnte und da meint man offensichtlich, mit solchen Regelungen Vorkehrungen treffen zu müssen.

In Wien ist aber die Situation jedenfalls anders. Nicht zuletzt deswegen, weil alle Rückzahlungen an Getränkesteuer, die diese Stadt zu Recht zu leisten hätte, zweifellos schmerzhaft, aber für das Wiener Budget jedenfalls nicht existenzbedrohend sein würden. In Wien haben wir aber noch deswegen eine andere Situation, weil eine der letzten Persönlichkeiten, die für die missglückten Vorbereitungen des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union verantwortlich ist, hier zufälligerweise als zuständige Stadträtin amtiert. Und, Frau Stadträtin, ich kann Ihnen daher an dieser Stelle erneut den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie es damals, als führende Repräsentantin auf Bundesebene, als Staatssekretärin für Europafragen, gemeinsam mit Ihren Kollegen, den Finanzministern Lacina, später dann Edlinger, versäumt haben, rechtzeitig die Maßnahmen vorzubereiten, die die Getränkesteuer als eine EU-konforme Regelung für Österreich garantiert hätten. Ich halte auch fest, dass es der Bundesregierung gelungen ist, eine Regelung zu finden, die den Ruin der Gemeinden verhindert hat. Die Regelung, die getroffen worden ist, schützt letztlich die Gemeinden. Drei Viertel aller Einnahmen bleiben den Gemeinden erhalten, sie hilft der Wirtschaft. 1,5 Milliarden an Steuerleistungen hat das der Wirtschaft gebracht und ist jedenfalls EU-konform.

Wir in diesem Wiener Landtag geben eine typisch wienerische Antwort: Wir nudeln weiter in der Wiener Landesabgabenordnung herum. Frau Stadträtin, Ihnen ist es unbenommen, Sie müssen aber diesen Beschluss ohne unsere Zustimmung heute hier fassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte **Ederer**: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Argumentation des Herrn Abg Serles über-

rascht mich: Auch heute halte ich nicht viel davon, ausschließlich ein Patriot für sein Bundesland zu sein. Ich sehe mich als Teil einer breiten Gesellschaft. Bei Ihnen wird alles sehr eng gesehen. Sie haben gesagt, bei allen anderen acht Ländern ist dieses Gesetz gerechtfertigt, weil die ertragsschwache Gemeinden haben. Das heißt, die haben schlecht gewirtschaftet, wobei das bei den Gemeinden eine schwierige Situation ist, daher dürfen es die acht. (*Abg Dr Wilfried Serles: Nein, nein!*) Bei diesen acht kann man, das geht in Ordnung. Aber wir haben ja ein gutes Budget, wir könnten es budgetär verkraften, und da versteht es der Herr Abgeordnete nicht, dass wir dieses Gesetz brauchen. Die Frage ist, ob Sie Abgeordneter des Landes Wien sind, oder Abgeordneter und Vertreter der anderen ertragsschwachen Gemeinden in dieser Körperschaft, das sollten wir für Sie einmal klären? - Mir war es jetzt bei Ihrer Rede nicht ganz klar. Das ist das Erste.

Das Zweite, und da geht es um eine politische Diskussion, ist, dass unser Budget deswegen besser ist, weil meine Vorgänger und ich darauf geschaut haben, dass es in Ordnung ist. Ihre Bundesregierung und Ihr Herr Finanzminister arbeiten ohnedies fleißig daran, dass Wien eine ertragsschwache Gemeinde wird. (*Abg Dr Wilfried Serles: Der Finanzausgleich, das ist natürlich der Finanzausgleich!*) Sie können in fünf Jahren sagen, Sie finden es notwendig, Gesetze zu beschließen, weil diese Bundesregierung großes Interesse hat, dass die Ertragsschwäche von Wien in Zukunft gegeben sein wird. (*Abg Dr Wilfried Serles: Haben Sie dem Finanzausgleich zugestimmt oder nicht?*) Selbstverständlich. Aber ich möchte noch zu der politischen Situation etwas sagen.

Wissen Sie, ich habe hier zwei Zeugen. Einer ist FPÖ-Abgeordneter und einer ist der Klubobmann der ÖVP. (*Abg Dr Wilfried Serles: Dann kann es also so schlimm nicht sein!*) Herr Abg Serles, man muss im politischen Leben entscheiden. Man hat oft zu entscheiden, akzeptiere ich das - und man könnte es mit einer schweren Krankheit wie Herzinfarkt vergleichen - oder akzeptiere ich es nicht und setze mich der Gefahr aus, dass ich die Cholera bekomme. Ich habe mich für den Herzinfarkt entschieden, habe dem Herzinfarkt zugestimmt, sage aber nicht, dass das erfreulich ist. (*Abg Dr Helmut GÜNTHER: Tatsächlich!*) Ich habe zwei Zeugen hier und ich glaube, dass der Abschluss für die Stadt Wien Ärgeres verhindert hat, es hat viel schlechter ausgeschaut, das werden wir noch diskutieren. Aber dass dieser Finanzausgleich für mich eine Freude ist, das können Sie von mir nicht erwarten. (*Abg Dr Wilfried Serles: Wir sind doch nicht bankrott!*) Nein, wir sind vom Bankrott schon lange entfernt - danke, dass Sie das sagen -, weil meine Vorgänger und ich gut gewirtschaftet haben, weil wir eben nicht ausgegeben haben, wie alle anderen (*Beifall bei der SPÖ.*), sondern weil wir immer darauf geschaut haben, dass Geld da ist.

Und jetzt kommen wir zu der Frage. Und da habe

ich als Mitkämpfer Herrn Bundesfinanzminister auf meiner Seite. Wenn die Rückzahlungen wirklich kämen, hat Grassner so ein Problem mit dem Maastricht-Defizit, dass er alles tun wird, um das zu verhindern. Das heißt, für das, was Sie heute gesagt haben, haben Sie einen guten Ansprechpartner in der Himmelpfortgasse. Der ist in dieser Frage auf meiner Seite, der will auf keinen Fall Rückzahlungen (*Abg Dr Wilfried Serles: Das kann alles sein!*), weil er für ein Budget verantwortlich ist.

Es ist nicht fair und korrekt, dass zu 99 Prozent oder 98 Prozent Steuern überwältzt wurden. Es gibt eine klare rechtliche Regelung, wo man nicht - mit Hilfe von findigen Steuerberatern - sagen kann, dass wir das Geld nicht bekommen.

Es ist Tatsache, dass 98 oder 99 Prozent der Wirte die Getränkesteuer überwältzt haben. Und ich finde es nicht in Ordnung, dass die Wirte durch Berater, letztendlich durch Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, sagen, sie müssten das zurückbezahlt bekommen (*Abg Dr Herbert Madejski: Der Häupl ganz bestimmt schon!*), denn da stellt sich die Frage, an wen geben sie es zurück. Denn sie bekommen mit Sicherheit viele ihrer Ausgaben nicht in dem Zeitraum, in dem sie die Getränkesteuer bezahlt haben, weil sie keinen Nachweis haben und weil es überwältzt worden ist. Ich glaube, dass unsere Aufgabe als Politiker manchmal darin besteht, gegen die eigene Klientel zu entscheiden. (*Abg Dr Wilfried Serles: Aber nicht auf Grund von verfassungswidrigen Gesetzen!*) Das ist nicht verfassungswidrig. (*Abg Dr Wilfried Serles: Das ist verfassungswidrig von A bis Z!*) Wieso wissen Sie das schon? Sie wissen schon jetzt, wie der Verfassungsgerichtshof entscheidet? Sie sind entweder Hellseher oder haben Insiderinformationen oder der Kreißl hat es Ihnen gesagt, weil der immer alles vorher weiß. (*Abg Dr Wilfried Serles: Das steht im Protokoll!*) Das kann auch sein. Also, das ist natürlich die dritte Möglichkeit, die wir haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) In Ihrem Sinne sage ich jetzt, Sie sind Hellseher, gut. Die anderen zwei Varianten, die man lesen könnte, wieso Sie wissen, wie das Verfassungsurteil ausgeht, wären nicht in Ihrem Sinne. Daher bleiben wir dabei, dass Serles Hellseher ist und weiß, dass der Verfassungsgerichtshof das mit Sicherheit als verfassungswidrig darstellen wird.

Ich glaube, dass dieses Gesetz eine Maßnahme ist, die notwendig ist, um das Budget der Stadt Wien zu sichern, damit wir nicht Zahlungen, Nachzahlungen oder Rückzahlungen leisten müssen, die in der Vergangenheit an Einnahmen hereingekommen sind. Ich gehe davon aus, dass das notwendig ist, um dieses Budget der Stadt Wien nicht zu destabilisieren und bitte Sie daher um Zustimmung. - Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen

wollen, die Hand zu heben. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen, ohne FPÖ und Liberales Forum. (*Abg Dr Rüdiger Stix: Ich habe auch aufgezeigt!*) Und dem Herrn Stix.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 5. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte Sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Vielen Dank! - Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Wir kommen daher gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 6. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Vergnügungssteuergesetz 1987 geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau amtsf StR Mag Ederer. Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin amtsf StR Mag Brigitte Ederer: Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Auch hier liegt keine Wortmeldung vor.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in

zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 7. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über das Berufsbild, die Aus- und Fortbildung sowie die Durchführung der Heimhilfe (Wiener Heimhilfegesetz - WHHG) geändert wird.

Die Berichterstatterin hiezu ist Frau Abg Dr Neck-Schaukowitsch. Ich erteile ihr das Wort und bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg Dr Elisabeth Neck-Schaukowitsch: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich ersuche um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Auch hier liegt mir keine Wortmeldung vor.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Dieses Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 8. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Tierzuchtgesetz, das Wiener Weinbaugesetz 1995, das Kulturpflanzenschutzgesetz, das Wiener Pflanzenschutzmittelgesetz, das Wiener Feldschutzgesetz, das Wiener Buschenschankgesetz, das Gesetz über die Mindestpflanzabstände für Kulturpflanzen von Grundstücksgrenzen, das Gesetz, mit dem die Ausführungsbestimmungen zum Forstgesetz 1975 erlassen werden, die Wiener Landarbeitsordnung 1990, das Wiener Landwirtschaftskammergesetz, das Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz 1992, das Wiener land- und forstwirtschaftliche Gleichbehandlungsgesetz, das Wiener Fischereigesetz, das Wiener Jagdgesetz und das Wiener Tierschutz- und Tierhaltengesetz zwecks Anpassung an die Einführung des Euro geändert werden.

Der Berichterstatter hiezu ist Herr Abg Hufnagl. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Heinz Hufnagl: Ich bitte den Wiener Landtag im Sinne der schon vorgenommenen Einbegleitung durch die Frau Präsidentin um Zustimmung.

Präsidentin Erika Stubenvoll: Es liegt mir keine Wortmeldung vor.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist in erster Lesung einstimmig angenommen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort

die zweite Lesung vornehmen lassen. - Ein Widerspruch erfolgt nicht.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit auch in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 9 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt 9a, vom 19. September 2000, um Zustimmung zur Verfolgung des Herrn Abg Günter Kenesei wegen des Verstoßes gegen § 111 Abs. 1 und 2 und § 152 Strafgesetzbuch.

Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Schuster, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Immunitätskollegium hat am 17. Oktober 2000 getagt und mehrheitlich befunden, dem Hohen Landtag den Vorschlag zu machen, dem Auslieferungsbegehren stattzugeben.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich kann es ziemlich kurz machen, weil ich seit 1867 immer dasselbe sage - nicht nur ich, sondern auch ein paar andere. Sie wissen: 1867 - Staatsgrundgesetz und, wenn Sie so wollen, die Prinzipien des Staatsgrundgesetzes. (*Abg Josefa Tomsik: So alt schauen Sie noch gar nicht aus!*) Ja, das Liften, das doppelte Liften, Frau Kollegin Tomsik. Manchmal hilft es ein bisschen. Aber Scherz beiseite und bitterernst.

Unser Prinzip der Grund- und Freiheitsrechte, der Menschenrechte und des Parlamentarismus geht davon aus, dass wir uns in parlamentarischen Gremien politisch auseinander setzen und dass jede Tätigkeit, die im engen und - ich würde sagen - untrennbaren Zusammenhang mit dieser parlamentarischen Tätigkeit, wo immer sie auch stattfindet, unter diesen Spielregeln zu betrachten ist. Ich bin daher der Meinung, dass politische Auseinandersetzungen in die parlamentarischen Gremien beziehungsweise in die parlamentarische Auseinandersetzung gehören - heute natürlich auch Internet, auch ORF, wo auch immer - und nicht vor ein Strafgericht und meines Erachtens auch nicht - heute ist das leider Gottes fast eine Umgehungsrechtsfigur - in dem Ausmaß vor Zivilgerichte, wie wir es gelegentlich vor Zivilgerichten abhandeln.

Meine Damen und Herren! Ich sage immer, ich bin ein guter alter Freiheitlicher, ein Ordoliberaler seit 1867, was ich aber wirklich bin, was ich persönlich bin, wofür ich persönlich stehen kann, ist das, was ich seit ungefähr zehn Jahren - ich bin seit 1991 Mitglied dieses Hauses - gesagt habe und was gute alte Freiheitliche immer gesagt haben: Es ist eine

Sache - da können wir jetzt von Voltaire über Luxemburg bis zu christlich-sozialen Politikern der CSU alle möglichen Leute zitieren -, wo unsere Meinungsunterschiede liegen und ob ich mit dem Kollegen Kenesei einer Meinung bin oder ob ich den Kollegen Kenesei in seiner politischen Meinung bekämpfe, es ist eine andere Sache, dass man eine Meinung frei sagen kann.

Ich glaube, gerade in diesen heiklen, sehr komplexen Angelegenheiten, in denen der Kollege Kenesei sich geäußert hat - ich bin weit davon entfernt, alles so für bare Münze zu nehmen, was er gesagt hat -, muss die Freiheit der Diskussion, die Freiheit des Wortes, die Freiheit des Arguments so weit gehen, dass wir unsere politischen Auseinandersetzungen nicht vor Gerichten ausüben. Oder, meine Damen und Herren, wir ändern die Spielregeln. Selbstverständlich! Keine Frage, man kann die Immunität ganz radikal beschränken und die Zulässigkeit, das Ausmaß und auch die politische Auseinandersetzung vor Gerichte verlagern. Natürlich, meine Damen und Herren, geht das, allerdings verlagert sich damit der gesamte politische Prozess vor Gerichte. Keine Frage, das geht, wenn Sie wollen.

Ein Paradebeispiel dafür wäre in einem sehr engen Segment - aber in diesem Segment zu nahezu 100 Prozent - die Art und Weise der Judikatur des US-amerikanischen Höchstgerichts; unabhängig davon, dass die 50 US-Bundesstaaten Gerichtssysteme haben, die voneinander völlig unabhängig sind. Sie wissen, in dem einen gibt es die Todesstrafe, in dem anderen nicht, trotzdem anerkennen sie sich gegenseitig. Also, natürlich geht das.

Konsequenterweise wird man in einem demokratischen System dann aber dazu übergehen, dass man Richter wählt - warum nicht; das gibt es in der Schweiz, das gibt es in den USA, dass man Staatsanwälte wählt, das ist wahrscheinlich sogar vernünftig -, aber dann ändern wir die Spielregeln. Wenn wir jetzt das System haben, dass wir ein striktes Legalitätsprinzip in der Exekutive haben - Exekutive jetzt nicht nur in der Verwaltung, sondern natürlich auch in der Justiz als dem anderen Teil der Exekutive -, dann muss die politische Auseinandersetzung in parlamentarischen Gremien frei sein. Da ist es ganz egal, meine Damen und Herren, wer das ist. Auch wenn es Kollege Westenthaler ist, den ich hier von diesem Rednerpult aus selbstverständlich zum Rücktritt aufgefordert habe, weil er den freisinnigen, den freidemokratischen, den guten alten freiheitlichen Prinzipien widersprochen hat, dessen Auslieferung als Mandatar ich aber abgelehnt habe, weil er als Mandatar natürlich frei ist, seine politische Überzeugung zu formulieren.

Genauso werde ich daher - und damit darf ich schließen - gegen die Auslieferung des Kollegen Kenesei stimmen. Ich würde die Auslieferung jedes der Damen und Herren Abgeordneten hier verweigern, weil der Zusammenhang mit deren politischer Tätig-

keit zumindest sehr weit geht, auf jeden Fall nicht zu trennen ist. Irgendwann einmal, meine Damen und Herren, sind wir alle Mandatare a.D. und spätestens dann - Sie wissen, die Immunität ist ja nur ein Verfolgungshemmnis - würde den Betroffenen die Schwere des Gesetzes ereilen.

Ich glaube nicht, dass wir die politische Debatte mit Kollegen Kenesei dadurch verhindern oder auch verhindern sollen, dass wir ihn ausliefern. Ich votiere dafür und bitte auch alle diejenigen, die im Immunitätskollegium für die Auslieferung gestimmt haben, sich das zu überlegen; nicht nur dem Kollegen Kenesei zuliebe, sondern vor allem sich selbst und den Prinzipien zuliebe, auf die wir unseren Eid abgelegt haben, den Prinzipien der Verfassung.

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wilfried **Serles** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir werden den Antrag auf Auslieferung des Kollegen Kenesei nicht mit unterstützen und ich darf das kurz begründen.

Wir haben den Kern der beruflichen Immunität immer als Garantie des Rechtes auf freie Meinungsäußerung betrachtet, und wir haben daher konsequent in allen Fällen, wo es um üble Nachrede ging, nicht ausgeliefert. Ich bedaure es, dass das Immunitätskollegium in der Beschlussfassung im Laufe dieser Woche und heute offensichtlich der Landtag der Empfehlung der Mehrheit des Kollegiums folgt und diese Meinung zur Immunitätspraxis des Landtags heute ändern wird.

Und noch einmal: Da geht es nicht um Personen, es geht nicht um den Kollegen Kenesei - heute trifft es den Kollegen Kenesei, morgen den Kollegen Kreißl -, es geht um grundsätzliche Dinge in diesem Landtag. (*Abg Heinz Hufnagl: Wissen Sie das schon? Haben Sie da schon etwas in petto?*) Das weiß ich nicht, aber ich kann mir vorstellen, dass uns einige Dinge hier noch beschäftigen werden.

Noch einmal zum Ernst der Tatsache, zum Ernst der Angelegenheit zurück: Diese Immunität ist im Kern ein individuelles Recht. Sie garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung. Immunität bedeutet aber auch, das Recht des Souveräns, das Recht des Bürgers, dass dieser Landtag in der von ihm gewählten Form zusammentreten kann und daran nicht gehindert wird. Ich glaube daher, dass es ein sehr grundsätzliches Problem ist, wenn man wegen Klagen wegen übler Nachrede zu einer Auslieferung übergeht.

In diesem Zusammenhang ist es nur konsequent, dass die Immunität ein zeitlich begrenztes Verfolgungshindernis darstellt. Wenn Herr Kollege Kenesei - um bei dem Beispiel zu bleiben - dem nächsten Gemeinderat nicht angehören würde, dann könnte gegen ihn wegen all der Verfahren, die in der Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit angefallen sind und wo der

Landtag nicht ausgeliefert hat, weiterhin vorgegangen werden. Die Immunität ist nur ein zeitlich begrenztes Verfolgungshindernis und wir alle wissen ja, dass mit zivilrechtlichen Mitteln der Schutz der Immunität tatsächlich ein sehr löchriger geworden ist.

Wir bleiben also bei unserer grundsätzlichen Linie, die wir hier mehrfach dokumentiert haben, bei Meinungsdelikten nicht auszuliefern. Ich halte das für eine wesentliche Frage, die mit der Meinungsfreiheit, der Redefreiheit von uns allen in diesem Landtag verbunden ist. Deshalb ersuche ich eine Mehrheit in diesem Haus, uns in dieser Frage heute zu folgen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Erika **Stubenvoll**: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Ich möchte in diesem Fall jetzt nicht zum Prinzip der Immunität Stellung nehmen, zu diesem konkreten wichtigen Anlassfall, der sich insofern von den Immunitätsdebatten der letzten Monate und Jahre unterscheidet, als es sich da immer um Verbalinjurien der unterschiedlichsten Qualität zwischen Politikern und Nichtpolitikern gehandelt hat. Das ist in diesem Fall nicht so. Ich möchte das noch einmal kurz skizzieren, weil es seit Jahren eine sehr relevante Vorgangsweise im Bereich des Magistrats ist, und Günter Kenesei, als er diese Aussagen getätigt hat, auch gemeint hat, diese Anschuldigungen, diese Beschreibung von unglaublichen Missständen im gegenständlichen Fall, das sei so gewichtig, dass, sollte es zu einem Gerichtsverfahren kommen, das Gerichtsverfahren der Ort ist, diese sehr relevanten, tief in das Handeln der Stadt Wien hineinreichenden Anschuldigungen auch zu belegen.

Ich möchte das noch einmal zusammenfassen, nicht um es hier zu wiederholen, sondern um einmal politisch festzuhalten, dass dieses Verfahren und diese Tätigkeit des Abg Kenesei nicht eine Einzelhandlung war, wo jemandem etwas herausgerutscht ist, im Zuge einer politischen Auseinandersetzung, sondern dass der grüne Rathausklub in seiner Gesamtheit und die Wiener GRÜNEN in ihrer Gesamtheit hinter diesem Vorgehen des Günter Kenesei stehen und wir ein einziges Ziel verfolgen: dass Konsequenzen gezogen werden aus dem, was hausintern bereits massiv untersucht wird und was massivste Vorhaltungen sind.

Ich darf das noch einmal zusammenfassen, durchaus auch jetzt hier im Zuge einer öffentlichen, protokollierten Debatte. Der Kern, um den es hier geht, ist folgender: die Praxis von Umwidmungen in einem bestimmten Teil, im südlichen Teil der Stadt Wien. Diese Praxis stellt sich nach vielen, vielen Recherchen, die Günter Kenesei und wir als GRÜNE angestellt haben, folgendermaßen dar, wobei es nicht um den einen oder anderen Einzelfall geht, sondern es gibt die massivsten Hinweise, die bei uns doku-

mentiert sind und die sowohl im Zuge eines Gerichtsverfahrens - sollte es dazu kommen - als auch im Zuge verschiedenster Überprüfungen, die schrittweise bereits - Gott sei Dank! - Platz gegriffen haben im Bereich der Gemeinde Wien, ... Diese Indizien sehen also folgendermaßen aus:

Bei Umwidmungen geht es um sehr, sehr, sehr viel Geld. Es ist ein Unterschied, ob ein Grundstück ein Acker ist oder mit Bauklasse I, mit Bauklasse II oder mit Bauklasse III belegt ist, und diese letztendliche Unterschrift stellt bei einzelnen Grundstücken Wertsteigerungen von Hunderten Millionen S dar. Und die ganz wesentliche Frage ist: Wie wird darüber entschieden, wie viel Wertsteigerung einem Grundstück zukommt und wer gibt als Erster die Informationen? Wesentlich ist auch die Frage: Was sind solche Informationen wert? Und weiters: Wird für derartige Informationen bezahlt beziehungsweise werden dem Grundstück in völlig ungerechtfertigter Art und Weise zusätzliche Wertsteigerungen zugefügt?

Wir haben massive Indizien, dass genau das passiert ist. Ich möchte diese Praxis herausarbeiten, diese Praxis, bezüglich der ich an alle hier im Haus appellieren kann, sich das nicht nur anzusehen, sondern auch an der Aufklärung interessiert zu sein. Ich sage bewusst nicht, dass das ein politischer Skandal ist, dass ein Stadtrat zurücktreten muss, nein, hier geht es um das Einzelhandeln eines führenden Beamten hier im Haus, der ein System zur Praxis entwickelt zu haben scheint, das folgendermaßen funktioniert: Es wird eine Umwidmung angestrebt, die geht dann durch alle Dienststellen, und ein erster Entwurf, ein erster Plan wird den verschiedensten Dienststellen zur Begutachtung zugereicht. Dann werden Einwendungen gemacht und dann werden auf Grund von vielleicht zu hoher Dichte oder zu geringer Dichte Stellungnahmen abgegeben.

Und dann passiert immer wieder das Gleiche, immer wieder Ähnliches im Bereich eines bestimmten verantwortlichen Beamten: dass, nachdem diese Begutachtungen abgeschlossen sind, nachdem es eine öffentliche Auflage gegeben hat, sich plötzlich auf dem Weg von der öffentlichen Auflage zum Gemeinderatsausschuss kleine rote Linien um Millimeter verschieben. Diese Millimeterverschiebungen haben Dutzende Millionen an Wertsteigerung zur Folge. Diese Millimeterverschiebungen bewirken, dass zum Beispiel ein Innenhof, der vorher grün war, plötzlich überbaut werden darf, dass eine Baufluchtlinie - das sind diese Millimeterchen - eine Tragtiefe nicht von 12 Metern, sondern von zum Beispiel 15 Metern ergibt.

Alle, die im Planungsausschuss sitzen und auch sonst mit Planung zu tun haben, wissen, dass diese Millimeterverschiebungen nicht weiter auffallen. Dass es aber Begründungen geben müsste, warum es zu solchen Millimeterverschiebungen kommt, dass es im massiven ökonomischen Interesse des jeweiligen Grundstückseigentümers steht, dass es zu solchen

Millimeterverschiebungen kommt, ist eindeutig. Ich brauche nicht vorzurechnen, was so eine Baufluchtlinie, die nicht eine Tragtiefe von 12 Metern, sondern von 15 Metern hat, an Nutzfläche und insofern an Wertsteigerung zur Folge hat.

Klar, dass Bauträger versuchen, entsprechende Änderungen der Widmung zu erreichen. Und hier scheint es nun ein System zu geben. Günter Kenesei hat in den letzten Wochen mit Unterstützung des gesamten Rathausklubs und mit Juristen und und und intensivst recherchiert und ist auf genau dieses System, das in seinem Schrank exakt dokumentiert ist und auch bereits bei den Rechtsanwälten deponiert ist, draufgekommen. Jetzt wird das einerseits hier hausintern, andererseits im Zuge einer Gerichtsverhandlung geklärt.

Unser Ziel ist völlig klar: Es ist untragbar, dass es ein derartiges System gibt, wo an den entsprechenden Dienststellen vorbei nach Begutachtung etwas verändert wird. Ich bin froh, dass Sie, Herr Planungstadtrat, auch da sind, weil manches von dem, was passiert ist, unter Ihrer Amtsführung geschehen ist, wobei ich Ihnen in diesem Zusammenhang - zumindest nach meinem Kenntnisstand, und ich habe viele Gespräche mit Günter Kenesei geführt - keinen Vorwurf machen möchte, höchstens den Vorwurf, dass man auf Grund jener Informationen, die es im Haus schon lange, lange, lange gibt, dass hier etwas nicht korrekt abläuft, schon viel früher viel exakter hätte untersuchen müssen.

Ja, wie gibt es das? Wie gibt es das, dass ohne entsprechende massive Hinweise einer Dienststelle oder aus anderen Gründen nach Begutachtung durch die Dienststellen und nach der öffentlichen Auflage immer Quadratmeter dazukommen, signifikante Quadratmeter dazukommen? - Nicht einmal, nicht zweimal, nicht dreimal, nein, sehr, sehr oft! Allein durch diese Änderungen - das sage ich nur als Ökonom - dieses einen verantwortlichen führenden Beamten sind Gesamtwertsteigerungen für Bauträger in der Größenordnung vieler Hunderter Millionen S geschaffen worden. Das ist eine Tatsache.

Jetzt kann man sagen: Na gut, das hat ja da und dort und dort einen Sinn gemacht, aber es ist mehr als auffällig, dass das System hat. Wir schauen uns erst jetzt im Nachhinein mühsam, aber effizient an, was in die Begutachtung gegangen ist und was dann beschlossen worden ist, und wir stellen fest, dass es da systematische Unterschiede gibt. Das ist das System.

Jetzt sind alle Stellen hier im Haus, alle Kontrollinstitutionen, auch der Planungstadtrat gut beraten, sich das sehr genau anzuschauen, und ich meine, auch der Magistratsdirektor als oberster Personalverantwortlicher, der exakt klären muss, was da vorgegangen ist. Und noch einmal: Im Zuge der Überprüfungen wird alles auf den Tisch gelegt, um das zu belegen, was Günter Kenesei nicht herausgerutscht ist - so auf die Art, machen wir ein bisschen einen

politischen Skandal -, sondern womit er eigentlich etwas tut, was seine Aufgabe als Gemeinderat hier herrinnen ist, wenn ihm eklatante Missstände zur Kenntnis gebracht werden. Er tut dies mit einem hohen persönlichen Risiko, denn das ist nicht witzig, das ist überhaupt nicht angenehm, ausgeliefert zu werden und auch beträchtliches Risiko zu tragen, aber das ist die Art, wie er auch als Obmann des Kontrollausschusses hier Verantwortung wahrnimmt.

Oder das andere Beispiel, das Ihnen, glaube ich, auch schon zur Kenntnis gebracht wurde: Es geht um ein Grundstück, weitab jeder öffentlichen Verkehrerschließung, ein Grundstück, das in vielen relevanten Dokumenten nicht als Bauhoffnungsgebiet und nicht als Bauland ausgewiesen wird, ein Grundstück, für das sogar ein hausinternes Gutachten des Dr Ponzer festlegt, dass eine Umwidmung nicht möglich ist, für das ein Beirat es in einer Sitzung abgelehnt hat, eine derartige Umwidmung vorzunehmen, und trotzdem hat dieser Beamte, über den wir hier sprechen, immer wieder versucht, dass diese Umwidmung passiert.

Dann schaut man sich das an und fragt sich: Ja, wieso haben - in dem Fall zwei - Bauträger dieses Grundstück sehr frühzeitig gekauft, obwohl alle offiziellen Hinweise darauf hindeuten, dass das nicht umgewidmet wird? Es gibt sogar ein Rechtsgutachten dafür. Dann kommt es noch einmal in den entsprechenden Beirat, steht nicht auf der Tagesordnung, man wartet und wartet und wartet, bis nur mehr drei Mitglieder da sind, und dann - ganz geschwind! - führt man eine entsprechende Entscheidung herbei, dass es doch umgewidmet werden kann.

Allein bei dem Grundstück geht es um Dutzende Millionen S, je nachdem ob das ein Acker ist, ökologisch höchst wertvoll, oder ob es Bauland wird. Und dann sagt noch im "Kurier" - ich kann mich genau daran erinnern - ein Mitarbeiter des entsprechenden Bauträgers: Na ja, wir haben Hinweise bekommen, dass das umgewidmet werden soll.

Da sind wir ja am Kern dieses Systems. Wer ist befugt, über ein Grundstück, das in allen Unterlagen nicht als Bauland ausgewiesen wird, für das zu der Zeit, als gekauft wurde, von den entsprechenden Gremien klar festgestellt wurde, dass es Grünland ist, dass es nicht verbaut wird, zu sagen: Kauf, kauf zum Preis für Grünland - das ist ein geringer -, und wenn es umgewidmet wird, ist dieses Grundstück auf einmal das Drei-, Vier-, Fünffache wert!? Und - auch das steht zur Diskussion - wie viel sind diese Informationen wert und wie setzt man die durch?

Noch einmal: Hier ist nicht der Ort, einen Beweis zu führen. Das werde ich jetzt bewusst nicht tun. Es wird, so schaut es nach der Entscheidung im Immunitätskollegium aus, zu einer Auslieferung kommen, und Günter Kenesei wird - und ich bitte Sie ernsthaft, das als das hinzunehmen, wie es Günter Kenesei gesagt hat - entsprechend handeln. Er hat bei seiner Pressekonferenz bewusst gesagt, wenn es notwendig

ist, wird vor einem Gericht geklärt werden, ob das, was er hier als System beschreibt, so ist oder nicht. Das sagt man nicht einfach so.

Das bringt uns jetzt in einem Detail in eine nicht angenehme Situation, aber ich sage auch, wie wir sie lösen werden. Eigentlich ist so ein Fall für mich der klassische Immunitätsfall, genau wie es auch die Vorredner gesagt haben. Um aber - und wir haben das lange im Klub diskutiert - auch zu dokumentieren, dass es uns extrem wichtig ist, dass diese unglaublichen Zustände, die ein System sind, die mit einem wichtigen Beamten hier im Haus verbunden sind, abgestellt werden, werden wir der Auslieferung zustimmen. Wir möchten, dass das genau überprüft wird und dass auch alle hier im Haus, für die das nichts Neues ist, befragt werden. Es ist ja nicht so, dass alle gesagt haben: Unglaublich! Da ist ein völlig Unbescholtener, dieser entsprechende Beamte!, nein, da haben viele gesagt: Na, das pfeifen ja schon die Spatzen vom Dach! Viele, die hier sitzen, kennen Hinweise, massive Hinweise, dass das so war und dass das so ist. Darum werde ich als Klubobmann - in diesem Fall natürlich schweren Herzens, weil ich diesen speziellen Fall, was die Immunität betrifft, für einen klassischen Immunitätsfall halte - trotzdem zustimmen, um auch die Ernsthaftigkeit zu dokumentieren - ich bitte jetzt alle, die damit zu tun haben, das so zu akzeptieren -, worum es dabei geht.

Und weil jetzt einer (*In Richtung von VBgm Dr Bernhard Görg.*) interpretierend zu lächeln scheint, wiederhole ich: Diese Geschichte meinen wir sehr ernst, und wir appellieren an Sie als den verantwortlichen Stadtrat, sich wirklich intensivst all das vorlegen zu lassen, was vorzulegen ist, um zu überprüfen, ob in einem solchen Bereich - ohne dass die gerichtliche Entscheidung jetzt schon gefallen wäre; das wird auch passieren - diese Recherchen, für die hier nicht der Ort ist, sie vorzulegen, nicht ausreichend sind, um zu sagen: Dieser Beamte sollte zumindest für die Zeit, bis das geklärt ist, seine Tätigkeit nicht weiter ausführen, weil die Suppe, wie das so schön heißt, so dick ist, dass Löffel, Gabel und Messer darin stehen können.

Günter Kenesei ist einmal mehr gerne bereit, die Informationen, die täglich mehr werden, weil sich täglich auch mehr Menschen melden und Dinge vorlegen, entsprechend zu dokumentieren.

Mein Appell geht auch an den möglicherweise zuhörenden Magistratsdirektor, sich mit diesem Fall sehr intensiv auseinander zu setzen und allenfalls dienstrechtliche Konsequenzen zu ziehen, mein Appell geht aber auch an den Bürgermeister, sich diese Dinge anzusehen.

Wir schildern hier nicht ein korruptes System im Rathaus, das sich quer durch alle Bereiche zieht, sondern hier geht es um das jahrelange, um nicht zu sagen, jahrzehntelange Vorgehen eines Beamten. Es geht auch nicht darum, jetzt jemandem politisch ans Leder zu wollen. Überprüfen Sie das! Wir stehen zur

Verfügung im Rahmen auch der Wahrung der Interessen - jetzt juristisch gesprochen - eines Menschen, um, bevor er ein Verfahren bekommt, die Informationen zur Verfügung zu stellen. Werten Sie unsere Zustimmung nicht als eine Aushöhlung der Immunität, die - noch einmal - eigentlich für so einen Fall geschaffen ist, sondern als ein massives Interesse von Günter Kenesei und den Wiener GRÜNEN, dass es zur Aufklärung und Abstellung dieser abstellenswerten Zustände kommt. - Danke schön *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner ist Herr Abg Mag Franz KARL zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm:

Abg Mag Franz **KARL** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte hier keine grundsätzliche Stellungnahme zur Immunität abgeben. Es gäbe darüber viel zu reden, aber ich glaube, das sollten wir in einem anderen Kreise machen.

Auch bin ich erstaunt über die Wortmeldung des Kollegen Serles, der im Ausschuss gesagt hat: Wenn Kollege Kenesei die Auslieferung will, dann werden wir zustimmen. Da ich eine Aussendung habe, aus der hervorgeht, dass Kollege Kenesei dem Prozess mit Freude entgegensieht, nehme ich an, dass er es will. Man könnte also auch seitens der FPÖ zustimmen.

Konkret zum Fall: Was wäre meines Erachtens die total korrekte Vorgangsweise gewesen, die auch ich gewählt hätte, wenn ich entsprechende Unterlagen hätte? - Erstens: Ich hätte die Disziplinarstellen der Stadt Wien auf diese Tatsache aufmerksam gemacht. Zweitens: Ich hätte selbstverständlich alle Unterlagen in allen Details dem Herrn Vizebürgermeister zukommen lassen. Drittens: Ich hätte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Aber die GRÜNEN machen lieber eine Pressekonferenz und dann tut sich irgendetwas.

Ich gehe von der Unschuldsvermutung aus, sowohl den Kollegen Kenesei betreffend als auch den Beamten betreffend. Das ist auch der Grund meiner Zustimmung im Immunitätsausschuss und der Grund unserer Fraktion, der Auslieferung zuzustimmen. Denn auf diese Art und Weise kann eindeutig geklärt werden: Ist etwas passiert - dann ist schärfstens dagegen vorzugehen, und Kollege Kenesei wird als der große Held dastehen - oder ist nichts passiert - dann ist der Kollege Kenesei zu verurteilen. Daher werden wir der Auslieferung zustimmen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Dr Serles zum Wort gemeldet. *(Abg Dr Wilfried Serles: Nein!)* Nein?

Als nächster Redner ist Herr Abg Dr Stix am Wort.

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Frau Präsidentin!

Ich werde nicht allzu lange brauchen. Die weitere

Debatte wirft zwei rechtliche und ein darüber hinausgehendes politisches Problem auf.

Zum rechtlichen Problem: Ich bleibe dabei - und Kollege Serles hat Gott sei Dank die guten alten Freiheitlichen nicht verleugnet -, die Immunität ist ein Verfolgungshindernis und dient der Möglichkeit, dass wir eine politische Auseinandersetzung parlamentarisch führen können.

Die Frage ist: Ist das eine politische Auseinandersetzung, und wo geht es ins Rechtliche? - Dies umso mehr - wir diskutieren heute im Landtag -, als wir Gemeinderäte sind, im Ausschuss sitzen und dort Selbstverwaltung machen. Dort sind wir ja Behörde.

Ich gebe zu, ich habe jetzt ein bisschen ein Problem. Nicht mit der Frage Auslieferung oder nicht. Parlamentarier werden nicht ausgeliefert, Parlamentarier müssen sich politisch auseinander setzen, Parlamentarier müssen sich auch politisch stellen. Irgendwann sind sie tot oder Ex-Parlamentarier und dann hat die Justiz einen Zugriff. Aber rechtlich, Kollege Kenesei, sind wir auch und in der Praxis sogar meistens Gemeinderäte, und sowohl Kollege Kenesei als auch ich sitzen jetzt seit einem knappen Jahrzehnt in Ausschüssen, die Flächenwidmungen machen; damals beim StR Swoboda, jetzt beim Herrn VBgm DDR Görg.

Ich will gar nicht leugnen, dass das, was Christoph Chorherr hier gesagt hat, stimmt. Natürlich kann es passieren, dass einmal eine Linie rutscht, nämlich in der Wahrnehmung rutscht, und es ist überhaupt keine Frage, dass eine falsch gezogene Linie, und sei es eine um Linialbreite falsch gezogene Linie oder um Stiftbreite falsch gezogene Linie, Hunderte Millionen S wert ist. All das stimmt. Aber genau darum geht es ja.

Wenn ich den Eindruck oder den Verdacht hätte, dass mir als Beamten oder mir als Gemeinderat - wohlgeordnet: nicht als Politiker und nicht als Mandatar in der politischen Tätigkeit, sondern als Gemeinderat; von 1991 bis 1996 im Ausschuss von StR Swoboda, seit 1996 im Ausschuss von VBgm DDR Görg - etwas rutscht in der Bearbeitung der Akten, wo ich Behörde bin, und das hätte entsprechende zivilrechtliche, strafrechtliche Konsequenzen, dann würde ich, wenn das Tatsachensubstrat so dicht ist, eine Selbstanzeige machen. Ich bin auch gerne bereit, dann anschließend, weil ich nicht leugne, dass ich nicht ausschließen kann, dass auch mir etwas gerutscht sein mag in den Hunderten Akten, wahrscheinlich über 1 000 Akten, die ich im Laufe der letzten zehn Jahre bestätigt habe, mit allen anderen Kollegen hinauszugehen und eine Selbstanzeige zu machen.

Aber da ist es die Frage: Habe ich als Bestandteil der Exekutive, als Gemeinderat, in meiner behördlichen Tätigkeit als Gemeinderat, nämlich als Ausschussmitglied des entsprechenden Ausschusses, eine Fehlleistung gesetzt oder nicht verhindern können, die womöglich dann von der subjektiven Wahr-

nehmungsseite her irgendwo im Fahrlässigkeitsbereich, vielleicht im Eventualvorsatzbereich liegt, oder ist es eben eine politische Auseinandersetzung? - Also, diese beiden rechtlichen Debatten, die du, Herr Klubobmann Chorherr, meines Erachtens etwas gemischt hast, würde ich doch sehr deutlich auseinander halten.

Aber eines ist klar: Neben diesen beiden rechtlichen Fragen, unserer Verantwortung als Gemeinderat in der Bearbeitung konkreter exekutiver Akte und unserer Verantwortung als Parlamentarier in der politischen Auseinandersetzung als Abgeordnete, wo wir in der politischen Wertung unserer Tätigkeit einem Souverän, dem Wähler, unterliegen, impliziert natürlich eine politische Frage für unsere Stadt und unser Bundesland Wien. Wir müssen auf Aufklärung dringen, sei es mit den Mitteln der politischen Debatte, sei es mit rechtlichen Mitteln, wir müssen daran interessiert sein, dass peinlichste Sauberkeit herrscht, denn es geht nicht um Dutzende oder Hunderte Millionen S - das ist schlimm genug -, es geht um Milliarden S, die wir an Standortattraktivität gefährden, wenn auch nur der Hauch eines Verdachts hängen bleibt, dass wir in Teilbereichen unser System nicht im Griff haben, dass es nicht unter Kontrolle ist, weil sich natürlich jeder ausländische Investor sagen wird: Ich bin ja nicht wahnsinnig, ich gehe ja nicht nach Palermo! Oder er sagt: Da kann ich gleich nach Palermo gehen!

Aber gerade, weil ich bisher, zumindest für die Jahre, während derer ich selbst diese Akten unter unterschiedlicher exekutiver Verantwortlichkeit bearbeitet oder mitbearbeitet habe, keinen Anhaltspunkt dafür habe, dass auch nur die Sonne Siziliens über Wien scheint - ich habe es wirklich nicht, also ich habe ein wirklich gutes Gewissen, wenn ich sage, ich habe das letzte Jahrzehnt begründet keine Selbstanzeige gemacht -, gerade deshalb möchte ich sagen: Eine Sache ist die politische Auseinandersetzung, die politische Diskussion, und die soll unabhängig von den Gerichten frei laufen können. Daher stimme ich gegen die Auslieferung des Kollegen Kenesei und bedaure, dass der Klubobmann der GRÜNEN dies nicht tut. Das andere ist die rechtliche Verantwortung, wenn es ein Tatsachensubstrat gibt. Dann schlage ich vor: Legen wir das auf den Tisch! Übergeben wir das den verantwortlichen Gremien! Das ist selbstverständlich bei uns in unserem Ausschuss derzeit der Ausschussvorsitzende Pfeiffer, es ist der Herr Vizebürgermeister, es ist der Herr Bürgermeister - in dem Fall Bürgermeister, weil er ja Gemeinderat ist, auch wenn er heute als Landeshauptmann bei uns sitzt - und selbstverständlich im Magistrat. Legen wir das vor und behandeln wir es!

Und wenn wir Probleme mit unserer eigenen subjektiven Tatseite haben, gehen wir gemeinsam hinaus und machen eine Selbstanzeige! Aber mischen wir es nicht mit der freien politischen Debatte, dem freien Wort, der freien Auseinandersetzung, die das Wesen

jedes Parlamentarismus sind!

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Hatzl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Johann **Hatzl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats*): Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Ich möchte ein bisschen replizieren auf die Wortmeldung des Kollegen Chorherr, wobei ich eine ganze Reihe von Fragen und Bemerkungen, die er angesprochen hat, in meinem Innersten durchaus teile. Ich will auch ganz offen sagen, dass ich, wenn es um die Frage der parlamentarischen Immunität geht, auch einigermaßen beunruhigt bin. Ich gestehe durchaus ein, dass ich mir auch schwer tue und mich zu einer Entscheidung durchringen musste, dass ich aber diesem Antrag beitreten werde. Ich sage auch ganz gerne - und wahrscheinlich trifft das auch auf viele von meiner Fraktion zu -, warum das so ist; aber ich möchte es eher persönlich sagen.

Erstens einmal bin ich an der Aufklärung interessiert. Ich bin daran interessiert zu erfahren, ob an den Vorwürfen gegen eine Person oder gegen möglicherweise ein System - was ich ja doch nicht annehme, dass es so ist - etwas dran ist, weil die Frage der Sauberkeit in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Bedeutung hat und weil es hier nicht nur um viel Geld geht, sondern auch um Fragen der Rechtssicherheit und - ich sage es nochmals - um die Frage der Sauberkeit.

Zweitens bin ich an der Immunität interessiert. Also, ich bin nicht einer von jenen, die sagen, schaffen wir sie zur Gänze ab, auch wenn ich weiß, dass es in anderen Gremien durchaus Entscheidungen gibt, wo man mit Auslieferungen einvernehmlich zwischen Fraktionen sehr rasch - ich will nicht sagen locker, aber sehr rasch - zur Stelle ist. Aber ich möchte auch sagen, dass ich in diesen 27 Jahren, während der ich hier im Haus bin - mit einer relativ kurzen Unterbrechung im Parlament -, beides erlebt habe. Ich habe auch erlebt, dass Beamte namentlich genannt und von Abgeordneten beschuldigt wurden, wo sich dann nach einer ganz schwierigen Zeit und nach schwierigen Untersuchungen herausgestellt hat, dass dem nicht so war, wie die Beschuldigungen gelautet haben. Da hat es dann durchaus auch Entschuldigungen oder Aufklärungen gegeben, nur, was dem Betroffenen in Wirklichkeit zu schaffen macht, wenn er namentlich genannt wird, ist, über Monate ... (*Zwischenruf des Abg Kurth-Bodo Blind*.) Herr Blind, ich verstehe Sie nicht. Es wäre vielleicht gescheiter, wenn einmal Sie zuhörten. (*Abg Kurth-Bodo Blind: Den Kreißl haben Sie die ganze Zeit beschuldigt, ohne einen Beweis zu haben!*)

Danke! Sie geben mir jetzt Gelegenheit, sehr legitim noch einmal diese Frage anzusprechen. An sich ist mir das Thema zu ernst, aber ich will Ihnen nur noch einmal sagen, was ich zuvor gemeint habe. (*Abg Kurth-Bodo Blind: Sie haben gesagt, das wer-*

den Sie prüfen! Das haben Sie gesagt!) Der Herr Kreißl kann das ganz einfach mit einer eidesstattlichen Erklärung wegbringen oder mit dem Beitritt der Freiheitlichen Partei zum Vorschlag vom Herrn Haider, man soll doch im Parlament einen Untersuchungsausschuss machen. So einfach ist das! Und damit ist das schon wieder abgetan.

Wenn jemand beschuldigt wurde und er und seine Familie ein halbes Jahr, ein Jahr damit leben mussten, auch mit dienstrechtlichen Maßnahmen, die gesetzt werden mussten, weil sonst die politischen Verantwortlichen die Säumigen gewesen wären, und wenn dann ein Freispruch erfolgte, aber immer so das Gefühl blieb, wer weiß, ob der Freispruch jetzt wirklich ein Freispruch und ein Reinwaschen war, oder hat es zu wenig Beweise gegeben - all das ist bei der Behauptung, dass es so etwas gibt und bei der Nennung von Namen für den Betroffenen persönlich immer eine ganz schwierige Sache, die man sehen muss. Und man darf auch nicht aus den Augen verlieren, dass Bedienstete, die im Bereich der Stadtverwaltung beschäftigt sind, auch ein gewisses Maß an Schutz durch die Politik haben müssen.

Ich unterstelle das jetzt dem Kollegen Kenesei überhaupt nicht - ich sage das ganz dezidiert: ich unterstelle ihm das nicht -, aber ich kann mir vorstellen, dass es auch Abgeordnete geben kann oder einmal geben wird - was ich mir auch nicht wünsche -, die in der Ausübung ihrer politischen Argumentation sehr bewusst zu solchen Maßnahmen der Behauptung greifen, so nach der Methode: Bis sich herausstellt, dass das nicht zutrifft, ist so viel Zeit vergangen, aber kurzfristig war ich erfolgreich.

Und genau das ist die Situation, die man zu beachten hat. Daher hat der Betroffene, der jetzt um sein persönliches berufliches Leben zu kämpfen hat, auch ein Recht darauf, sich in dieser von ihm gewählten Form reinzuwaschen. Wenn ich es richtig verstanden habe, hat ihn sogar der zuständige amtsführende Stadtrat - wenn ich das aus den Informationen richtig aufgenommen habe; ich habe mich nicht näher informiert - eigentlich auch dazu aufgefordert, in dieser Form tätig zu werden. Daher soll man ihm diese Chance geben, die gleichzeitig natürlich auch die Chance für den betroffenen Mandatar ist, zu dokumentieren, dass er Recht hat. Und wir alle schlafen besser, wenn wir wissen, ob er im Recht war oder nicht im Recht war.

Jetzt aber noch zu einer Bemerkung, die Kollege Chorherr getroffen hat und die richtig ist, nämlich dass es gerade in dem sensiblen Bereich der Planung immer sehr gefährlich ist, wenn man wo etwas vorbereitet und andere dann die Hinweise bekommen, was sie veranlasst, spekulativ etwas zu erwerben. Lassen Sie mich nur noch aus der Praxis sagen: Das muss nicht unbedingt ein Beamter einer Planungsabteilung sein, der jemanden auf etwas aufmerksam macht. Ich nenne Ihnen auch zwei, drei andere Möglichkeiten.

Das kann erstens sein, dass im Bereich der Planungsabteilungen etwas überlegt wird und man, bevor man es entscheidet, mit dem Bezirk Gespräche führt, was gewünscht wird. Und es kann sein, dass der betroffene Bezirk in der Folge mit Mandataren oder mit einem Ausschuss oder je nach der Art, wie er das für sich selbst eingerichtet hat, auch Gespräche führt. Und dann passiert es sehr oft, dass aus solchen Gesprächen sich plötzlich eine Information oder Mitteilung zumindest in einer Bezirkszeitung wiederfindet. Ich würde sagen, das ist mit einer Orientierung, dass vielleicht in einem bestimmten Bereich dann jemand spekulativ überlegt, ob das für ihn interessant sein kann, wenn es da ein Interesse gibt.

Das Zweite: Manchmal gibt es auch Wahlprogramme - noch einmal: ich versuche nur, es darzustellen, wie es ist -, worin sich Parteien für bestimmte Bezirksentwicklungsbereiche interessieren. Das ist positiv, völlig klar, aber in der Vergangenheit hat es sehr wohl manche gegeben, die, wenn sie erkannt haben, dass das ein eher unbestrittenes Thema zwischen den Parteien in einem Bezirk ist, darauf vertraut haben, dass die das auch im Bereich der Stadt Wien durchsetzen können. Sie haben daher ihre Überlegungen auf Grundstücke gerichtet, von denen sie wussten, dass sie zwar jetzt noch nicht den Wert haben, aber in drei Jahren, in fünf Jahren, in sieben Jahren, in acht Jahren würden sie wahrscheinlich diesen Wert besitzen. Und wenn das Grundstück am Anfang relativ billig ist, ist auch die Verlustgefahr nicht besonders groß.

Der dritte Bereich - auch an einem praktischen Beispiel -: Ich möchte nicht wissen, wie sich die Grundstückspreise zum Beispiel entlang der Achse der künftigen Verlängerung der U 2 in der Zwischenzeit schon verändert haben, weil man weiß, dass die U-Bahn, obwohl sie noch gar nicht gebaut worden ist, zum Zeitpunkt X dort ihren Betrieb aufnehmen wird. - Wer jetzt herausgeht und sagt, das stimmt nicht, der lügt sich selbst in den Sack.

Wir werden in der nächsten Funktionsperiode des Gemeinderats meiner Meinung nach garantiert über die nächste Ausbaustufe der U-Bahn reden, um dem Bund entsprechende Vorschläge bezüglich einer weiteren 50-prozentigen Kostenbeteiligung zu machen, und ab dem Zeitpunkt, zu dem wir die Varianten nennen, wird sich - das garantiere ich Ihnen - auf dem Grundstücksmarkt entlang dieser Achsen einfach auf Verdacht hin wieder einiges tun.

Ich wollte damit nur darstellen und nicht im Raum stehen lassen - das war mir etwas zu ungenau -, dass, wenn über Planung geredet wird, jemand die Information ausschließlich über einen betroffenen Beamten bekommen kann, sondern es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wie solche Informationen weitergegeben werden können. *(Abg. Günter Kenesei: Es hat auch politische Hinweise gegeben! Es war ohnehin nicht nur der Beamte! Ich habe das gesagt und wiederholt!)*

Das ist jetzt genau das Interessante daran und genau deswegen sind auch wir interessiert, dass die Wahrheit klar und eindeutig herauskommt, dass der Betroffene aber auch nebenbei eine Chance haben muss, seinen Kopf zu retten. Um nichts anderes geht es bei der heutigen Entscheidung! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg Godwin **Schuster**: Das Schlusswort kann sehr kurz ausfallen.

Es haben einzelne Beiträge auch auf unsere Debatte im Kollegium hingewiesen. Wir haben uns diese wahrlich nicht sehr leicht gemacht. Es galt, all die Inhalte abzuwägen, die hier diskutiert wurden. Ich meine, sämtliche Vorwürfe, die vom Kollegen Chorherr hier im Globalen geäußert wurden, ich meine, auch sämtliche Vorwürfe, die festgehalten wurden in den Dokumentationen gegenüber dem Mitarbeiter des Magistrats - im Detaillierten vom Kollegen Kenesei dargestellt -, sind Vorwürfe in einer Art, dass es, wenn sie so stimmen oder stimmen würden, in diesem Haus niemanden gibt, der Derartiges, egal in welcher Form, unterstützen würde.

Wenn aber von Kollegen Serles zu Recht auf seine Äußerung im Immunitätskollegium hingewiesen wurde und er nun meint, aus grundsätzlichen Überlegungen stimme die FPÖ dieser Auslieferung nicht zu, so erinnere ich nur an die Praxis der FPÖ im Nationalrat. Im Parlament hatte die FPÖ offensichtlich kein Problem damit, den ehemaligen Landtagsabgeordneten und nunmehrigen Abgeordneten zum Nationalrat Pilz auszuliefern. Es ist halt so, dass uns da Wesentliches unterscheidet hinsichtlich der Art und Weise, wie wir agieren und argumentieren - auch in der Öffentlichkeit. *(Zwischenruf des Abg Dr Wilfried Serles.)*

Ich kann daher ausschließlich ersuchen, der Empfehlung des Immunitätskollegiums Folge zu leisten. Die Entscheidung, ob dieser Empfehlung Folge geleistet wird, ist eine sehr, sehr individuelle, die jedem von uns freisteht.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag des Immunitätskollegiums angenommen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass die von Abg Mag Christoph Chorherr, Freundinnen und Freunde eingebrachte, an den Landeshauptmann gerichtete Dringliche Anfrage, betreffend Umsetzung eines Demokratiepakets vor den Gemeinderatswahlen, vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Gemäß § 37 Abs. 5 der Geschäftsordnung hat vor der mündlichen Begründung die Verlesung der Dringlichen Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer um Verlesung dieser Dringlichen Anfra-

ge. - Wer liest sie? Wer hat sie? - Bitte.

Schriftführerin Abg Brigitte **Schwarz-Klement**: "Begründung: Wien ist anders. In kaum einem anderen Politikfeld ist dieser Slogan gültiger als im Bereich Demokratie.

Die langsam dem Ende näher rückende Legislaturperiode war geprägt von vielen Ankündigungen der Regierungsparteien: Ausbau der Minderheitenrechte im Bereich der Kontrolle, Schaffung von Untersuchungsausschüssen, Reform des Wahlrechts wurde oftmals angekündigt, auf Pressekonferenzen präsentiert und sogar auf Plakatwänden in ganz Wien als großer Erfolg präsentiert. Lediglich passiert ist bislang nichts. Keine einzige dieser lange und ausführlich diskutierten - längst überfälligen - Reformen wurde bislang in die Tat umgesetzt und hat den Weg in eine Regierungsvorlage gefunden.

Die unterfertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 16 WStV und § 36 GeO-LT folgende Dringliche Anfrage:

1. Seitens der Frau VBgm Laska und der SPÖ-Landtagsabgeordneten Wehsely, Lapp, Bayr, Schieder und Vettermann wird seit einigen Monaten vehement die Idee einer Wahlaltersenkung auf 16 Jahre propagiert und gefordert. An legislativen Maßnahmen ist es dafür lediglich nötig, in der Gemeindewahlordnung die Zahl "18" durch die Zahl "16" zu ersetzen. Auch die nötigen organisatorischen Maßnahmen sind durch die Verwaltung problemlos zu bewerkstelligen. Dennoch wurden die diesbezüglichen Anträge der GRÜNEN - zuletzt im Juni 2000 - abgelehnt. Was spricht dagegen, die Forderung der Frau Vizebürgermeisterin sowie der genannten SPÖ-Landtagsabgeordneten bereits jetzt sofort umzusetzen, damit auch bereits bei den kommenden Gemeinderatswahlen 16-Jährige wählen können?

2. Sie haben gemeinsam mit Herrn VBgm Dr Görg im April 1999 in einer Pressekonferenz die Vorstellungen der Regierung über die Schaffung von Untersuchungsausschüssen für Wien präsentiert. Bislang wurde aber keine diesbezügliche Regierungsvorlage eingebracht, wofür immer wieder rechtliche Probleme vorgeschoben wurden. Nachdem die GRÜNEN mit Hilfe eines Rechtsgutachtens nunmehr auch diese letzten vorgeschobenen Hindernisse (Öffentlichkeit der Ausschüsse, Aufhebung der Amtsverschwiegenheit) entkräften konnten, dürfte nichts mehr dagegen sprechen, dieses ausführlich diskutierte Kapitel endlich abzuschließen. Was spricht dagegen, Ihre eigenen Ankündigungen sofort umzusetzen, sodass ein Minderheitenrecht auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen noch vor Ende dieser Legislaturperiode in der Stadtverfassung verankert wird?

3. Auch Frau StR Brauner hat sich zuletzt dafür ausgesprochen, dass auch Nicht-EU-BürgerInnen das Wahlrecht bei den Bezirksvertretungswahlen zukommen soll. Die notwendigen legislativen Änderungen beschränken sich auf die Änderung eines Halbsatzes in der Gemeindewahlordnung, die nötigen organisato-

rischen Maßnahmen sind seitens der Verwaltung ohne Probleme zu bewerkstelligen. Dennoch wurden die diesbezüglichen Anträge der GRÜNEN bislang abgelehnt. Was spricht dagegen, die Forderung der Frau StR Brauner sofort umzusetzen, damit auch bereits bei den kommenden Bezirksvertretungswahlen alle BewohnerInnen Wiens unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft wählen können?

4. Die Legislaturperiode des Wiener Landtags nähert sich dem Ende. Sollten diese Gemeinderatswahlen tatsächlich vorverlegt werden, so findet vor dem gerüchteweise kolportierten Wahltermin im März nur mehr eine Landtagssitzung am 15. Dezember statt, in der die noch ausstehenden Reformen beschlossen werden können. Was werden Sie als Landeshauptmann unternehmen, damit die Forderungen Ihrer Regierungsmitglieder beziehungsweise Ihre eigenen Ankündigungen noch rechtzeitig in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden?"

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Danke. - Für die nun folgende Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs. 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor.

Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Herrn Abg Mag Chorcherr das Wort.

Abg Mag Christoph **Chorcherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Drei Bereiche, drei notwendige Bereiche, längst angekündigt! Und wie obsolet, wie kraftlos diese Koalition ist, zeigt sich an diesen drei Bereichen. Ich beginne mit den Untersuchungsausschüssen und möchte nur noch eine kurze Chronologie von Aussagen in Erinnerung rufen, wie sie sich darstellen.

Ich beginne der Einfachheit halber erst 1997 mit einer APA-Aussendung, wo Hatzl erneut seine ablehnende Haltung zu Untersuchungsausschüssen zum Ausdruck bringt. Hatzl begründete seine Ablehnung mit der Tatsache, dass Wien Land und Gemeinde gleichzeitig ist und Untersuchungsausschüsse für Gemeinden nicht zulässig sind.

Blieben wir bei 1997. Hatzl: "Im Übrigen verweise ich darauf, dass es Untersuchungsausschüsse nicht geben kann und dafür erst eine gesetzliche Änderung auf Bundesebene stattfinden muss."

1998 ist Görg fest entschlossen, bis Frühjahr 1998 die legislativen Voraussetzungen zu schaffen. Sollte das nicht möglich sein, dann müsse man sich über einen koalitionsfreien Raum in Wien Gedanken machen. - 1998.

1998 sagt Görg, er will dem Koalitionspartner bis Anfang Oktober Zeit geben - 1998 -, der Forderung nach Untersuchungsausschüssen im Stadtparlament zuzustimmen. - Für die, die es nicht wissen: Bis heute, Oktober 2000, gibt es in Wien keine Untersuchungsausschüsse. Ein Merkmal. Aber ich bin jetzt im Grunde im Jahr 1998, wo Görg gesagt hat, was 1998 passieren muss.

So, dann kam die erste Wende, wie wir ein

Rechtsgutachten vorgelegt haben, dass die Argumentation des Klubobmanns Hatzl, die immer nur eine vorgeschobene war, das geht rechtlich nicht, nicht stimmt, wo wir gezeigt haben, dass es sehr wohl rechtlich möglich ist. Interessant darauf die Replik des Bürgermeisters und Landeshauptmanns, der sagt: "Häupl bekräftigte die Meinung der SPÖ, dass für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auf Gemeindeebene eine Änderung der Bundesverfassung notwendig wäre." - APA vom 21.10. - "Daran ändere auch das von den GRÜNEN vorgelegte Gutachten nichts. Dieses Gutachten spricht von Sonderverwaltungsbehörden. Prinzipiell" - so der Bürgermeister in der APA - "habe er relativ wenig Lust, mit Gutachten-Papierfliegern herumzuwerfen, die eh niemand interessieren."

So, dann kam die große Wende verbal. Häupl am 23.10.1998 - 1998, bitte -: "Im Übrigen hält Häupl fest, dass die Gespräche zwischen ÖVP und SPÖ ergeben haben, dass wir uns geeinigt haben, einen Untersuchungsausschuss in Wien im Rahmen der bestehenden Bundesverfassung bis Ende des ersten Quartals 1999 vorzusehen." - Wobei meine Zusatzfrage vielleicht noch wäre: Wieso ist auf einmal rechtlich möglich, was ein halbes Jahr vorher rechtlich nicht möglich war? Weil beim Prof Mayer anzurufen und zu sagen, Herr Professor, schreiben Sie uns auf sechs Seiten, beantworten Sie die Frage, ist es rechtlich möglich - ja oder nein, auf diese nobelpreisverdächtige Idee hätten ja auch andere Parteien kommen können. Okay.

Sicherheitshalber wird jetzt das Verfassungs- und Rechtsmittelbüro, der Dr Ponzer, beauftragt, der dann, nachdem das alles so ist, im November 1998 festhält, dass die Schaffung von gemeinderätlichen Untersuchungseinrichtungen zulässig sei. Also, jetzt geht es einmal.

Jetzt kommen wieder die neuen Termine, um die es da geht. Im Jahr 1999 erklären SPÖ und ÖVP, sie werden termingerecht bis zum ersten Quartal des heurigen Jahres - 1999 - ihren Vorschlag für die Einführung von Untersuchungsausschüssen vorlegen. - Ich überspringe aus Zeitgründen, was hier alles angekündigt wurde.

Das Beste ist, dass am 5.9. dieses Jahres ausgerechnet die, die immer wieder dagegen gestimmt haben, die Kollegen Tschirf und Ulm, sagen: Aber jetzt, noch im November, sollen die entsprechenden Anträge in den Landtag eingebracht werden - große Pressekonferenz von Ulm und Tschirf - und die Beschlüsse könnten Anfang nächsten Jahres erfolgen. Man hoffe auf Beweglichkeit beim Koalitionspartner.

Wir haben dann noch ein Rechtsgutachten beigebracht, das die weitere Verhinderungstaktik von ÖVP und SPÖ aufgezeigt hat, nämlich Untersuchungsausschüsse darf es schon geben, aber alle, die da drinnen befragt werden, sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet und öffentlich dürfen sie auch nicht geführt werden. Und warum? - Es musste so sein, na

ganz klar, weil es einfach rechtlich nicht geht. Warum geht es rechtlich nicht? - Na, weil es rechtlich nicht geht.

Wir haben wieder die schon bekannte Telefonnummer vom Prof Mayer angerufen, der auf einigen Seiten, die er uns zukommen hat lassen, festgestellt hat: Na selbstverständlich kann man ein Gesetz über Untersuchungsausschüsse so machen, dass die Amtsverschwiegenheit aufgehoben wird und dass keine Geheimhaltung festgestellt wird. Er hat noch angemerkt auf die Frage eines Journalisten, wer denn so ein Gesetz schreiben könnte: Jeder Student könnte bei ihm so etwas schreiben.

Bilanzierend: Bis heute gibt es nichts. Nichts gibt es dazu. Was passiert ist, dass fünfmal - ich erspare mir die Termine - die SPÖ und die ÖVP dagegen gestimmt haben, wie wir Anträge gemacht haben. Deswegen werden wir auch heute wieder einen Antrag einbringen, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, entsprechend abzustimmen. So wahnsinnig lang ist diese Periode nicht mehr. Und wir glauben, dass zur Revolution in einer Stadt, zur demokratischen Revolution, so etwas wie Untersuchungsausschüsse zumindest möglich sein könnten. Möglich sein könnten. - Tatsache ist, Wien hat so etwas bis heute nicht.

Und darum unsere Fragen an den Herrn Landeshauptmann, der ja schon oft gesagt hat, das kommt jetzt und wir haben es beschlossen und er ist eh dafür, es müssen nur mehr die Klubs zustimmen. Na, an unserem Klub scheitert es nicht. Darum werden wir ihm heute die Möglichkeit geben, zu erklären, wie er als Landeshauptmann dazu steht, und nicht nur, wie er dazu steht, sondern weil er sagt, er will es ja schon lange haben, woran das bisher gescheitert ist.

Zweiter Bereich nach der Demokratie: Der ganze Bereich der Integration, wo selbstverständlich alle EU-Bürger und EU-Bürgerinnen in Wien auf Bezirksebene wählen dürfen. In Replik auch auf die Fragebeantwortung der Frau StR Brauner heute in der Früh. Es gibt überhaupt keine Wartezeit für Griechen, für Engländer, für Dänen, für Spanier, für Portugiesen, für Französinen, für Männer und Frauen, die im Rahmen der Europäischen Union sind und hier leben. Wenn sie ihren Wohnsitz in Wien haben, dürfen sie wählen, sagt die EU. Und wir meinen - und das hat auch Frau StR Brauner und das haben auch viele andere Vertreter der Sozialdemokratie gesagt -, das sollte auch für jene Menschen gelten, die hier ihren Wohnsitz haben, die hier leben und nicht aus der Europäischen Union, sondern aus der Türkei, aus Ungarn, aus der Tschechoslowakei, aus Slowenien, von wo auch immer, kommen. Das kann man sofort umsetzen. Dazu bedarf es des politischen Willens.

Meine Frage an den Herrn Bürgermeister, an den Herrn Landeshauptmann: Gibt es da so eine Zwei-Wege-Kommunikation? - Die eine heißt, wir sind eh dafür, aber wir sorgen gleichzeitig dafür, wenn darüber abgestimmt wird, dass wir es ablehnen. Auch hier werden Sie heute die Möglichkeit haben, zu ei-

nem entsprechenden Antrag Stellung zu nehmen.

Letzter Bereich: Wahlalter, Jugend. Kollegin Jerusalem wird dann in der Debatte das noch genauer begründen. Nur ein paar wenige Eckpunkte.

Es war Mag Schlögl, der eine Initiative im Niederösterreichischen Landtag gestartet hat, dass das Wahlalter in Niederösterreich auf 16 Jahre herabgesetzt wird.

Auf der Homepage der SPÖ gab es die Frage: "Sind Sie dafür, dass das Wahlalter abgesenkt wird?" - Eine deutliche Mehrheit antwortete mit Ja.

Und ich lese jetzt nur jene wenigen vor, die wir kurzfristig recherchieren konnten, die sich dafür ausgesprochen haben: Der SPÖ-GR Schieder plädierte am 11.1. dieses Jahres im Rahmen des Servicetelefons der SPÖ für eine Senkung des gesetzlichen Wahlalters auf 16 Jahre. Die SPÖ-GR Wehsely plädierte auf Senkung des Wahlalters, ebenso Frau GR Martina LUDWIG und viele andere auch. Und dann gab es noch die Initiative von Wehsely, Bayr, Lapp, Schieder und Vettermann, eine Offensive für mehr Mitbestimmung, Wahlalter senken.

Tun Sie's! Tun Sie's, und stimmen wir rasch darüber ab.

Und das ist nicht irgendein Thema, hier geht es um Demokratie, hier geht es um Kontrolle, hier geht es um Integration, um relevante wesentliche Teile, um noch vor den Gemeinderatswahlen notwendige Schritte zu setzen.

Besonders schrullig, wie immer, der Kollege Prochaska, der einer der Hauptschuldigen ist, dass bis heute nichts passiert ist. Fünfmal hat er dagegen gestimmt, nimmt immer den Mund maßlos voll, wenn es darum geht, ohnehin das zu fordern, sekundiert von den Kollegen Ulm und Tschirf. Na, wir werden ja heute sehen, was die Kollegen Ulm, Tschirf und ihr Chef Prochaska heute dazu zusammenbringen. Wenn Sie das ernst nehmen, was Sie in Ihrer Pressekonferenz gesagt haben, müssen Sie nur eine der beiden Hände, die linke oder die rechte, in die Höhe bringen, dann gibt es das. So einfach ist das. Es nützt nichts, in Pressekonferenzen sich maßlos zu alterieren. Ein bisschen kommt es auch darauf an, wie das entsprechend umgesetzt wird.

Besonders ist es ein Interesse von mir, mich mit Aussagen des Kollegen Prochaska auseinander zu setzen. Das ist die Würze von Landtags- und Gemeinderatssitzungen. Gestern haben Sie in wenigen Worten in der APA die Dringliche Anfrage angekündigt, und bevor der Text der Dringlichen Anfrage den Klub verlassen hat, wusste der Visionär Prochaska bereits, was drinnen steht (*Abg Dr Wolfgang Ulm: Das ist vorausschauende Politik!*), weil er nämlich mitgeteilt hat, wie unzulänglich diese Dringliche Anfrage ist, zu einem Zeitpunkt, wo er sie noch gar nicht gehabt hat. Das heißt, da gibt es so einen Computer, da wird einfach reingehackt.

Kollege Prochaska, heute haben Sie die Möglichkeit, einmal über Ihren nicht wahnsinnig langen

Schatten zu springen und entsprechend abzustimmen. Nützen Sie der Demokratie. Nehmen Sie Ihre eigenen Aussagen zumindest ein klitzekleines bisschen ernst. Sorgen Sie für Demokratie, sorgen Sie für Kontrolle, sorgen Sie für Integration.

Und an den Herrn Landeshauptmann appelliere ich - endlich in der, bei ihm werde ich natürlich nicht sagen die Rapidviertelstunde, ich erfinde hiermit die Austriaviertelstunde -, ganz kurz, bevor der Landtag sich auflöst, die entsprechenden Schritte zu setzen. Wir hätten nur das Problem, dass wir uns ein wesentliches Wahlkampfthema ersparen, weil man da nichts mehr weiterbringt. Ich bin gespannt auf Ihre Antworten. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsidentin Maria Hampel-Fuchs: Danke für die Begründung. - Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich der Herr Landeshauptmann zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Lhptm Dr Michael Häupl: Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Ich habe bereits in der letzten Sitzung des Landtags vor dem Sommer, am 30. Juni 2000, festgehalten, und ich betone es hier nachdrücklich nochmals: Beide Regierungsparteien haben im Koalitionsübereinkommen, damit wir in der Zeit noch ein bisschen nach vorne gehen, ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer Reform des Wiener Wahlrechts bekundet. Derzeit liegen keine akkordierten Vorschläge vor, sodass bislang keine ausformulierten Gesetzesvorschläge zur Reform des Wiener Wahlrechts dem Wiener Landtag vorgelegt werden konnten.

Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass in den zuständigen Gremien Mehrheiten gefunden werden müssen. Ungeachtet dessen bin ich in beiden in der Dringlichen Anfrage angesprochenen Fragen hinsichtlich der Herabsetzung des Wahlalters und hinsichtlich des generellen Wahlrechts für Bezirksvertretungswahlen für Ausländer offen, und ich füge persönlich hinzu, positiv gegenüber. Das gleiche gilt für die ohnehin viel erläuterte Frage der Untersuchungsausschüsse.

Nun zu den einzelnen Punkten Ihrer Anfrage.

Zu 1: Grundsätzlich ist zu bemerken, dass zwischen der politischen Forderung nach einer Senkung des Wahlalters und der unmittelbaren Umsetzung die Komplexität einer Wahlrechtsänderung gesehen werden muss. Es macht keinen Sinn, jeweils an einem einzelnen Rädchen zu drehen. Die Diskussion ist gesamt zu führen und dann auch in den Gremien der Entscheidung zuzuführen.

Darüber hinaus sei noch bemerkt, dass mit der Forderung nach Senkung des Wahlalters ein Bündel anderer Maßnahmen gerade seitens der Frau Vizebürgermeisterin eingebracht wurde, von der Partizipation über verschiedene Formen der direkten Mitsprache auf Bezirksebene bis hin zur stärkeren Mitsprache auf Schul- und Stadtebene. Gelebte Demokratie nur in der verkürzten Form der Wahlaltersenkung zu sehen, wäre ein demokratiepolitischer Fehler und noch keine Garantie für politisches Bewusstsein und Inanspruch-

nahme des Wahlrechts als wichtigste Säule einer demokratischen Gesellschaft.

Lassen Sie mich aber auch in gewohnter Offenheit klar auf die eigentliche Frage Antwort geben, und das gilt dann auch für ein Zweites. Was spricht dagegen, dass diese Forderungen sofort umgesetzt werden, damit auch bereits bei den kommenden Gemeinderatswahlen 16-Jährige wählen können? - Das ist einfach zu beantworten, nämlich: Die SPÖ befindet sich in einem aufrechten Vertrag mit der Österreichischen Volkspartei zur Bildung einer gemeinsamen Regierung. Und dieser aufrechte Vertrag sieht vor, dass wir in diesen wesentlichen Fragen konsensuell zu arbeiten haben. Und jeder, der einen solchen Vertrag abschließt, jedenfalls mit mir, kann auch von der Erwartung ausgehen, dass ich diesen Vertrag erfülle, vertragstreu bin, dass ich diesen Vertrag einhalte. Dies ist der wesentliche Grund, in aller Offenheit auch gesagt, wer hier dagegen spricht.

Zu 2: Es hat zwar bereits Diskussionspapiere zu der Frage gegeben, wie Untersuchungsausschüsse in Wien aussehen können, und auch eine grundsätzliche Einigung zwischen den beiden Regierungsparteien. Wenn diese Überlegungen auch zu Papier gebracht wurden, so waren die Formulierungen jedoch fernab von einem ausgefeilten beschlussreifen Gesetzesentwurf. Im Hinblick darauf, dass durch die Einrichtung von Untersuchungsausschüssen in Wien Neuland im Gemeinderecht betreten würde, ist es praktisch nicht vertretbar, dies ohne ordnungsgemäßes Begutachtungsverfahren durchzuführen.

Die Ausführungen von Herrn Univ Prof Dr Mayer - wobei ich hinzufügen muss: die jüngsten Ausführungen von Herrn Univ Prof Dr Mayer - werden derzeit eingehend in verfassungsrechtlicher Hinsicht geprüft. Es kann aber schon jetzt gesagt werden, dass Herrn Univ Prof Dr Mayer sicher nicht bei allen seinen Überlegungen vorbehaltlos gefolgt werden kann.

Entgegen der Darstellung in Ihrer Dringlichen Anfrage kann somit von einem Ausräumen aller Hindernisse auf dem Weg zu den Untersuchungsausschüssen nicht die Rede sein. Die Diskussion in dieser Angelegenheit muss angesichts mehrfacher Bedenken rasch - so hoffe ich *(Abg Mag Christoph Chorherr: Was heißt "rasch"?)* -, aber doch im rechtlichen und politischen Bereiche fortgeführt werden. Nichtsdestotrotz halte ich hier einmal mehr fest, dass ich persönlich und die SPÖ grundsätzlich der Einrichtung von Untersuchungsausschüssen zustimmen.

Zu 3: Was die Frage 3 anbelangt, so hat Frau StR Brauner stets geäußert, dass sie für eine verstärkte Mitbestimmung der Migrantinnen und Migranten auf allen Ebenen unserer Gesellschaft eintritt. Dies vor allem auch im Hinblick darauf, dass in verschiedenen Wiener Bezirken ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung von jeder politischen Partizipation ausgeschlossen ist. Dieses Defizit sollte aber nicht auf das kommunale Wahlrecht reduziert werden. So dürfen bei Betriebsrats- und Arbeiterkammerwahlen Drittstaats-

angehörige zwar wählen, aber nicht gewählt werden. Die Gemeinde Wien ist in dieser Frage eine rühmliche Ausnahme, weil bei uns das aktive und passive Wahlrecht unabhängig von der Staatsbürgerschaft im Personalvertretungsgesetz gewährleistet ist.

Da politische Mitbestimmung nicht allein auf das kommunale Wahlrecht beschränkt sein sollte, ist der Wiener Integrationsfonds bestrebt, durch Pilotprojekte verstärkt Migrantinnen und Migranten im Bürgerbeteiligungsverfahren im unmittelbaren Wohnbereich einzubinden. Es handelt sich dabei also um eine sensible und für das Miteinander in der Stadt wesentliche Frage, die nicht ausschließlich auf die Frage des kommunalen Wahlrechts reduziert werden kann.

Im Übrigen gilt, was ich vorhin sagte bezüglich des aufrechten Vertrags in der Koalition.

Zu 4: Abgesehen von der Diskussionswürdigkeit von vorliegenden Entwürfen gibt es eine Reihe von rechtlichen Aspekten, die noch einer Klärung zuzuführen sind. Darüber hinaus sehe ich mich allerdings außerstande, Ihre Frage zu beantworten, da sie sich weitestgehend außerhalb meiner persönlichen Ingerenz und innerhalb des Aufgabenbereichs des Landtags befindet. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Frau Abg Jerusalem zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist.

Abg Susanne **Jerusalem** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich beziehe mich in meiner Rede vor allem auf diese Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Die GRÜNEN wollen, dass man mit 16 schon wählen kann.

Sie verhindern das mit Erfolg. Ihre Begründung ist, Sie sind an einen Koalitionspartner gebunden. Also sagen Sie im Grunde, wir können und wollen das Wahlalter derzeit nicht auf 16 Jahre senken. *(Abg Heinz Hufnagl: Nicht können und wollen! Das hat der Herr Landeshauptmann genau auseinander gesetzt!)* Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, Sie sind gebunden an einen aufrechten Vertrag. Offensichtlich verhindert aber dieser aufrechte Vertrag den aufrechten Gang. Den Jugendlichen gegenüber sagen Sie etwas ganz anderes. Der aufrechte Gang würde heißen, Herr Landeshauptmann, wir halten den Vertrag ... *(Zwischenruf des Lhptm Dr Michael Häupl.)* Wie bitte? *(Lhptm Dr Michael Häupl: Die Einhaltung von Verträgen ist Ihnen fremd, das weiß ich!)* Das ist überraschend. - Sie sagen, wir müssen den Vertrag einhalten. Da stimme ich Ihnen ja voll und ganz zu. *(Lhptm Dr Michael Häupl: Na also!)* Sie haben einen Vertrag und halten den Vertrag ein. Sie machen den Jugendlichen gegenüber aber etwas ganz anderes. Sie gehen zu den Jugendlichen und hausieren mit der Forderung: Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahre. *(Lhptm Dr Michael Häupl: Na und, ist das verboten?)*

Und das ist das, was Sie in den ganzen letzten Monaten gemachten haben. Wenn Sie sagen, wir können es nicht einführen, weil wir an einen Vertrag gebunden sind und weil wir einen Koalitionspartner haben, der das nicht will, dann müssen Sie den Jugendlichen genau dasselbe sagen, nämlich: Geht jetzt nicht, ist verschoben auf später. Sie haben aber genau das Gegenteil gemacht, und das ist das, was ich kritisiere und Ihnen vorwerfe. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Denn damit, meine Damen und Herren von der SPÖ, erzeugen Sie genau die Politikverdrossenheit, die Sie vorgeben, bekämpfen zu wollen.

Jetzt möchte ich Ihnen ein paar Dinge zitieren, die Sie so im Laufe der Zeit gesagt haben. Wenn Sie nicht können und nicht wollen, dann sagen Sie nicht zu den Jugendlichen haargenau das Gegenteil. *(Lhptm Dr Michael Häupl: Sie werden nicht entscheiden, was ich rede!)* Die Forderung wird man ja noch aufstellen dürfen.

Herr Abg Schieder hat im Jänner beim Servicetelefondienst der SPÖ immer wieder darauf hingewiesen, ein deutliches Signal in Richtung mehr Mitsprache für Jugendliche in der Gesellschaft zu setzen, gegen die oft zitierte Politikverdrossenheit, und hat gefordert, dass das Wahlalter herabgesetzt wird.

Herr Schieder, haben Sie das den 16-Jährigen erzählt? Das sind nämlich genau die, die Sie diesmal nicht mitwählen lassen. Und den 17-Jährigen? Oder haben Sie streng darauf geachtet, nur den 10-Jährigen diese Frage zu beantworten? - Das sind nämlich die Ersten, die 2006, wenn es nach Ihnen geht, zum Wählen kommen werden. Sollten Sie es aber den 16- und 17-Jährigen gesagt haben, dann müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, Politikverdrossenheit zu erzeugen, Frustrationen zu erzeugen und Jugendliche nicht ernst zu nehmen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Und ich weiß nicht, wie ich es jetzt sagen soll, um keinen Ordnungsruf zu bekommen: Ich würde gerne sagen, dass das keine sehr aufrichtige Art und Weise ist, mit Jugendlichen zu sprechen, denn so geht es nämlich nicht. *(Abg Andreas Schieder: Sich so lehrerhaft aufzuführen, so geht es auch nicht!)*

Frau Abg Wehsely hat überhaupt gemeint, die Jugendpolitik ist ein Maßstab, an dem die Kommunalpolitik einer Stadt gemessen werden kann, und, und, und. Und dann kamen lange Forderungen, Vorschläge, Forderungen, Vorschläge, was nicht alles gemacht werden soll, um schließlich damit zu enden: "Zum Bereich Mitbestimmung betonte die SPÖ-Gemeinderätin, dass ihrer persönlichen Meinung nach das Wahlalter für Jugendliche auf allen Ebenen gesenkt werden sollte."

Dies allein aber sei zu wenig, das ist zu wenig, da kommt noch viel mehr, weil das alles ganz, ganz wichtig ist. Es ist ganz, ganz wichtig, nur, Sie machen es nicht und Sie erzählen den Jugendlichen haargenau das Gegenteil. Und ich sehe sie schon, die ganzen Podiumsdiskussionen, die wir führen werden

und wo Sie sich wieder hinsetzen werden und wieder den 16-, 17-Jährigen diese ganze Geschichte erzählen werden, die überhaupt nicht wahr ist. *(Abg Mag Sonja Wehsely: Würden Sie sich ein bisschen beruhigen?)*

Frau StR Laska hat Ähnliches gesagt, ich lasse das jetzt aus und komme zu Frau GR LUDWIG, die sich meiner Meinung nach ja überhaupt das Tollste geleistet hat. Wir haben im Gemeinderat im Juni den Antrag gestellt auf Absenkung auf 16. Sie haben dagegen gestimmt, und bereits am 5. Juli fordert die GR LUDWIG die rasche Absenkung des Wahlalters für die Landtags- und Gemeinderatswahlen 2001.

Und heute werden Sie wieder dagegen stimmen. Merken Sie nicht, dass Sie mit gespaltener Zunge sprechen und dass das alles hinten und vorne nicht stimmt?

Dann kommt die Geschichte - mein Kollege Christoph Chorcherr hat sie schon erwähnt -, wo Sie auf der Homepage die Leute auch noch gefragt haben, wo Sie sich gesagt haben, fragen wir sie halt, machen tun wir es eh nicht.

Frotzeln, frotzeln, das heißt, Jugendliche frotzeln, frustrieren und in der Gegend herumschicken.

Dann kommt die beste Geschichte überhaupt, die Sie sich einfallen haben lassen, nämlich eine Offensive für mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten, das "Demokratiepaket für Jugendliche", wo wieder im Zentrum die Senkung des Wahlalters stand.

Und dann - und das lese ich Ihnen jetzt genussvoll vor -, 2. Oktober, OTS: "Am Freitag, dem 6. Oktober, wird es als Auftakt für diese Jugendoffensive in allen Wiener Bezirken Aktionen zu den vorhin aufgezählten Themen geben. Als Abschlussveranstaltung dieses Aktionstags gibt es unter anderem eine gemeinsame Demokratielokaltour mit VBgm Grete Laska quer durch Jugendlokale und Kinozentren." - Da sind Sie also durch die Lokale gezogen. *(Abg Mag Sonja Wehsely: Na und? - Abg Mag Christine Lapp: Das tut Ihnen weh!)* Und jetzt stellen Sie sich da einmal her und sagen Sie uns, was Sie den über 10-Jährigen erzählt haben bei dieser Lokaltour. Sie haben sich also hingestellt in das Lokal und haben gesagt: "Wir wollen die Herabsenkung des Wahlalters auf 16, aber leider können wir es nicht machen, weil wir haben einen Koalitionspartner, der das nicht will." Oder haben Sie den Jugendlichen gesagt, Sie wollen das? Und jetzt glauben die das. *(Abg Mag Sonja Wehsely: Wir haben gar nichts gesagt! Wir haben gefragt, was Sie wollen! Wir haben einen Dialog geführt!)* Dialog, na super, Dialog! *(Abg Mag Sonja Wehsely: Sind Sie nicht Lehrerin?)* Ja, super, Dialog!

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPÖ und sehr geehrte fünf GemeinderätInnen, die Sie da beislourmäßig die Jugendlichen informieren und meiner Meinung nach falsch informieren! *(Abg Mag Sonja Wehsely: Wir haben nicht etwas gesagt, wir haben gefragt!)* Sie haben dieser Sache einen sehr

schlechten Dienst erwiesen. Nicht nur, indem Sie in die Schulen gehen wollten, damit auch noch gezeigt haben, dass Sie selbst von Demokratie nur ein geringes Ausmaß an Wissen und Vorstellung haben - man kann nämlich als Partei nicht Parteipolitik in einer Schule machen *(Abg Andreas Schieder: Sie sind ja auch keine Partei!)* -, haben Sie auch eindeutig konttraproduktiv gehandelt und Politikverdrossenheit hergestellt. Das ist ein schwerer Vorwurf und ich bitte Sie, sich damit auseinander zu setzen.

Nun komme ich zum Schluss und bringe meinen Beschluss- und Resolutionsantrag ein. Der Antrag lautet simpel und einfach:

"Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, dass das Wahlalter noch vor den Wiener Gemeinderatswahlen 2001 auf 16 Jahre gesenkt wird."

Wir verlangen in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung dieses Antrags. *(Abg Heinz Hufnagl: Schade, dass Sie uns nicht als Koalitionspartner zur Verfügung stehen wollen! Sie haben so gute Vorschläge und Sie verweigern sich uns!)*

Abschließend möchte ich Ihnen sagen: Die Geschichte mit dem, dass das so komplex ist, hat mir besonders gut gefallen. Wenn Ihnen die Änderung der Zahl von 18 auf 16 zu komplex ist, dann denke ich mir, dass Ihnen alle anderen Dinge, die es im Landtag und im Gemeinderat zu tun gibt, längst über den Kopf gewachsen sind. *(Beifall bei den GRÜNEN. - Abg Mag Sonja Wehsely: Danke, Frau Lehrerin!)* Bitte, Frau Wehsely.

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr Abg Prochaska zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Abg Günter Kenesei: Der Tiger!)*

Abg Johannes **Prochaska** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, Sie müssen es wissen! Das ist ja Ihr Niveau!

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Gestern um die Zeit, nein, stimmt eigentlich nicht, um diese Zeit nicht mehr, aber am Vormittag waren wir noch in gespannter Erwartung, was uns der grüne Zündfunke, die Durchflutung Wiens mit der Demokratie auf allen Ebenen bringen wird. Und nervös, wie man schon ist, wenn so etwas grünes Explosives angekündigt wird, haben wir darüber nachgedacht: Wer soll reden, wie viele sollen reden, in welcher Reihenfolge sollen sie reden, bis dann etwa um halb eins so eine eher lauwarme Presseaussendung des Herrn Chorcherr herausgekommen ist über Grundsätzliches der Dringlichen Anfrage, dann der Anfragetext, und dann diese Konstrukte, die die Frau Jerusalem jetzt abgegeben hat.

Also zuerst einmal gab es Augenreiben bei uns: Das kann es ja wohl nicht gewesen sein? Gutmütigere als ich waren der Meinung, es wäre eine Mystifikation. Andere haben gemeint, es wäre ein Täuschungsmanöver, das Sie nur uns zukommen lassen.

Rückfragen in anderen Klubs haben aber dann ergeben, dass dieses in Worten gegossene Faser-schmeichlerding da - oder Weichspüler heißt das - in der Tat Ihre große Demokratieinitiative ist.

Und seien Sie mir nicht böse, ich mache das sonst nicht gerne, aber wie ich den Herrn Chorherr heute da heraußen - er misst sich so gern mit mir - erlebt habe, hat sich die frühkindliche Erinnerung an's "tapfere Schneiderlein" schon aufgedrängt. Nur muss ich halt dazusagen: Stimmt nicht ganz. Der hat sieben quicklebendige Fliegen auf einen Streich erwischt, Sie haben uns drei halbmarode Oktoberfliegen, dürrtügig garniert, hier hereingetragen. Wenn das alles ist, was Ihnen zur Demokratie einfällt? *(Beifall bei der ÖVP.)* Und obwohl es gar nicht so leicht ist, etwas so Dünnes mit Überlegungen zu begleiten, wollen wir es denn doch tun.

Was ist also das Problem, das Frau Jerusalem jetzt auch so heftig gesehen hat, das Problem der Wahlbeteiligung und des Wahlrechts? Sind es wirklich die fehlenden Heerscharen der 16-Jährigen, die in die Wahllokale drängen werden, oder ist es nicht doch eher die Frage, wieso gehen 350 000 Wienerinnen und Wiener nicht mehr zur Wahl - mehr, als die Parteien einzeln Stimmen haben? Und wieso sinkt die Wahlbeteiligung kontinuierlich? Nur weil Sie den Wahlkampf nicht in die Schulen tragen können? Oder hat es vielleicht doch andere Hintergründe, wie Frau StR Brauner - und da bin ich mit ihr einmal einer Meinung - heute in der Früh schon gesagt hat: Es ist die Frage der Präsentation, der Umsetzung unserer Arbeit und auch des Stils, den wir pflegen. Und darüber sollten wir uns Sorgen und Gedanken machen und nicht über irgendwelche Surrogatlösungen.

Und damit gleich wieder ein Irrtum ausgeräumt wird: Wir fürchten uns vor den jungen Leuten nicht, weil wir sind stolz darauf, dass wir die allermeisten Schülervertretungswahlen mit glorioser und zum Teil absoluter Mehrheit gewonnen haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir lassen uns daher auch nicht täuschen von ein, zwei handvoll ausgesuchten, selektiv ausgesuchten Schulen, nicht sehr repräsentativen - Berufsschulen haben zum Beispiel gleich gefehlt dabei - und Ihren Wunschergebnissen, die Sie dort erzielt haben.

Es gibt in zwei sehr großen Bundesländern Umfragen von unterschiedlichen Instituten, aber wissenschaftlicher Art, die ganz andere Ergebnisse zeitigen, zum Beispiel in Niederösterreich und Oberösterreich unisono: 55 Prozent der 16- bis 18-Jährigen legen überhaupt keinen Wert auf die Absenkung des Wahlalters. Zwischen 25 und maximal 31 Prozent sind dafür. Und das, obwohl 43 Prozent der Jugendlichen durchaus schon Vertretungsaufgaben übernommen haben, in Vereinen, in der Schule, im Betrieb.

Das muss man sich einmal anschauen. Wenn Sie es aber nicht nur theoretisch haben wollen, dann lade ich Sie ein: Schauen Sie einmal, wie viele Lehrlinge dort, wo sie schon wählen gehen können, bei der

AK-Wahl, wie viele Lehrlinge von fast 15 000 in Wien wählen gegangen sind. Ganze 250. - Na, damit werden Sie die Wahllokale nicht füllen, meine Damen und Herren. Das muss man in aller Deutlichkeit einmal sehen, weil wir nämlich auch glauben, dass junge Menschen weniger auf die anonyme Abgabe der Stimme in Form der repräsentativen Demokratiedelegation setzen, sondern dass sie unkonventionellere Partizipationsmöglichkeiten suchen. Und Sie selber geben es ja in Ihrem Antrag in der Begründung sogar zu, weil Sie von "neuen Möglichkeiten des Mitwirkens" reden beziehungsweise schreiben.

Dass die Erwachsenen zu über 80 Prozent dagegen sind, weil sie einfach den Wahlkampf in den Schulen nicht haben wollen, weil sie nicht haben wollen, dass in der Zeit des Erwachsenwerdens, der Orientierungssuche, Druck zur parteipolitischen Fixierung ausgeübt wird, ist etwas anderes.

Und letztlich, und da fragen Sie einmal Eltern, da können Sie auch Eltern fragen, die in linken Organisationen sind: Der Politikkommissar im Pausenhof, in Delegationsform, in den Klassenräumen ist etwas, was niemand will. Dazu brauchen wir auch nicht den Herrn Scholz, der darauf aufmerksam machen muss, dass sich das nicht gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dass Sie ja selbst nicht daran glauben, dass die dann in Zweierreihen oder Dreierreihen vom Sprengelwahllokal bis auf die Gasse hinunter stehen werden und uns die Wahlzahlen retten werden, zeigt ja, dass von links außen ein anderes Modell des Füllens der Wahllokale erfunden wird, nämlich die Verteilung des Wahlrechts, eines der vornehmsten Rechte der Staatsbürgerschaft und der EU-Bürgerschaft, auf im Stadtgebiet Anwesende, gleichsam im Postwurf, meine Damen und Herren. Es ist legitim, das anzustreben, es ist auch legitim, darüber zu diskutieren. Aber solange Sie sich keine Sorgen darum machen, warum Zehntausende Wiener wegen bürokratischer Hürden, wegen baulicher Mängel, wegen restriktiver Vorschriften, zeitlichen und örtlichen Schwierigkeiten, ihrem Wahlrecht nicht nachkommen können, solange können wir diese Ihre Sorgen auch nicht ernst nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo haben Sie je Ihr Interesse an der Briefwahl bekannt? - Andere Landtage haben Anträge an den Bund beschlossen. Wo ist jemals eine Idee für einen zweiten Wahltag, wie in Niederösterreich, aufgetaucht? - Dazu brauchen wir gar keine Bundesverfassungsänderung. Es besteht am Samstag, in der Woche vor der Wahl, dort die Möglichkeit, die Stimme abzugeben.

Wo ist je eine Vertragsregelung vorgeschlagen worden zwischen den Bundesländern zur Stimmabgabe an zentralen Orten oder wenigstens in der Landeshauptstadt mit Wahlkarten für Wiener? - Das können Sie mir nicht erklären, und ich habe schon in der Fragestunde gefragt, wieso ein Auslandsösterreicher von Montevideo bis Sydney und von Kapstadt bis Karachi den Nationalrat mitbestimmen kann, ein

am Tag der Wahl auswärts seiender Wiener nicht einmal in Hollabrunn oder in Wiener Neustadt? - Dort muss er durch die Finger schauen, meine Damen und Herren.

Und darüber werden wir mit dem Koalitionspartner sprechen, eingehend mit dem Koalitionspartner sprechen. Und erst wenn diese Dinge positiv erledigt sind, werden wir über Zusätzliches reden, aber sicher nicht anstatt. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Mag Maria Vassilakou: Wieso nicht gleichzeitig über alle Vorhaben reden?)* Weil Sie so viel vergessen haben von Ihren Vorhaben, aber ich werde Sie noch daran erinnern, meine Damen und Herren.

Und nun möchte ich Ihnen schon in aller Deutlichkeit - und weil Sie mich angesprochen haben, sage ich es Ihnen gerne - vor Augen führen; dass wir als Oppositionspartei von 1991 bis 1996 ein Vielfaches mehr, als Ihre dünnen fünf Beispiele aufzählen konnten, was wir verlangt haben, zum Persönlichkeitswahlrecht, zur Bezirksaufwertung, zur Direktstimmabgabe, aber auch - und wir haben das nicht vergessen und wir erinnern auch den Koalitionspartner daran - zur Änderung der Ermittlung des Mandatszuteilungsverfahrens für eine gerechtere Mandatsverteilung. Aber da haben die Grün-Alternativen schon im Jahr 1994 nicht mehr mit uns gestimmt, weil es Ihnen vielleicht gar nicht recht ist, wenn die SPÖ diese Anzahl von Mandaten bekommt, wie sie Wählerstimmen hat. Weil dann brauchen sie Sie nicht mehr, dann sind Sie zu schwach, um diese Lücke aufzufüllen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das ist ein Beweis für mich, ein weiterer Beweis für mich, dass die Vorgabe des Herrn Chorherr, die SPÖ müsste sich ändern, völlig falsch ist. Sie haben sich schon schleichend und laufend geändert, damit Sie andocken können. Die SPÖ ist die gleiche geblieben. Wir kennen sie, wir verhandeln mit ihr, wir schätzen sie, weil sie ein wortgetreuer Partner ist. Verändert haben Sie sich zu Ihrem Nachteil, meine Damen und Herren, das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wo zum Beispiel - ich muss Sie jetzt fragen - sind Ihre fünf Schritte zu mehr Demokratie geblieben, die Sie noch sinnigerweise - Pazifisten, wie Sie sind - mit "zu den Waffen" unterschrieben haben? Wo sind sie denn geblieben Ihre Forderungen nach den jährlichen kommunalen Volksabstimmungen, nach der exakten Umsetzung der Stimmen in Mandate - das muss man wörtlich zitieren, weil davon hört man im Moment jetzt nichts mehr -, "zur Verhinderung von parlamentarischen Stärkeverhältnissen, die es in der Wählerschaft nicht gibt"?

Wo ist denn geblieben - ich teile die Meinung ja gar nicht, aber es ist interessant, Sie haben es verlangt - die Abschaffung des Wahlausschließungsgrundes auf Grund von gerichtlichen Verurteilungen, und so weiter, und sofort? - Alles verdrängt, alles vergessen. Auch Veränderungsnotwendigkeit? Nur,

verändert haben bloß Sie sich, meine Damen und Herren.

Und nun zum Dritten: Das ist ja etwas besonders Putziges, wenn sich der Kollege Chorherr, einer der Hauptverhinderer und -verzögerer in der Untersuchungsausschussgeschichte hier herausstellt *(Lebhaft ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* - ja ja, kommt schon noch, gemacht, datumsweise kann man es Ihnen nachweisen, datumsweise, das werden Sie nicht hinwegschmunzeln können - und klagt. Kaum wurden in den Verhandlungen, die zugegebenermaßen zäh waren, haarig waren, Fortschritte erreicht, auch im Sinne Ihrer Anregungen Fortschritte erreicht, ist schon flugs mit etwas anderem junktimiert worden. Sie hätten zum Beispiel längst die Minderheitsrechte haben können für die Einberufung einer Kontrollamtsprüfung. Nein, Sie haben es mit den Untersuchungsausschüssen gekoppelt. Gut, gibt es beides noch nicht.

So, dann kommt der Untersuchungsausschuss. Es wurde Ihnen ein Modell vorgelegt. Sie haben Minderheitsrechte eingefordert. Es wurden Minderheitsrechte in Aussicht gestellt. Dann haben Sie Ihren eigenen Quotenvorschlag von einem Drittel auf ein Viertel gekürzt. Wie wir dann auf 13 gegangen sind, haben Sie sich dazu verstiegen, dass einer allein genügen müsste. Das muss man nämlich auch wissen. Wörtlich, Chorherr, Juni 1999: "Wie viele Abgeordnete sind für jeden Antrag notwendig? Normalerweise braucht es nur einen Abgeordneten, um einen Antrag einzubringen. Ist das vielleicht auch so bei einem Untersuchungsausschuss? - Nein, hier wird ein Sonderrecht geschaffen. Hier müssen es 13 sein." Ich warte ja nur darauf, bis Sie sagen, es ist überhaupt kein Antrag mehr notwendig, ex officio muss sofort jede Sitzung für einen Untersuchungsausschuss genutzt werden können. - Sie sind ja nicht mehr ernst zu nehmen, Herr Chorherr, seien Sie mir nicht böse. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg Günter Kenesei: Wovor fürchten Sie sich, Herr Prochaska?)*

So, und damit wir ja nicht weiterkommen, haben Sie uns vor rund einem dreiviertel Jahr erzählt, bezüglich der Amtsverschwiegenheit bringen Sie uns ein Gutachten. Und das haben Sie uns erzählt, das haben Sie uns im April erzählt, das haben Sie uns im Mai erzählt, das haben Sie uns im Juni erzählt. Und erst nachdem Ulm und Tschirf die Pressekonferenz gemacht haben, sind Sie einen Tag danach per Fax den Herrn Mayer um das Gutachten, auf das wir ein dreiviertel Jahr gewartet haben, angegangen. Und dann hat er Ihnen völlig zu Recht gesagt, dass er das in 20 Minuten kann und hat heiße zweieinhalb Seiten nachgeliefert. Also ein besonderes Gustostück, wie Sie ein dreiviertel Jahr ein Fortkommen der Untersuchungsausschüsse behindert haben und verzögert haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie heute hier Anträge lieblicher Art stellen, dann kann ich nur sagen, das ist alles nach der Methode "Haltet den Dieb". Aber darauf werden

wir nicht hineinfallen, das kann ich Ihnen jetzt in aller Deutlichkeit sagen.

Ja, und in dieser Diskussion, die Sie jetzt nachlesen können - es war der 23. Juni 1999 -, habe ich Ihnen gesagt, dass wir nicht nachlassen werden, den Grün-Alternativen nachzuweisen, dass Sie in der Frage der Geschäftsordnung und der Untersuchungsausschüsse unredlich, unehrlich und undemokratisch sind. Und es bleibt dabei. Und ich habe Ihnen damals auch gesagt, Sie haben in Wirklichkeit vom Grundsätzlichen her - Einzeldinge möchte ich gar nicht leugnen - vom Grundsätzlichen her nichts erreicht. Das hat mir sogar mein haariges Gegenpendant Hatzl, das sei ihm zugestanden (*Abg Johann Hatzl greift sich in die Haare.*) - ja, genau, in beiderlei Hinsicht -, eingeräumt, als er damals, am 19.2.1999, auf Ihre Vorwürfe, Herr Chorherr, gesagt hat. "Zweitens haben wir zur Kenntnis genommen - ich stehe nicht an, das in diesem Zusammenhang nochmals zu wiederholen -, dass unser Koalitionspartner in der Frage der Untersuchungsausschüsse eine Meinung vertreten hat, die wir in der Zwischenzeit akzeptiert und auch als Aufgabenstellung übernommen haben." Sie kommen dabei nicht vor, lieber Herr Chorherr!

Und wenn das der große Demokratiehämmer war, der heute auf uns heruntergekommen ist, auf die Regierungsparteien heruntergekommen ist, dann darf ich Ihnen sagen: Das war bestenfalls ein Weichspülerflascherl rosaroter Färbung, das Sie hier durch den Saal haben geistern lassen.

Und ich muss jetzt Frau Jerusalem auch etwas fragen. Ich muss appellieren an Sie, Frau Jerusalem, weil ich Ihren Mut geschätzt habe, sich in einer offenen Auseinandersetzung zu stellen. Hat die Basis von diesem Ausdruck des Schmeichelns, des Anbiedereins durch so windelweiche Anträge gewusst, als es so weit war, oder hat sie damals noch nichts davon gewusst? Denn wenn sie es gewusst hätte - diese 22 Stimmen, die Sie gebraucht hätten, die wären wohl leicht damit hereinzuholen gewesen - und die Leute hätten gewusst, woran sie mit dem Herrn Chorherr sind.

Also ich würde meinen, Sie sollten es noch einmal probieren, liebe Frau Jerusalem. Vielleicht gibt es dann wieder einen ehrlicheren Partner unter den GRÜNEN, wo man weiß, woran man ist.

Und ich würde überhaupt die grüne Fraktion, zumindest die drei, die überleben dürfen auf der neuen Liste, ersuchen, einen klaren Blick zu bewahren, wo sie ihr Klubobmann hinführt, dass er sie nämlich mit Pseudo-Aktivitäten (*Abg Günter Kenesei: Vier! - Abg Mag Maria Vassilakou: Vier!*) - den Achter haben Sie noch nicht - und -Argumenten in die Arme der ideologischen Erbtante führt, damit sie kollektiv adoptiert werden. So, Herr Chorherr, werden Sie mitnichten ein Veitschi am roten Tanker, Sie werden bestenfalls ein Feigenblatt auf einem Rostfleck. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich möchte mit-

teilen, dass Herr Abg Kreißl ab jetzt entschuldigt ist (*Abg Johann Hatzl: Ist das bei Kreißl nur heute oder für die Zukunft? - Abg Dr Helmut GÜNTHER: Nur heute! Für die Zukunft, das würde Ihnen passen!*), und als Zweites, dass sich Herr Abg Chorherr zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet hat.

Ich weise darauf hin, dass die Redezeit höchstens 5 Minuten ist und bitte, sich auf die Berichtigung zu konzentrieren.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Meine Damen und Herren!

Ich möchte zu dieser so genannten Wortmeldung nur eine einzige tatsächliche Berichtigung anbringen.

Herr Klubobmann Prochaska hat gemeint, wir hätten uns von unserer Forderung nach einem proportionalen Wahlrecht verabschiedet.

Tatsache ist, dass wir am 30. Juni den Antrag eingebracht haben, der vor kurzem zur Abstimmung gestanden wäre im Ausschuss. Und warum ist er nicht durchgekommen, der am 30. Juni 2000 eingebrachte Antrag auf proportionale Verteilung? - Weil die ÖVP nicht zugestimmt hat. (*Abg Johannes Prochaska: Weil wir vertragstreu sind!*) Ja, weil Sie vertragstreu sind. Mir bricht das Herz, Herr Vertragstreuer! (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.* - *Abg Johannes Prochaska: Das kennen Sie nicht!*)

Tatsache ist, wir haben den Antrag eingebracht. Tatsache ist, wir werden ihn auch noch einmal einbringen, und wir werden sehen, nach fünf- oder sechsmaliger Ablehnung der Untersuchungsausschüsse durch diese ÖVP unter Ihrer erbärmlichen Führung (*Bewegung bei der ÖVP.* - *Abg Johannes Prochaska: Hallo! Hallo!*), ob es möglich ist, weil Sie immer wieder Dinge ankündigen und dann, wenn es darauf ankommt, anders entscheiden, fünfmal abgelehnt, heute zum sechstenmal, dass das, was die ÖVP vor zwei Jahren plakatiert hat - vor zwei Jahren wurde plakatiert "Untersuchungsausschüsse durchgesetzt"; heute haben wir noch nichts davon -, erreicht wird, indem Sie heute entsprechend abstimmen. - Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN.* - *Abg Dr Matthias Tschirg: Was war das für eine Berichtigung?*)

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Als nächster Redner hat sich Herr StR Herzog zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

StR Johann **Herzog**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wie immer die Debatte gelaufen ist, zum Ergebnis ist jetzt festzustellen, dass sich auch mit Vorlage einer Koalition in Bezug auf Untersuchungsausschüsse überhaupt nichts bewegt hat.

Die Frage, die mir hier nur offen geblieben ist, ist eine Frage an den Herrn Prochaska, wenn er spricht vom Feigenblatt auf rostigem Grund, wer wohl der rostige Grund sein wird. Das hat er nicht beantwortet. Vielleicht kann er das noch. (*Abg Johannes Prochaska: Auf dem roten Tanker!*) Also Tanker. Gut.

Die Koalition denkt aber leider nicht daran, in irgendeiner Form Untersuchungsausschüsse zuzulassen als echtes Minderheitsrecht. Das geschieht einfach nicht, und Sie haben auch nicht die geringste Absicht, in irgendeiner Form so etwas einzuführen. Und trotz der geplanten Antragsstellung von 13 Abgeordneten, wie sie vorgesehen ist, heißt das natürlich trotzdem: Entscheiden wird weiterhin die Mehrheit.

Und im Grunde genommen ist das Vorspiegeln einer angeblichen Minderheitsbeteiligung und eines Minderheitsrechtes schlicht und einfach ein klarer und massiver Etikettenschwindel. Denn wenn man die ganze Sache blockiert und verunmöglicht, indem man letztlich vor dem Untersuchungsausschuss noch einmal das nicht weisungsfreie Kontrollamt oder das de facto nicht weisungsfreie Kontrollamt vorschaltet, dann heißt das, bitte sehr, dass man natürlich mit Minderheitsrechten nichts am Hut hat und dass die Mehrheit selbst entscheidet, worüber entschieden wird und worüber nicht.

Das ist aber auch ganz klar. Vor der Wahl besteht seitens der SPÖ und des Herrn Klubobmanns Hatzl sicher wenig Interesse, gewisse Dinge - Baukartell und Ähnliches - aufzudecken und hier vielleicht noch einen Untersuchungsausschuss einzuführen. Wie halt ganz generell der Wunsch der Koalition, Kontrolle als solche ernst zu nehmen, nicht gegeben ist. Und so bleibt es eben dabei, dass hier die Bürgermeisterpartei bestimmen wird, worüber ein Kontrollausschuss eingesetzt werden wird oder nicht, wenn in dieser Form, wie vorgesehen, ein entsprechendes Gesetz beschlossen werden wird.

Unserer Meinung nach kann es ganz einfach nicht angehen, dass gegenüber dem gewählten Gemeinderat ein nicht weisungsfreies Kontrollamt vorgeschaltet wird und damit entscheidet, von der Beamtenseite her, welche politischen und Kontrollmaßnahmen zu setzen sind und wie sie zu bewerten sind.

Das sind Vorgänge, die fast unglaublich sind. Das sind also Schilda'sche Ausmaße, die hier gegeben sind, und sie sind kräftigst und deutlichst abzulehnen. *(Abg Johannes Prochaska: Die Oberentscheidung treffen Sie!)* In Wien? - Ist mir neu. Das ist mir neu. In Wien sicher nicht.

Ich darf feststellen, dass sich die Verhältnisse in Wien demokratiepolitisch nicht zum Besseren entwickelt haben, denn die gesamten Parteienverhandlungen im Hinblick auf die Geschäftsordnung wurden so abgewickelt, dass die FPÖ daran nicht beteiligt gewesen ist. Die gesamte Geschäftsordnung ist ohne uns abgewickelt worden. Man versorgt uns jetzt mit dem Endergebnis und dazu sollen wir Stellung beziehen. Das ist eine Missachtung von 206 000 Wählern und ist auch eine echte Herabwürdigung des Parlamentarismus. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In der früheren Zeit, noch unter der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten, war es überhaupt keine Frage, dass alle Parteien in Verhandlungen

eingebunden wurden. *(Abg Mag Franz KARL: Das stimmt ja gar nicht, was Sie sagen! Sie waren nicht dabei!)* Nun, mit der kleinen Koalition, ist es anders geworden. *(Abg Mag Franz KARL: Das stimmt ja überhaupt nicht!)* Ist es Ihr Einfluss, Herr Kollege? Ich weiß es nicht. Vielleicht ist es so, dass ganz offensichtlich der Ausschluss hier vollzogen wurde. In die ernsthaften Verhandlungen ist in keiner Weise eine Einbindung erfolgt. Das wurde hingeworfen: Na, Vogel, friss oder stirb.

Und natürlich ist es genauso gegangen in Bezug auf das koalitionäre Modell der Untersuchungsausschüsse, das in erster Linie ein Modell ist der Nichtbeteiligung, ein Modell der Nichtkontrolle und sonst überhaupt nichts. Es wird vorgegaukelt, dass es Untersuchungsausschüsse für das Minderheitsrecht gibt, aber de facto und wirklich gibt es sie nicht. Man hat uns mit Informationsbrosamen abgespeist und sonst gar nichts.

Ehrlich war wenigstens Herr Klubobmann Hatzl. Der hat festgestellt bei der Präsentation dieses Nicht-Untersuchungsausschusses, er hält im Zusammenhang mit parlamentarischen Kontrollen von einer Diktatur der Minderheit sowieso nichts. Das ist wenigstens eine klare Aussage, die natürlich auch persönlich und im eigenen Interesse abgegeben wird. Denn selbstverständlich ist es ja so, dass - sollte es wirkliche und echte Untersuchungsausschüsse geben - gerade Hatzl einen notwendigen Untersuchungsausschuss in Sachen Baukartell über sich ergehen lassen müsste, und dass da kein Interesse besteht, ist wohl sicherlich ebenso gegeben.

Daher sind die Untersuchungsausschüsse, wie sie von der Koalition geplant werden, doppelbödig. Auf der einen Seite wird blockiert, dass eine echte Kontrolle stattfinden kann, und bis zu einem gewissen Maß - das darf ich schon sagen - ist das Ganze eine Lex Hatzl, die verhindern wird, dass er sozusagen in einen Untersuchungsausschuss hineingezogen wird, eine Schutz- und Verhinderungskalition von Rot und Schwarz zugunsten des Herrn Klubobmanns Hatzl. Und das ist, glaube ich, bis zum März und zur Neuwahl, oder wann immer die ist, vielleicht auch im Mai, das wesentlichste Ergebnis einer solchen Vorgangsweise. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Wahlrecht muss man feststellen, dass es zwar in der Koalitionsvereinbarung steht, dass aber ganz offensichtlich dazu keine Verhandlungsrunden stattgefunden haben, dass das Ganze also sowieso in die nächste Periode übertragen werden wird.

Zum Ausländerwahlrecht hat die FPÖ, glaube ich, eine klare Stellungnahme und eine klare Meinung abgegeben. Wir haben klar festgestellt, dass wir dafür nicht zu haben sind. Wir sehen keinen tatsächlich gerechtfertigten Grund, warum die Staatsbürgerschaft nicht mehr der Grund und der Rechtsgrund für die Ausübung des Wahlrechts sein soll. Da gibt es überhaupt keinen Grund, das nicht so zu machen, denn es kann nicht in unserer Absicht liegen, dafür

Sorge zu tragen, dass jemand, der nicht an der Gemeinschaft der Österreicher als Staatsbürger teilnehmen will, der kein Interesse daran hat, mitbestimmt, aber die Folgen vielleicht gar nicht tragen will. Aus dem Gedanken heraus ist die Staatsbürgerschaft eine ganz wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des wichtigen Wahlrechts, also des wichtigsten Bürgerrechts. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser klare Standpunkt wird von uns weiter vertreten werden, und wir werden mit Sicherheit der Bevölkerung klar machen, wie die einzelnen Parteien und wie die Sozialdemokraten hier agieren und dass dieses Agieren natürlich nicht zuletzt darin besteht, offensichtlich die Wählerschaft auszutauschen, um zumindest auf Bezirksebene sich die Bezirksvorsteher zu sichern. Das, glaube ich, wird man auch hier so sagen dürfen.

Was die Wahlaltersenkung auf 16 betrifft, sind wir grundsätzlich gesprächsbereit. Nur, glaube ich, sollte man hier eines klar sagen: Eine solche Diskussion, eine solche Entscheidung kann nicht getroffen werden, ohne dass man die Betroffenen ernsthaft befragt. Entscheidend ist, dass man Grundlagen findet, die für diese Entscheidung gefunden werden können, und zwar nicht hier in diesem Saal, sondern von den Generationen, die wählen gehen sollen. Alles andere ist, glaube ich, uninteressant. Dazu dienen auch nicht irgendwelche Meinungsumfragen, die ein punktuelleres Zurzeit-Ergebnis bringen, ein Minuten-Ergebnis. Was wir brauchen, wäre eine ernsthafte Studie - Zeit genug wird sein -, in der die politischen Wünsche der Jugendlichen festgestellt werden und wo man sich dann ernsthaft überlegen kann, welchen Weg man in dieser Richtung geht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Denn mit einem Schnellschuss hier einen Beschluss zu fassen, das bringt sicherlich nichts. Der einzige und wichtigste Entscheidungsmaßstab muss die Meinung der Jugendlichen selbst sein, und die ist nicht erhoben, obwohl festzustellen ist, dass das Interesse, glaube ich, am Wahlrecht kein übermäßig ausgeprägtes ist.

Ich bin der Meinung - wir haben es eh schon gehört -: Es waren 350 000 Nichtwähler. Wenn nur 20 oder 25 Prozent der Jugendlichen zur Wahl gehen, interessieren tun sich überhaupt nur 30 Prozent, von denen aber sicher auch nicht alle zur Wahl gehen, dann ist das ja sowieso ein demokratiepolitisches Debakel, auf das man sich eigentlich gar nicht einlassen sollte.

Daher, schauen wir uns einmal an: Was will die junge Generation? - Wenn ein entsprechender Anteil der Jugendlichen interessiert ist an diesem Recht, dann wird man es ihnen geben. Wenn das nicht der Fall ist, ist es eine Fleißaufgabe und ist es eine ganz einfache Zwangsbeglückung durch eine abgehobene Politikerkaste und sonst gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Maria **Hampel-Fuchs**: Ich stelle fest, dass Herr Abg Pöschl, der bisher entschuldigt war,

anwesend ist, und ich erteile Herrn Abg Hatzl das Wort zu seinem Beitrag.

Abg Johann **Hatzl** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtags und Gemeinderats)*: Frau Präsidentin! Hohes Haus!

Wir haben eine durchaus interessante demokratiepolitische Debatte oder Debatte über Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen, für die ich sehr dankbar bin, und ich möchte einmal eingangs festhalten, dass gerade die österreichischen Sozialisten, die österreichische Sozialdemokratie in ihrer gesamten Geschichte immer Vorkämpfer, Hüter und Schützer der Demokratie dieses Landes waren und die demokratische Geschichte dieser Republik auch entscheidend geprägt haben. Geprägt durch Engagement, durch Kraft, durch Opferbereitschaft, leider auch durch Blut, aber auch geprägt vom Reformwollen und von der Reformumsetzung. Und dass heute in diesem Staat und in dieser Stadt demokratische Möglichkeiten in einem hohen Maß bestehen, ist durchaus dieser Sozialdemokratie zu verdanken und natürlich vielen anderen auch, das ist kein Alleinvertretungsanspruch, aber es war hauptgeprägt und entscheidend mitverantwortet von der Sozialdemokratie. Das hat begonnen von der Umsetzung des allgemeinen Wahlrechts über das Wahlrecht auch für Frauen, über viele Etappen des demokratischen Wegs der Vergangenheit, die Sie aus den Geschichtsbüchern sehr genau kennen müssen.

Und diese Sozialdemokratie und auch die heutige und die kommende Generation von Sozialisten werden auch weiterhin Hüter der demokratischen Verfassung sein und bleiben. Sie werden sich auch weiterhin als Bauherr der Demokratie in der Stadt und in der Republik verstehen, und sie werden auch künftig viele Initiativen setzen, die mithelfen sollen, diese Demokratie nicht nur zu verteidigen, sondern auch zu festigen.

Das, was heute angesprochen und diskutiert wurde, ist wichtig, aber es ist keine Diskussion, wo man erst Demokratie setzen muss. Es sind keine Vorschläge zur Beseitigung undemokratischer Verfassungen oder Geschäftsordnungen oder Rechtsnormen, sondern es sind Vorschläge, wie wir uns im Bereich der politischen Handhabungen im Rahmen dieser demokratischen Formen, die wir uns gegeben haben, politisch weiterentwickeln. Das möchte ich klar und deutlich herausstreichen. Es geht - wie so oft im politischen Leben - im Rahmen der Demokratie, die wir uns geschaffen haben und die in Ordnung ist und die in diese Republik und in die gesellschaftspolitischen Bereiche unserer Stadt bestens und hervorragend passt, um Veränderungen von politischen Startplätzen und politischen Möglichkeiten, die natürlich auch von dem Gesichtspunkt - und das soll doch niemand wegschieben - getragen sind, wie kann ich unter Umständen in bestimmten Bereichen bessere politische Voraussetzungen für meine Bewegung, für meine Partei und für meine Möglichkeiten bekommen.

Und genau von diesen Grundüberlegungen möchte ich es einmal betrachten, wobei einzelne Fragen durchaus auch zu verstehen sind als eine Weiterentwicklung unserer Demokratie im Rahmen des Bestehenden.

Und um es gleich klarzustellen, um den ersten Punkt herauszugreifen: die Herabsetzung des Wahlalters. Wir haben hier eine klare Haltung, eine klare Meinung. Der Herr Landeshauptmann und Bürgermeister hat es auch in der Beantwortung angesprochen und klar und unmissverständlich gesagt und dargestellt. Wir sind für eine rasche Herabsetzung des Wahlalters.

Ich stehe nicht an zu sagen - und das ist auch eine Frage, die wir zwar länger diskutiert haben, aber umso konkreter ganz besonders in den letzten zwei Jahren für uns beschlussmäßig erarbeitet und entwickelt haben -, es kommt auch darauf an, im Rahmen einer Partnerschaft, die wir eingegangen sind, Wort zu halten und für Vereinbarungen einzutreten, oder lassen Sie mich sagen, durch verstärkte Gespräche überzeugender zu wirken, um den Koalitionspartner zu überzeugen, hier mitzugehen. Wenn sich das in dieser Funktionsperiode nicht ausgeht, dann wird unsere Entscheidung sein müssen, darüber nachzudenken, wenn eine weitere Koalition abgeschlossen wird, ob das dann ein fixer Bestandteil einer Vereinbarung ist, ob das eine Frage einer freien Entscheidung hier im Parlament des Wiener Hauses ist oder ob wir uns auf Grund der Gegebenheiten weiter mit Überzeugungsarbeit anstrengen müssen.

Aber jetzt gibt es eine Vereinbarung und zu dieser Vereinbarung stehen wir. Wir werden daher in diesen Fragen, was das Wahlrecht betrifft, sicher nicht wortbrüchig werden und die ÖVP auch nicht überstimmen.

Ich sage gleich zum Wahlrecht, dass es natürlich auch eine Reihe von Möglichkeiten und Themen gibt, die man hier ansprechen kann, und wir scheuen die Diskussion nicht, auch wenn es vielleicht weniger erfreulich ist, über einige Punkte zu reden, weil es bei solchen Dingen eine Notwendigkeit ist, das Gespräch zu führen. Aber natürlich gibt es auch den Gedanken zu überlegen, ob man nicht auch zu der Form kommen kann, ein gerechteres Wahlrecht auch durch Veränderung der Wahlkreise zu ermöglichen, um die so genannten Kosten eines Mandats in den Wahlkreisen gleicher zu machen und die großen Unterschiede zwischen 9 und 25 Prozent, wie sie jetzt bestehen, zu reduzieren. Das ist nämlich auch auf demokratischem Weg eine demokratisch legitime Möglichkeit, hier gerechter zu werden.

Wir könnten auch darüber diskutieren, ob wir nicht überhaupt als Haus einen Schritt in die Zukunft gehen könnten, indem wir die Republik Österreich auffordern, dass man mit mehr - wenn man so oft davon redet - Demokratie- und Bürgernähe den Bundesländern vielleicht - wenn man es schon für die Republik nicht haben möchte - ein Wahlrecht ein-

räumt, das unter Umständen die Hälfte der Mandatare direkt wählen lässt und die andere Hälfte nach dem Verhältnis- oder Proporzsystem, wie immer das entschieden wird.

Ich sage ganz offen, so wie die Sozialdemokratische Partei in der letzten Funktionsperiode ihre absolute Mehrheit nicht eingesetzt hat, die sie einsetzen hätte können, um beim Wahlrecht Veränderungen vorzunehmen, werden wir jetzt nicht wortbrüchig werden, auch wenn es verlockend ist, unter der Voraussetzung des Gesichts- und Ehrlichkeitsverlustes bei einzelnen Punkten wo mitzustimmen, und das muss man mitsehen.

Zweiter Bereich: Ähnlich ist es bei dem Anrecht und bei den Fragen des Wahlrechts für Nichtösterreicher. Ich gebe schon durchaus zu, dass es einen gewissen Stellenwert hat, dass eine Frage der Staatsbürgerschaft auch in einem besonderen Maße als ein hohes Gut die Frage des Wahlrechts besitzt. Aber andererseits haben wir Veränderungen vorgenommen, auch durch die europäischen Bestimmungen, und haben hier eine breitere Basis erreicht, und wir bekennen uns dazu, dass man diese breitere Basis noch breiter und umfassender machen kann, aber hier natürlich auch eine ganze Menge noch auszudiskutieren wäre: Wie lange soll jemand hier seinen Wohnsitz auch tatsächlich haben, das als Mittelpunkt seines Lebens haben, und, und, und.

Das sind nicht nur Detailfragen, sondern wesentliche und wichtige Fragen. Und auch hier gilt es einmal, und ich stehe nicht an, hier dem Kollegen Prochaska dies zu bestätigen, dass wir auch das einmal im Schoße der Koalition entsprechend miteinander zu diskutieren und zu lösen haben, um einen Weg zu finden, der vielleicht diesen Vorstellungen entspricht, und was noch wichtiger ist - ich sage das jetzt persönlich und nicht für meine Partei, weil es meine persönliche Meinung ist -, dass wir auch hier die Aufgabe haben, weite Teile der Wiener Bevölkerung mit dem auch so vertraut zu machen, dass sie das nicht als eine Herausforderung findet und - jetzt sage ich das ganz persönlich - eine solche Entscheidung - Sie kennen das schon, Frau Vassilakou, was ich jetzt sagen werde - nicht dazu führt, dass die FPÖ, die hier beim nächsten Mal sicher bedeutend schwächer sitzen wird, möglicherweise dann wieder so stark in diesem Gemeinderat vertreten sein wird, wie sie es jetzt ist, weil sie hier gegen Nichtösterreicher demagogisch argumentierend hetzend auftritt. Das ist auch eine Frage, die man nicht übersehen soll und die man auch hier ansprechen muss.

Nun zur Geschäftsordnung und zur Verfassung (*Abg Heinz Hufnagl: Da gibt es aber keinen Widerspruch! Keinen Widerspruch!*), das den dritten Bereich betrifft. Ja, es stimmt schon, es gibt lange Verhandlungen über die Geschäftsordnung und über Verfassungsfragen. Eigentlich haben wir im Jänner dieses Jahres, also vor zehn Monaten, im Wesentlichen ein Endergebnis vorgelegt, das eine ganze Reihe

von Veränderungen auch im Sinne, wie ich meine, der Minderheiten oder der Oppositionsparteien vorsieht: Längere Frist für Anträge des Stadtsenats, Rotation beim Kontrollausschussvorsitzenden, Regierungsparteien stellen verpflichtend keinen Vorsitzenden im Kontrollausschuss, Minderheitenrecht bei der Prüfung von Kontrollamtsanträgen, Minderheitenrecht bei der Prüfung für Rechnungshofanträge, Unvereinbarkeitsausschuss, Immunitätsausschuss, andere grundsätzlich mit 15 und nicht mit weniger, damit mehr Parteien vertreten sein können, flexibler bei den Unterausschüssen, was die Nominierung betrifft, Regelungen für die verpflichtenden Sitzungsbeginne von Gemeinderat und Landtag, Fristen für die Einbringung von Sondersitzungen, wann sie stattzufinden haben, Rederechte von verschiedenen Anwälten und Vertretern von Körperschaften, bessere Fristen bei Beantwortungen und Anträgen und damit auch natürlich dann die Frage des Untersuchungsausschusses und der Untersuchungskommissionen mit Mehrheit.

Es mag auch der Opposition nicht zur Gänze gepasst haben - das mag schon sein -, was damals in diesem Entwurf und in diesem Vorschlag alles drinnen war. Aber auch ein offenes Wort: Nichts zu haben oder mit Mehrheitsbeschluss Untersuchungsausschüsse zu bekommen oder möglicherweise - ich nenne es jetzt einmal so relativ einfach - Regierungsparteien dann zu sekkieren, ob sie sich trauen, dagegen zu stimmen und damit politisch Gewinn zu haben, das ist ja auch eine Sache, die für Regierungsparteien nicht so einfach ist.

Also, das war alles drinnen und dass wir fertig werden, ist in Wirklichkeit dann im Jänner mit der Forderung blockiert worden: Es muss bei den Untersuchungsausschüssen aber auch zwingend das Minderheitenrecht geben. Da hat jemand im Kreis dieser zehn, die beisammen gesessen sind, dann die Idee gehabt und gesagt: Wie kann es sich denn die SPÖ leisten, in Wien plötzlich gegen das Minderheitenrecht bei den Untersuchungsausschüssen zu sein, wo sie es im Parlament beantragt und auch die Regierungsparteien im Parlament dafür sind? - Warten wir doch diese kurze Frist ab, bis das im Parlament erledigt ist, und dann werden Sie, Herr Hatzl, und die SPÖ das hier im Haus doch zwingend nachvollziehen müssen.

Wir haben gesagt: Das ist so eine gescheite Idee, die greifen wir sofort auf, an der orientieren wir uns. Und jetzt sind wir da und haben im Parlament für den Untersuchungsausschuss noch immer kein Minderheitenrecht!

Damit Sie nicht glauben, dass es der Herr Prochaska war, der das vorgeschlagen hat, lüfte ich das Namensgeheimnis: Es war der Herr Kabas, der diesen Vorschlag gemacht hat (*Heiterkeit bei der SPÖ.*), dass man hier doch zuwarten soll, weil das jetzt im Parlament so rasch - weil es ja drei, vier Parteien wollen - umgesetzt wird. Ich habe damals mit der

innerlichen Überzeugung, dass die FPÖ im Parlament nicht so schnell sein wird, aber vielleicht doch, weil der Druck vom Herrn Kabas in der Bundes-FPÖ so groß sein wird, dass das innerhalb kürzester Frist plötzlich realisierbar ist, zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Wer hat es jetzt blockiert? - Eigentlich die FPÖ im Parlament, denn wir haben das in der politischen Betrachtung ein bisschen zusammengehängt.

So einfach ist es jetzt für die FPÖ nicht zu sagen, was im Parlament ist, interessiert mich nicht. Das gehört zusammen. Das muss man hier sehen. Wenn ich einer Partei abspreche, in diesem Bereich überhaupt etwas zu verlangen, dann sind es die Blauen, die im Parlament das nicht nur blockieren, sondern in unverschämtester Art und Weise bei Untersuchungsausschüssen sogar als Regierungspartei den Vorsitz in Anspruch nehmen und nicht bereit sind, ihn einer Oppositionspartei zu übertragen. Das sollte in diesem Zusammenhang auch klaggestellt sein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Daher wird man Sie ja, wie es die Wähler in der Steiermark bereits getan haben, ...

Präsident Johann **Römer** (*unterbrechend*): Entschuldigen Sie, Herr Klubobmann, Sie konnten es jetzt während des Applaus nicht hören, die Uhrzeit ist abgelaufen. (*StR Walter Prinz: Gott sei Dank!*)

Abg Johann **Hatzl** (*fortsetzend*): Wie Sie in diesem Zusammenhang das bereits haben. (*Abg Heinz Hufnagl: Das ist unangenehm!*)

Daher, meine Damen und Herren, abschließend noch eine Bemerkung, ebenfalls persönlich, weil Herr StR Herzog mich persönlich angesprochen hat, dass ich das deshalb nicht haben will, um für mich selbst einen Schutz bei Untersuchungsausschüssen zu haben. Es ist selten, dass man so etwas Dummes hört, aber ich bin es schön langsam gewohnt.

Glauben Sie mir, Herr Herzog, wenn Sie und Ihre Parteifreunde nur ein Viertel soviel an Ehrlichkeit, an Korrektheit - und ich bin so vermessen und eitel genug, das zu sagen - und an Anständigkeit besitzen wie ich, wären Sie heute hochweiß und nicht so voller Sorgen! (*Beifall bei der SPÖ. - StR Karin Landauer: Also, da kann man wirklich nur mehr einen Ordnungsruf geben!*)

Präsident Johann **Römer**: Herr Abg Hatzl, Sie haben in Ihrem letzten Satz einem hier im Saal "dumm" unterstellt und ich glaube, das ist nicht der Würde des Hauses angepasst. Ich gebe Ihnen für dieses Wort einen Ordnungsruf. (*Aufregung bei der SPÖ.*)

Der nächste Redner, der sich zum Wort gemeldet hat, ist Herr Abg Dr Stix. Ich erteile es ihm. (*Abg Ilse Forster: Das nächste Mal aber auch einen Ordnungsruf, wenn der Herr Kabas seine Schimpftiraden abhält! - Abg Johann Hatzl: Ich habe es zur Kenntnis genommen! - Weitere Aufregung bei der SPÖ.*)

Abg Dr Rüdiger **Stix**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Drei Hauptpunkte: Wahlrecht für Nichtwiener, Kinderwahlrecht und Untersuchungsausschüsse.

Versuchen wir kurz, die wichtigsten Punkte aufzudröseln.

Es wurde die Überlegung von unseren grün-alternativen Kollegen kombiniert, dass man sagt: Na gut, EU-Bürgerinnen und EU-Bürger, die dürfen, warum dürfen nicht alle? - Das scheint mir doch abseits der Ausländerdebatte, die wir politisch führen. Ich möchte mich davor auch nicht drücken, ich komme noch darauf. Aber da erscheint mir doch ein ganz massives verfassungsrechtliches Missverständnis vorzuliegen. Die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger dürfen, nicht weil sie so lieb sind, sie dürfen aus zwei Gründen:

Erstens. Wegen dem, was man juristisch geschraubt "Reziprozität" nennt. Das heißt, sie dürfen deshalb bei uns wählen, weil wir bei ihnen auch wählen dürfen. Das ist aber nur das mindere Argument. Es gibt noch ein viel wichtigeres Argument. Ich bin durchaus einverstanden, wenn man sagt, okay und wir dürfen dann in Istanbul, in Tschetschenien, in Shanghai oder wo wählen. Ich glaube nicht, dass wir dort große Mehrheiten zusammenbekommen. Ich glaube, Shanghai hat 30 Millionen. Aber die brauchen vielleicht durchaus eine grün-alternativ organisierte Bewegung. Das Argument der Reziprozität ist wirklich nur das Mindere.

Das zweite Argument ist: Die EU, die Europäische Union, ist ein Rechtsverband, der tatsächlich jetzt den Charakter eines gemeinsamen Rechtsraums hat, wo es eben eine gemeinsame Gesetzgebung gibt, die bis auf die kommunale Ebene hinunter wirkt und natürlich bis zum einzelnen Bürger und bis zur einzelnen Bürgerin wirkt. Selbstverständlich ist in der EU der Gesetzgeber, etwas vereinfacht, der Rat, selbstverständlich sind wir dort Gesetzgeber über der Regierung, die bei uns an den ständigen Unterausschuss des ständigen Hauptausschusses des Nationalrats gebunden ist, also durchaus parlamentarisch kontrolliert. Aber das ist nationale Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten, wie sie das machen, und selbstverständlich ist eine Ratsverordnung ein Gesetz so wie bei uns. Nicht nur materiell, auch formell. Das heißt, wir sind in einem Rechtsverband genauso wie die Hietzinger - weil der Herr Bezirksvorsteher gerade da ist - in einem Rechtsverband mit den Simmeringern sind.

Meine Damen und Herren! Wenn es einmal eine Weltregierung geben sollte, wo ich nicht sicher bin, dass das im österreichischen Interesse ist, denn die Mehrheiten werden wir da so nicht so wirklich zusammenbekommen, dann spricht nichts dagegen, dass jeder überall wählt. Dann gilt gleiches Recht für alle. Wahrscheinlich haben wir dann chinesische Mehrheiten statt grün-alternativer, aber das ist dann eine demokratische Entscheidung. In Ordnung. Aber derzeit ist es so, dass die EU-Bürgerschaft das Wahlrecht an die Reziprozität koppelt, aber vor allem daran, dass derselbe Rechtsraum dieselbe Souveränität dem einzelnen EU-Bürger und der einzelnen EU-

Bürgerin gibt, und das unterscheidet sich gerade dahin gehend, wie es sich auch in Österreich unterscheidet. Kollege Hatzl hat korrekterweise schon darauf aufmerksam gemacht, dass es eine Ungleichgewichtigkeit in der Vergabe von Mandaten - auch bundesweit gesehen - aus historischen Gründen gibt. Das gibt es natürlich auch in der EU, wobei wir in Österreich ja nicht schlecht liegen, wenn man sich die Gewichtung im Ministerrat anschaut. Das ist das Juristische, das Verfassungsrechtliche, das Grund- und Freiheitsrechtliche.

Ich scheue mich aber auch nicht vor dem heißen Eisen der Ausländerdebatte. Man kann nicht auf der einen Seite gegen Kolonialismus sein, denn da müsste man ja wirklich sagen, wenn man das Argument konsequent zu Ende führt und sagt, na gut, die Navajos haben keine Chancen in ihrem Reservat, es gibt eine Wahl, die Siedler sind jetzt da, es gibt eine klare demokratische Mehrheit gegen die Navajos, obwohl die Navajos, ich glaube, einer Einwanderung angehören, die vor 6 000 Jahren in die USA - damals noch nicht die USA - eingezogen ist. Also, man kann nicht westlichen Kolonialismus ankreiden und gleichzeitig denselben Mechanismus aus politischen Gründen, weil es einem selber politisch opportun ist, hochjubeln. Das ist das eine.

Das andere ist, und ich scheue mich auch gar nicht davor, den Herrn Präsidenten zu bitten, mir dafür 30 Sekunden zu geben, weil es zur Demokratie im weitesten Sinne gehört: Ja, schauen wir uns die Frage einer Zuwanderungspolitik an. Ich vertrete das, was ich immer vertreten habe. Ich vertrete Gerry Becker, Nobelpreisträger und Hajek-Schüler, der sagt, jawohl wenn der Bedarf da ist - ein richtig guter alter Ordoliberaler, ich hoffe, der Herr Prof Becker verzeiht mir, so alt ist er ja auch wieder nicht -, zum Beispiel nach einem qualifizierten Arbeitnehmer oder einer Arbeitnehmerin in Wien, angenommen Siemens braucht jemanden, angenommen der Kollege Klucsarits braucht jemanden als qualifizierten Rauchfangkehrer oder Rauchfangkehrerin, dann soll dieser Arbeitsplatz ausgelobt werden, also eine Art Versteigerung, und die qualifizierteste Rauchfangkehrerin oder der qualifizierteste Rauchfangkehrer soll dann beim Kollegen Klucsarits arbeiten dürfen, wenn alle anderen Sachen erfüllt sind oder der qualifizierteste oder die qualifizierteste Programmiererin soll auch arbeiten dürfen. Das scheint mir ein halbwegs gerechtes und halbwegs faires, zugegebenermaßen ordoliberales System zu sein. Also, auch das dazu. Nur: Wahlrecht ist ein Recht der Souveränität. Damit komme ich zum zweiten Punkt.

Unser oberstes Souverän bitte ist der Wähler, die Österreicherinnen und die Österreicher, die als Wähler vor uns treten, denen wir zu dienen haben. Und jetzt verstehe ich nicht: Wahlrechtsalter herabsetzen auf 16? - Ich verstehe es wirklich nicht. Bitte um Nachsicht. Vielleicht bin ich zu ungebildet, vielleicht bin ich zu dumm. Ich bin auch gerne bereit zu lernen.

Warum nicht auf vierzehneinhalb? Warum nicht auf 13? Warum nicht auf 5? - Wenn Sie es machen, dann wäre es mir sehr recht, je nachdem wann der Wahltermin wirklich ist, wenn Sie es auf ungefähr zwei Komma irgendwas machen, denn dann habe ich drei Kinder, die mitstimmen können. Meine kleinen Zwillinge haben jetzt im Jänner den zweiten Geburtstag, also es geht sich dann gerade aus. Meine älteste Tochter ist neuneinhalb, wird dann zehn, also irgendwo dahin würde ich jetzt bitten, um mir entgegen zu kommen. Aber bitte warum 16? (*Abg Mag Christoph Chorherr: Warum 18? Warum 19?*) Völlig richtig, völlig richtig. Warum? (*Abg Gerhard Pfeiffer: Die Rechtsfähigkeit muss gegeben sein!*) Ja. Ja, ja, du hast völlig Recht. (*Abg Mag Christoph Chorherr: Das ist eine wirklich politische Entscheidung!*) Nein, nein, Herr Klubobmann, warum, warum? - Weil in unserem Rechtssystem damit Verpflichtungen verbunden sind. Wir können doch bitte jetzt - wir waren beide Soldaten und ich war Soldat mit 17, ich bin seit meinem 17. Lebensjahr berufstätig, ich bin mit 17 eingerückt, ich bin seither Soldat, also ich habe etwas über 25 Dienstjahre - nicht gleichzeitig - und das haben wir letztes Jahr mit der Begründung Kindersoldaten zu schützen gemacht - sagen, na gut, du darfst mit 17 einrücken, damit wir deine Berufschancen nach der Lehre zum Beispiel oder nach einer frühen Matura, wie es halt bei mir der Fall war, reduzieren, aber als Soldat eingesetzt werden darfst du nicht, weil wir müssen dich schützen, unter dem Vorwand Kindersoldaten zu schützen. Gut, darüber kann man diskutieren, aber ich kann nicht gleichzeitig sagen: Und du bist unser oberster Souverän.

Oder bitte meine Damen und Herren - jetzt bitte ernst, wir sind heute hier gesetzgebende Körperschaft - das ganze Jugendstrafrecht! Ja bitte, entweder ist jemand verantwortlich oder nicht! Wenn ich mich zum Beispiel auf Grund einer Verletzung, weil ich bei der Tür hinausgehe und eine Kopfverletzung habe und danach nur mehr Anfälle habe, nicht mehr sicher fühle, dann werde ich mich besachwaltern lassen. Ja, selbstverständlich, natürlich. Ich hoffe, dass ich einen guten Sachwalter finde, selbstverständlich.

Lassen wir doch - und jetzt gehe ich noch ein bisschen ins Naturwissenschaftliche außerhalb des Rechtlichen - den Jugendlichen die Chance auf Jugendlichkeit! Lassen wir doch den Kindern die Chance auf Kindheit!

Selbstverständlich können wir sagen, es gibt keine Jugendgerichtsbarkeit mehr ab 14, das Wahlalter ist ab 14, die Wehrpflicht ist ab 14, gut machen wir es mit 14. Lassen wir ihnen eine Chance auf Kindheit. Allein aus der Sekundärliteratur - und das entnehme ich beispielsweise "Newsweek", wahrlich keine medizinisch fachliche Zeitschrift - wissen wir, dass das Teenagergehirn sich vom Adoleszentengehirn unterscheidet. Ich kann Ihnen die Bilder mitbringen, aber am besten, Sie fragen den Kollegen Dr

Rieder und der bringt Ihnen die ganzen PED-Bilder, die gibt es natürlich in Wien auch. Genauso wie sich halt der Körper meiner zweijährigen oder meiner fast zehnjährigen Tochter von meinem Körper unterscheidet, teilweise Gott sei Dank, teilweise leider. Es ist halt so, ich kann es nicht ändern. Wir werden über Naturgesetze nicht hinwegkommen.

Es gibt aber noch ein letztes, ein politisches Argument, und somit komme ich dann zum dritten Block.

Meine Damen und Herren! Sie wissen, mein langjähriger Weggefährte, der meines Erachtens leider ein Irrender ist, es ist das einfache Parteimitglied Jörg Haider, gilt als rechtsextrem. Ich sage, er macht rechte Folklore, aber seine Positionen sind links, sie waren immer links, sie waren links vom Dallinger, sie sind auch heute links, nämlich weit links der Sozialdemokratie, denn der "Third Way of Tony Blair", der ist ja geradezu neoliberal gegenüber den Forderungen von Jörg Haider! Aber das ist jetzt nicht der Kern der Debatte, obwohl es eine interessante Debatte ist, die wir sicher in den nächsten Monaten führen werden. Aber nur weil die Kärntner Sozialdemokraten oder Sozialisten - ich weiß nicht, was da der korrekte Ausdruck ist - gemeinsame Sache mit Jörg Haider machen, damit halt 15-Jährige wählen können, ist das für uns noch kein Grund, uns über die Ungleichgewichtigkeit von Rechten und Pflichten hinwegzusetzen und auch kein Grund, uns über die medizinischen Erkenntnisse, die wir eben haben, hinwegzusetzen.

Dass Jörg Haider links außen überholt, weit links von Tony Blair zumindest, ich behaupte auch weit links der Sozialdemokratie, führt mich auch noch ganz kurz zur Frage der Untersuchungsausschüsse. Ich möchte das aus meiner Sicht relativ kompakt behandeln, weil ich bei den Verhandlungen nicht dabei war. (*Abg Johann Hatzl: Herr Stix, nicht ungerecht sein! Der Herr Haider ist ein einfaches Mitglied!*) Verzeihung, also es stimmt, der Lhptm Dr Jörg Haider ist ein einfaches Parteimitglied, ich will nicht ungerecht sein und nehme diese Mahnung oder diesen Einwand zur Kenntnis und möchte dem Herrn Klubobmann Hatzl nicht widersprechen. (*Abg Johann Hatzl: Ich muss ihn verteidigen!*) Ja, wenn Sie den Kollegen Haider verteidigen, muss ich in dem Fall dieser Verteidigung Recht geben, Herr Klubobmann Hatzl. Da will gar nicht widersprechen, denn was wahr ist, muss wahr bleiben, egal ob es Jörg Haider oder Kollegen Kenesei betrifft.

Wir befinden uns aber bei den Untersuchungsausschüssen. Ich war bei den Parteiverhandlungen nicht dabei. Mir ist juristisch vollkommen klar, dass es in Wien nicht so einfach ist, weil Wien über die Gemeinde aufgebaut ist. Ich gebe zu, ich bin so egoistisch, ich lege es auch offen auf den Tisch, es gibt zwei Gründe, warum ich überhaupt nichts dagegen habe. Der eine Grund ist, wenn Wien über Gemeinde verfassungsrechtlich aufgebaut ist, dann habe ich

keine Probleme, bei der nächsten Landtagswahl beispielsweise mit einer Listenkoppelung anzutreten, denn in Gemeinderatswahlordnungen gibt es eben Listenkoppelungen, dann hält das. Wir werden es ja rasch sehen.

Das Zweite ist, wenn Wien über Gemeinde aufgebaut ist, dann ist ganz klar, dann sind die nicht amtsführenden Stadträte demnächst eine Frage der Vergangenheit, denn da wird der Kollege Klopff sein Mandat zurückbekommen und da werden halt die einen oder anderen der nicht amtsführenden Stadtratskollegen entweder auf Mandate zurückgehen oder eben hinausgehen.

Aber eines ist ungeachtet der Frage, dass es ein etwas eigenartiges Abstimmungsverhalten auch in den Resten der guten alten Freiheitlichen gibt, denn Oberösterreich ist so eine gemischte Sache, Herr Klubobmann, auch ungeachtet der Frage, dass ich eher erstaunt bin, dass die derzeitige bürgerliche Mehrheit im Parlament den freiheitlichen Forderungen nicht entspricht, um eben den Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht umzusetzen - sie können das jetzt tatsächlich wirklich und ich hoffe, dass sich in dem Fall unser gemeinsamer Kollege Mag Kabas rasch durchsetzt -, aber eigentlich bitte ich schon ungeachtet der verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten, ungeachtet des üblichen realpolitischen Spiels - wir sind lange genug im Geschäft der verschiedenen Junktimierungen -, versuchen wir wenigstens eine Zwischenlösung, versuchen wir die Zwischenlösung sauber zu machen, versuchen wir wenigstens, den Spatz in der Hand, wenn schon nicht die Taube aufs Dach zu bekommen, und versuchen wir es, noch vor Ende dieser Legislaturperiode zu erreichen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächste Rednerin ist Frau Abg Mag Vassilakou zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Mag Maria **Vassilakou** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren!

Also, wenn ich jetzt der Debatte folge, dann müsste ich mich jetzt eigentlich nicht an die Kolleginnen und Kollegen der Wiener SPÖ wenden, sondern ich sollte eigentlich nur mit den Kolleginnen und Kollegen der ÖVP sprechen, denn angeblich sind nur Sie diejenigen, die offenkundig etwas gegen das kommunale Wahlrecht von MigrantInnen auf der Bezirksebene haben, und offenkundig sind doch nur Sie diejenigen, die die SPÖ daran hindern, heute unserem Antrag zuzustimmen, denn sie würden ja mitstimmen, habe ich irgendwie extrahiert, aber sie können nur nicht, weil sie nicht vertragsbrüchig werden möchten.

Seltsam ist allerdings, dass Sie, Herr Prochaska, kaum bei Ihren Ausführungen irgendwie Bezug darauf genommen haben. Also, Sie haben uns das irgendwie nicht erklärt. Ich vermisste nach wie vor irgendwie die Begründung, weshalb wirklich die Wiener ÖVP der-

maßen gegen das kommunale Wahlrecht sein soll. *(Abg Johannes Prochaska: Weil ich eine andere Prioritätenreihe habe!)* Vielleicht melden Sie sich dann noch zu Wort und erklären Sie das. *(Abg Johannes Prochaska: Zuerst die, die das Wahlrecht schon haben und dann die anderen!)*

Jedenfalls ist und bleibt eines Faktum: In dieser Stadt leben 270 000 Menschen, 278 000 ziemlich genau, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Sie leben aber hier. Sie haben ihren Lebensmittelpunkt hier in Wien. Von diesen wiederum sind etwas über 20 000 EU-Bürger und -Bürgerinnen. Das heißt, diese sind ja wahlberechtigt, auch bereits auf der Bezirksebene. Das heißt, wir sprechen hier von ungefähr 260 000 Wienerinnen und Wiener, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und die daher in den Bezirken nicht einmal - ich möchte es betonen, nicht einmal in den Bezirken - wählen dürfen. 260 000 Wienerinnen und Wiener sind bei 1,6 Millionen Bevölkerung dieser Stadt ungefähr jede sechste Wienerin und jeder sechster Wiener. Jeder sechster Mensch in dieser Stadt darf nicht wählen. Das halten wir einmal fest. Das ist ein sehr, sehr hübsches Bild, was die demokratische Entwicklung dieser Stadt betrifft.

Scurril ist, dass ich immer, wenn es um diese uralte Debatte geht, die das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten betrifft, sehr, sehr bald in so einer Art Bad aus Scheinargumenten und aus Ausweichmanövern lande, weil das nicht wirklich handfest argumentiert wird. Es wird nicht ehrlich darauf eingegangen, es wird nicht darüber geredet. Nein, man argumentiert schon seit Jahren und man blockiert es schon seit Jahren mit Scheinargumenten und mit Ausweichmanövern. Ich habe mir erlaubt, schnell so eine kleine Liste zu machen, was ich teilweise heute so gehört habe und was ich so in den letzten Tagen, in den letzten Wochen in den Podiumsdiskussionen, wo ich vielleicht mit dem einen oder anderen von Ihnen noch auf dem Podium gemeinsam gesessen bin, gehört habe.

Also, Scheinargument Nummer 1: Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht oder im Rahmen bilateraler Abkommen oder internationaler Abkommen zu gewähren. Das ist so ein hübscher scheinjuristischer Diskurs, den man dann versucht zu führen, wo es eigentlich um ein politisches Thema geht. Also wollen wir juristisch bleiben. Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht. Kommunales Wahlrecht, nämlich - um genau und präzise zu sein - das Wahlrecht für lokale Gebietskörperschaften der Grundstufe ist es nicht. Das ist nicht Staatsbürgerrecht und viele, viele, viele EU-Länder haben das längst erkannt, viele westliche europäische Länder. Sie wissen alle, dass Österreich und leider auch Wien in diesem Fall in Europa Schlusslicht sind *(Abg Gerhard Pfeiffer: Bitte erklären Sie das!)*, denn das kommunale Wahlrecht für MigrantInnen ist in vielen europäischen Städten längst, längst umgesetzt, längst eine Wahrheit. Also,

das hat nicht nur etwas mit bilateralen Abkommen und nicht nur etwas mit Staatsbürgerrechten zu tun!

Soll ich Ihnen noch etwas sagen? - Es ist absurd, dass Sie sich da als Juristen herstellen und versuchen, mir klar zu machen, dass das Wahlrecht für eine lokale Körperschaft der Grundstufe ein Staatsbürgerrecht ist, wo Sie ganz genau wissen, was es ist und wo Sie ganz genau wissen, dass Wiener Bezirke nicht einmal lokale Körperschaften der Grundstufen sind! Sie sind nicht einmal lokale Körperschaften der Grundstufen, denn sie verfügen in Wahrheit nur über so wenig Kompetenzen, dass sie als solche nicht qualifiziert werden können. Das heißt, selbst da von einem Staatsbürgerrecht zu sprechen, ist für mich absurd und ist gerade zu skurril, schrullig, ganz einfach schrullig, um es mit den Worten meines Klubobmanns zu formulieren. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Zweites Scheinargument. Das ist noch schöner. Also man braucht Zeit, bis man sich mit dem österreichischen System auskennt, bis man sich mit den Parteien auseinander gesetzt hat, bis man das verstanden hat, man braucht halt Zeit, nicht? Also das können zwei oder drei Jahre sein, oder fünf Jahre sein oder vielleicht so für echte, echte Ausländer acht Jahre sein. Das ist nämlich sehr interessant. EU-Bürger brauchen keine Zeit. Also, ein Mensch aus einem EU-Land kann kommen, kann nicht Deutsch sprechen, er muss übrigens nirgendwo eine Deutschprüfung ablegen, er kann keine Ahnung haben, keine Staatsbürgerkunde, gar nichts. Er braucht nur zu einem bestimmten Datum seinen Wohnsitz in dieser Stadt haben und kann wählen. *(Abg Gerold Saßmann: Das beruht ja auf Gegenseitigkeit! Das beruht ja auf Gegenseitigkeit!)* Ein anderer Ausländer, ein echter Ausländer, ein böser Ausländer muss fünf Jahre lang hier gewesen sein, nein, acht Jahre lang muss er hier gewesen sein, bis er das durchschaut hat, weil offenbar funktioniert irgendwie das Gehirn dieser Menschen anders, als das von EU-BürgerInnen. *(Abg Gerhard Pfeiffer: Das ist ja harmonisiert! Das ist ja ein Harmonisierungsprozess!)*

Ich sage Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, mein Vater ist Grieche, der spricht kein Wort Deutsch und er möchte in seiner Pension eines Tages nach Wien kommen und sich hier niederlassen, und er könnte später einfach wählen. Er könnte das, er dürfte das. Ich könnte meine ganze Familie aus Griechenland holen und ich könnte sie nach Penzing bringen und dort könnte sie dem Familienbetrieb des Herrn Blind übrigens eine Gefahr werden, weil ich eine sehr, sehr große Familie habe und sie könnten alle wählen! *(Beifall bei den GRÜNEN.)* Aber ein Türke der zweiten Generation, der hier geboren und aufgewachsen ist, der darf es nicht, der muss acht Jahre lang hier gewesen sein, bis er das kann. Na, das kann ja menschlich niemand erklären. Das beweist geradezu die Doppelbödigkeit dieser Argumentationen und der Absurdität!

Drittes Scheinargument. *(Abg Johannes Prochaska: Aber sie kommen ja aus einem völlig anderen System! Sie kommen ja aus einem völlig anderen System!)* Es geht nicht um Erbschaftsverfahren, es geht um das Wahlrecht auf Bezirksebene! *(Abg Johannes Prochaska: Aber sie kommen ja aus einem völlig anderen System!)* Ja, aber das ist übrigens ein sehr, sehr interessantes Argument, das hat gerade gestern Herr GR Fuchs in einer Podiumsdiskussion gebracht. Das ist ein wunderschönes Argument. Der sagt: Ja, schon, also die Wiener ÖVP hat Respekt vor dem Menschen und steht dazu, dass alle Menschen gleichwertig sind, und möchte jede Diskriminierung in dieser Stadt abbauen. *(Abg Georg Fuchs: Na sicherlich!)* Das ist hervorragend, hervorragend, überhaupt nicht zynisch. Aber nicht zu schnell. Nicht zu schnell. Leider, leider nicht zu schnell. Man muss ein bisschen warten und irgendwann einmal wird es schon gehen. In etwa so interpretiere ich auch Ihr Argument, Herr Prochaska. In etwa so, weil das war auch so. Nicht zu schnell. Lasst uns zuerst über andere Dinge reden. Ich verstehe das nicht. Ich verstehe das nicht. Also, worauf warten wir noch? *(Abg Johannes Prochaska: Ich warte, dass die Österreicher, die das Wahlrecht haben, auch wählen gehen! Darauf warten wir!)* Worauf warten Sie noch, lieber Kollege? Warten Sie auf Godot? Warten Sie wirklich auf Godot? Auf wen sollen wir hier noch warten? *(Abg Johannes Prochaska: Wir warten, dass die Österreicher, die das Wahlrecht haben, auch wählen gehen!)* Es ist eine Debatte, die wir seit Jahren führen, aber die Wiener ÖVP wartet auf Godot! Ich halte es fest. Aber das Problem ist, der Godot kommt nie, der kommt nie. Sie gehen alle ins Theater, Sie wissen, dass der Godot nicht kommt.

Und ich möchte nicht mehr auf Godot warten und möchte deswegen an dieser Stelle einen Antrag einbringen, dass wir nicht auf Godot warten möchten, sondern dass wir das vielleicht heute beschließen möchten.

Dann kommen wir zum Ausweichmanöver. Ausweichmanöver ist auch interessant, das wäre dann das ... *(Abg Johannes Prochaska: Das waren Scheinargumente! Das waren Scheinargumente!)* Das waren jetzt die Scheinargumente 1, 2 und 3 und wir sind jetzt beim Ausweichmanöver, das wäre die Nummer 4.

Ausweichmanöver wäre - das habe ich übrigens immer wieder von der ÖVP gehört, das hört man aber auch teilweise aus SPÖ-Reihen, das ist sehr interessant -: Warum sprechen wir jetzt über das kommunale Wahlrecht auf Bezirksebene, wo es doch auch andere viele bessere Partizipationsmöglichkeiten gibt? Wenn das die besseren Partizipationsmöglichkeiten sind, dann schaffen wir das bitte ab, das Wahlrecht in den Bezirken, denn das ist mir jetzt nicht klar, warum für die einen, nämlich für die Österreicher und EU-Bürger, das kommunale Wahlrecht gut genug sein soll, aber für die anderen gibt es bessere, andere

Partizipationsmöglichkeiten. Also, das ist mir nicht klar. Wenn schon, dann sprechen wir über alle diese Möglichkeiten für die gesamte Wiener Bevölkerung, nämlich das Wahlrecht für alle und die besseren Partizipationsmöglichkeiten auch für alle. Aber ich verstehe nicht, warum es 260 000 Menschen in dieser Stadt geben soll, für die es irgendwelche andere politische Möglichkeiten der Teilhabe geben soll, die wir jetzt extra erfinden oder ausprobieren oder üben sollen. Das ist mir auch nicht klar.

Ausweichmanöver 5: 300 000, hat Herr Prochaska gesagt, gehen nicht zur Wahl, darüber sollten wir sprechen. Ich sage ganz einfach, 300 000 gehen nicht zur Wahl und 260 000 dürfen nicht zur Wahl gehen. Hervorragend! Wenn wir die summieren, wissen wir nämlich, wie es genau aussieht. Also, das sehe ich auch nicht. Wir können gerne über Ihre 300 000 diskutieren, denn das geht uns alle was an, sollten aber deswegen nicht die Diskussion um 260 000 so genannte Ausländerinnen und Ausländer verschieben. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Und last but not least Ausweichmanöver Nummer 6: Warum sprechen wir nicht über die anderen Probleme, die es in dieser Stadt, in dieser Welt gibt? Über andere Probleme, die MigrantInnen haben? - Lasst uns doch über ein Antidiskriminierungsgesetz sprechen, über Zugang zu sozialen Leistungen, über ich weiß nicht was. Nein, lasst uns nicht über andere Probleme dieser Welt oder von MigrantInnen sprechen, sondern lasst uns über das kommunale Wahlrecht sprechen. Das steht hier zur Debatte, das ist beantragt worden. Lasst uns darüber sprechen und lasst uns das abstimmen.

Also ich denke, die Fragen, die man hier stellt, wurden in den letzten Jahren nicht beantwortet, können auch gar nicht beantwortet werden und deshalb können Sie auch gar nicht begründen, warum Sie zu diesem sturen "Nein" zur demokratischen Teilhabe, zur demokratischen Partizipation für ein Sechstel der Wiener Wahlbevölkerung stehen. *(Abg Johannes Prochaska. Man muss nur Zuhören!)* Sie könnten Ihre Haltung ändern. Sie könnten heute, wir könnten heute, wir sind hier 100 Menschen, letztlich darüber entscheiden, ob 260 000 Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt auch symbolisch, demokratisch und auch politisch heute und hiermit endlich als BürgerInnen dieser Stadt anerkannt und willkommen geheißen werden. *(Abg Mag Helmut Kowarik: Als Gäste!)* Ich gehe einmal davon aus, dass vielleicht doch noch der eine oder andere von Ihnen in sein Innerstes schaut und sich vielleicht doch dafür entscheidet, denn ich sehe nicht, wie Sie bis jetzt diese Haltung begründet haben.

Ein Letztes: Ich finde es auch nicht sonderlich korrekt, wenn die Wiener SPÖ jetzt kurz vor einer Wahl ein paar rote Luftballons steigen lässt, dann aber nicht vertragsbrüchig sein kann, und so steigen diese Luftballons und es wird nichts daraus. Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, dass

momentan ein seltsamer und etwas kalter Wind über diese Stadt weht und unser Bürgermeister in seinen Kampagnen sogar dafür gerade steht, aber kalte Winde und starke Winde können Luftballons sehr schnell verwehen. *(Abg Johann Hatzl: Nur wenn man den Luftballon auslässt!)* Die nutzen nämlich nichts. Die nutzen niemandem etwas. Das Einzige, was uns allen nutzt, ist, wenn Sie zu Ihrem Wort stehen, auch heute. Es gibt eine Wortbrüchigkeit gegenüber dem Koalitionspartner, aber es gibt gewissermaßen auch eine Wortbrüchigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern, wenn man ihnen Dinge verspricht, die man selber nicht einhält. Ich weiß jetzt nicht, was von den zwei Dingen wichtiger ist.

Etwas Persönliches noch zum Herrn Hatzl: Das Argument mit der FPÖ ist mir vollkommen einleuchtend. Ich denke mir aber, am allermeisten an die FPÖ verliert derjenige, der sich am allermeisten vor ihr fürchtet. Und man kann sich doch nicht allen Ernstes vor dieser FPÖ unter dieser charismatischen Führung so fürchten *(Abg Johann Hatzl: Es geht nicht um Furcht! Es geht nicht um Furcht!)*, dass, wenn man jetzt das kommunale Wahlrecht auf Bezirksebene gewährt, man dann irgendein Wahlergebnis zu befürchten hat, wo wir alle schauen! Also, da bin ich ganz anderer Meinung als Sie. Das schätze ich total anders ein. Und ich denke mir, gerade jetzt sollten wir diesen 260 000 Menschen, die unter der ausländerfeindlichen Hetze leiden, das Wahlrecht geben, damit sie vielleicht auch einmal, wenn auch nur auf Bezirksebene, zum Ausdruck bringen können, was sie von alldem halten. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Also, in diesem Sinne nochmals und abschließend betreffend kommunales Wahlrecht: Der Antrag ist schon eingebracht und ich denke, wie gesagt, wir sollten uns den Luxus leisten, einmal ausnahmsweise nicht auf Godot zu warten.

Ich möchte noch, bevor ich zum Schluss komme, einen zweiten Antrag einbringen, der endlich, endlich, endlich Untersuchungsausschüsse betrifft. Da hat unser Herr Bürgermeister gesagt, er möchte, dass das rasch umgesetzt wird. Das ist mein letzter Satz. "Rasch" ist natürlich ein relativer Begriff, auch interkulturell. Es gibt griechisch rasch, lateinamerikanisch rasch, afrikanisch rasch, wienerisch rasch, SPÖ-ÖVP-rasch. Ich bin für rasch. Rasch ist jetzt. Wir bringen es ein und hoffen auf Ihre Zustimmung. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Römer**: Als nächster Redner ist Herr Abg Smoliner zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Abg Ilse Forster: Das geht erst, wenn ein Schriftführer hier ist! Das geht erst, wenn ein Schriftführer hier ist!)* Entschuldigung bitte Frau Kollegin Reinberger, können Sie den Schriftführer übernehmen? *(Abg Brigitte Reinberger übernimmt den Schriftführer von Abg Marco Smoliner.)*

Abg Marco **Smoliner** *(Liberaler Landtagsklub)*: Ja, meine Damen und Herren, ich mache es sehr kurz. Ich wollte mich an sich nicht mehr zum Wort melden,

aber es ist nur leider sehr beschämend, was jetzt in dieser Debatte vorgeht.

Es gibt in diesem Haus drei Klubs, die in sich sehr konsistent sind, und denen man abnimmt, was sie hier sagen und was sie hier wollen.

Der eine ist der FPÖ-Klub, wo ich von Anfang an nicht gezweifelt habe, dass man strikt gegen diese Maßnahmen ist. Das wird durchargumentiert. Mit was für Argumenten ist eine eigene Diskussion. Die sagen genau das, was sie dann im Abstimmungsverhalten auch tun.

Dann gibt es den grünen Klub, der hier Anträge stellt, der das durchargumentiert, der sich seit Jahren dafür ins Zeug legt und der das auch durchzieht.

Dann gibt es den Liberalen Klub (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Aber nicht sehr konsistent!!*), der genau dasselbe tut, und wir alle haben uns auch dafür eingesetzt, sowohl die Frau Hecht als auch der Herr Pöschl als auch die Frau Hack als auch ich, dass diese Dinge umgesetzt werden. Die restlichen zwei Mandatäre des Liberalen Forums sagen zu überhaupt nichts mehr etwas, aber das ist nicht Thema des heutigen Tages.

Aber dann gibt es zwei Klubs in diesem Landtag, meine Damen und Herren, die beide sagen (*Abg Mag Helmut Kowarik: Das sind ja Altparteien!*): "Ja, aber". Die Sozialdemokraten stimmen, ich weiß nicht zum wievielten Mal, gegen ihre eigene Überzeugung und sagen: Ja, wir wollten, aber wir haben einen Vertrag. Stimmt. Das ist ganz bequem. Machen wir eine Presseaussendung: Wir wollen das, wir wollen das, wir wollen das. Wissen Sie, ich mache nächste Woche eine Presseaussendung und schreibe, ich möchte meinen Hypothekarkredit eigentlich nicht zurückzahlen, ich muss aber, ich habe einen Vertrag. (*Heiterkeit beim Liberalen Landtagsklub.*) Also, was soll das? (*Aufregung bei der SPÖ.*) Dann machen Sie keine Presseaussendungen, dass Sie irgendetwas wollen, wenn für Sie von Anfang an feststeht, dass Sie es ohnehin nicht können. Das ist Täuschung und da hat Frau Vassilakou völlig Recht. (*Weitere Aufregung bei der SPÖ.*)

Und die zweite Fraktion, die hier herinnen sitzt, sagt: Wir wollen zuerst eine Wahlbeteiligung von 100 Prozent haben. Was soll das? - Wenn Sie es nicht wollen, dann sagen Sie: Wir wollen es nicht. Das glaube ich Ihnen ja. Wir wollen nicht, dass Zuwanderer in Wien wählen dürfen. Sagen Sie es

deutlich, ich glaube es Ihnen. Wir werden diese Ehrlichkeit sehr schätzen, auch wenn wir die Argumente nicht teilen. Aber schieben Sie nicht ... (*Abg Johannes Prochaska: Aber wir dürfen schon andere Prioritäten haben als Sie! Man darf schon andere Prioritäten haben als Sie!*) Tun Sie nicht fadenscheinige Argumente kreieren! Warum? Was hat das Wahlrecht von 270 000 Zuwanderern in Wien damit zu tun, dass ein Auslandsösterreicher in Sydney seinen Bezirksvorsteher nicht wählen kann? Wo erkennen Sie hier einen Zusammenhang? - Das ist ja skurril, was Sie da machen! (*Abg Johannes Prochaska: Sie verwechseln aber auch alles! - Beifall beim Liberalen Landtagsklub.*)

Also, noch einmal: Drei Klubs hier herinnen handeln konsistent, zwei verleugnen sich selbst und das wird offenbar noch länger so weitergehen. - Danke. (*Abg Johannes Prochaska: Jetzt war von Hollabrunn die Rede! - Beifall beim Liberalen Landtagsklub.*)

Präsident Johann Römer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der dringlichen Anfrage ist somit beendet.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung der Beschluss- und Resolutionsanträge.

Der erste Antrag, eingebracht von den GRÜNEN, betrifft die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre noch vor der nächsten Wahl.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist die Minderheit.

Der zweite Antrag der GRÜNEN betrifft das Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und von Nicht-EU-Bürgern bei Bezirksvertretungswahlen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist ebenfalls die Minderheit.

Der dritte Beschlussantrag betrifft die Untersuchungsausschüsse.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Beschlussantrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist ebenfalls die Minderheit.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Weg bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen.

(*Ende der Sitzung um 15.46 Uhr.*)

